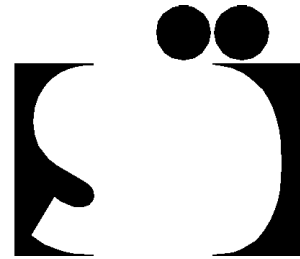


Institut für
sozial-ökologische
Forschung (ISOE)



Claudia Empacher
Peter Wehling

**Soziale Dimensionen
der Nachhaltigkeit**

Theoretische Grundlagen
und Indikatoren

ISOE-Studientexte, Nr. 11
ISSN 0947-6083

Claudia Empacher, Peter Wehling

Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit

Theoretische Grundlagen und Indikatoren

Herausgeber:
Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) GmbH
Hamburger Allee 45
60486 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, 2002 (Nachdruck)

Inhalt

0	Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit: den Diskussionsfaden aufnehmen und weiterspinnen	5
1	Problemstellung und Einleitung	7
1.1	Zum Stand der Diskussion um soziale Nachhaltigkeit	8
2	Sozialwissenschaftliche Beiträge zur Konkretisierung sozialer Nachhaltigkeit	14
2.1	Sozialwissenschaftlicher Funktionalismus	14
2.1.1	Funktionale Grundvoraussetzungen von Gesellschaften	15
2.1.2	Allgemeine Systemfunktionen: Das "AGIL-Schema"	18
2.1.3	Die Kritik am sozialwissenschaftlichen Funktionalismus	20
2.1.4	Bewertung und Fazit	21
2.2	Grundbedürfnisse – ein entwicklungstheoretisches und -politisches Konzept	23
2.2.1	Kontext der Diskussion um Grundbedürfnisse	23
2.2.2	Ziele und Grundlagen der Grundbedürfnis-Konzepte	24
2.2.3	Krise und Weiterentwicklung des Grundbedürfnis-Ansatzes	27
2.2.4	Bedeutung für die Diskussion um soziale Nachhaltigkeit	28
2.3	Soziologische Konzepte des Sozialkapitals	29
2.3.1	Entstehung und Bedeutung des Konzepts "Sozialkapital"	29
2.3.2	Das Konzept des Sozialkapitals im rational choice-Ansatz	30
2.3.3	Das Sozialkapital aus klassentheoretischer Sicht	31
2.3.4	Das Verständnis von Sozialkapital in neueren Debatten	33
2.3.5	Bewertung und Fazit	35
3	Allgemeine Leitorientierungen sozialer Nachhaltigkeit	38
3.1	Operationalisierung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit	38
3.1.1	Was heißt "sozial"?	39
3.1.2	Charakteristika der sozialen Dimension	41
3.2	Kernelemente und Schlüsselbereiche sozialer Nachhaltigkeit	43
3.3	Leitorientierungen sozialer Nachhaltigkeit	47
3.4	Status und Reichweite der Leitorientierungen	53
4	Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit	55
4.1	Zur Problematik von Indikatoren	55
4.1.1	Problematik der Indikatorenbildung	55
4.1.2	Problematik von Sozialindikatoren	56

4.2	Zum Stand der Diskussion über soziale Nachhaltigkeitsindikatoren	57
4.2.1	Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung	57
4.2.2	Indizes zum Stand der menschlichen Entwicklung	59
4.2.3	Soziale Nachhaltigkeitsindikatoren	60
4.3	Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit – ein Vorschlag	64
4.3.1	Indikatoren zur Befriedigung der Grundbedürfnisse	66
4.3.2	Indikatoren für Sozialressourcen	69
4.3.3	Indikatoren für Chancengleichheit	73
4.3.4	Indikatoren für Partizipation	75
5	Literatur	78
	Anhang	83

0 Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit: den Diskussionsfaden aufnehmen und weiterspinnen

Der vorliegende Studientext entstand im Jahr 1998 als Beitrag zum Strategiefondsvorhaben der Hermann von Helmholtz-Gesellschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) zur Konkretisierung und Operationalisierung des Nachhaltigkeits-Konzepts. Das Institut für sozial-ökologische Forschung war in diesem Rahmen von ITAS (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse, Forschungszentrum Karlsruhe) mit Überlegungen zur theoretischen Begründung, Konkretisierung und Operationalisierung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit beauftragt worden. Wichtige der im vorliegenden Text dargestellten Resultate sind in die Ergebnisberichte des Strategiefondsvorhabens eingeflossen, so zum Beispiel die abgeleiteten Leitorientierungen, die dort als Regeln sozialer Nachhaltigkeit bezeichnet werden (vgl. Jörissen et al. 1999). Auch der in der Studie vorgeschlagene Begriff der 'Sozialressourcen' spielt bei der Zielbestimmung von Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 266ff.).

Die hier vorgelegten Ergebnisse sind jedoch in ihrer Gesamtheit bisher noch nicht publiziert worden¹. Seit dem Entstehen der Studie hat soziale Nachhaltigkeit eine zunehmende Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden. Wir haben uns daher entschlossen, die bislang unveröffentlichte Studie in fast unveränderter Form einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Text berücksichtigt zwar nur den Stand der Forschung bis 1998, wesentliche Überlegungen haben dennoch nicht an Gültigkeit verloren und sind auch für die heutige Diskussion von aktueller Relevanz:

Ungeachtet der wachsenden Aufmerksamkeit für soziale Nachhaltigkeit bleibt das Problem der Konzeptionalisierung und Operationalisierung weitgehend ungelöst. Es wurden zwar zahlreiche Versuche gemacht, soziale Aspekte in unterschiedlichste praxisbezogene Nachhaltigkeits- und Forschungsprojekte zu integrieren, z.B. im Rahmen der Betrachtung einzelner Handlungsfelder (vgl. z.B. für Mobilität CITY:mobil 1999, für Bauen und Wohnen Schultz et al. 2001) oder in der betrieblichen Berichterstattung, die sich durch die Einbeziehung sozialer Aspekte unternehmerischen Handelns inzwischen zu einer Nachhaltigkeitsberichterstattung entwickelt (vgl. GRI 2001, imug/IÖW 2001). Trotz dieser Anstrengungen ist die Tragweite der sozialen Dimensionen für eine nachhaltige Entwicklung immer noch nicht genügend anerkannt. Sie sind nach wie vor ein eher randständiges Thema, oft auch ausdrücklich mit dem Argument, dies sei ein zu vielschichtiger Untersuchungsgegenstand.

¹ Zur Thematik der Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit vgl. Empacher/Wehling 1999.

Die bislang unternommenen Versuche einer Konkretisierung zeigen überdies, dass es der Diskussion um die sozialen Dimensionen der Nachhaltigkeit immer noch an einer konsistenten theoretischen Fundierung mangelt. Umso erfreulicher ist es, dass in den letzten Jahren zu diesem Thema eine Diskussion entstanden ist, die Begriffe und theoretische Ansätze, wie Sozialkapital und funktionalistische Systemtheorie, aufgreift, welche auch für die vorliegende Studie relevant waren:

- In der Zeitschrift für Angewandte Umweltforschung (ZAU) erschien eine Kontroverse um die Relevanz des Sozialkapital-Konzepts für die Definition der sozialen Nachhaltigkeits-Dimension (vgl. Bizer 2000, Feindt 2000, Kneer 2000, Linscheidt 2000).
- Das von der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart vor kurzem ins Leben gerufene Projekt “Indikatoren der Nachhaltigkeit mit den drei Komponenten ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung” lehnt sich in der Operationalisierung der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit an die funktionalistische Systemtheorie, insbesondere an die Arbeiten von Parsons und Luhmann an (vgl. Pfennig/Hampel 2001).

Ohne hier im Einzelnen auf diese Beiträge eingehen zu können, läßt sich doch festhalten, daß die Frage nach der (gesellschafts-)theoretischen Fundierung sozialer Nachhaltigkeit weiterhin offen und strittig bleibt. Da insbesondere “Sozialkapital”, Grundbedürfniskonzepte und systemtheoretische Ansätze in der vorliegenden Studie kritisch diskutiert und auf ihre Tragfähigkeit zur Begründung sozialer Nachhaltigkeit überprüft werden, hoffen wir daher mit der Veröffentlichung des Berichts dieser Debatte wichtige Impulse geben zu können.

Die Notwendigkeit einer theoretischen Fundierung sowie die hohe Bedeutung sozialer Aspekte für eine nachhaltige Entwicklung, die häufig in der wissenschaftlichen und politikberatenden Diskussion noch immer unterschätzt wird, hat auch uns dazu motiviert, die Diskussionsfäden aufzunehmen und weiterzuspinnen. Im Sommer 2002 werden weitere konzeptionelle Überlegungen zu den sozialen Dimensionen der Nachhaltigkeit vom ISOE veröffentlicht, die auf den im vorliegenden Text erarbeiteten Ergebnissen aufbauen.

1 Problemstellung und Einleitung

Nachhaltige Entwicklung oder Nachhaltigkeit wird in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion zumeist verstanden als ein integratives Konzept, das auf der Vernetzung wie auf der prinzipiellen Gleichrangigkeit der drei Dimensionen (oder "Säulen") Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft beruht.² Die Konkretisierung der sozialen Nachhaltigkeitsdimension bleibt jedoch bisher deutlich hinter den anderen Dimensionen zurück (vgl. Enquête-Kommission 1998; Heins 1998). Solange die Kernbereiche und grundlegenden Ziele einer "sozialen Nachhaltigkeit" aber unklar oder zumindest nicht in gleicher Weise präzisiert sind wie vor allem die ökologischen Ziele, kann das Postulat der Gleichrangigkeit der drei Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung nur unzureichend eingelöst werden.

Vor diesem Hintergrund wurde das Institut für sozial-ökologische Forschung von ITAS 1998 im Rahmen des HGF-Verbundprojekts "Global zukunftsfähige Entwicklung: Perspektiven für Deutschland" mit konzeptionellen und theoretischen Überlegungen zur Konkretisierung und Operationalisierung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit beauftragt. Im Mittelpunkt sollte dabei die Frage stehen, ob und ggf. wie allgemeingültige "Regeln" oder "Leitlinien" einer sozialen Nachhaltigkeit in Analogie zu den im ökologisch-ressourcen-ökonomischen Feld entwickelten sog. "Managementregeln" formuliert werden können.³ Einen zweiten Schwerpunkt sollte die Suche nach geeigneten Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit bilden.

In der politischen und politikberatenden Nachhaltigkeitsdebatte wird nicht zu Unrecht beklagt, dass die wissenschaftlichen Grundlagen zur Konkretisierung und Operationalisierung der sozialen Nachhaltigkeitsdimension bisher noch unzureichend sind (vgl. Enquête-Kommission 1998: 44) – auch wenn die Sozialwissenschaften sich in jüngster Zeit stärker in den Nachhaltigkeitsdiskurs eingeschaltet haben (vgl. Becker/Jahn 1999; Brand 1997; Becker et al. 1997). Im vorliegenden Bericht wird daher zunächst versucht, ausgewählte sozialwissenschaftliche Theorie- und Wissensbestände unter der Perspektive sozialer Nachhaltigkeit neu zu bewerten und für die Begründung und Formulierung von Handlungsregeln und/oder Indi-

² Bisher kein Konsens besteht in der Nachhaltigkeitsdebatte darüber, ob die politisch-institutionelle Dimension als eine eigenständige vierte Dimension zu verstehen ist und ob sie als gleichrangig mit den drei anderen "Säulen" zu behandeln ist.

³ Diese ursprünglich drei "Regeln" für eine nachhaltige Ressourcennutzung wurden von den Ökonomen Daly sowie Pearce und Turner entwickelt. In der Folgezeit sind von verschiedenen Institutionen wie dem Sachverständigenrat für Umweltfragen und der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages "Schutz des Menschen und der Umwelt" weitere Regeln hinzugefügt worden (vgl. Enquête-Kommission 1998: 45f.)

katoren sozialer Nachhaltigkeit fruchtbar zu machen. Angesichts des begrenzten zeitlichen Rahmens des Vorhabens musste die Auswahl auf solche Theoriekontexte beschränkt werden, von denen relativ direkte, weiterführende Hinweise für die Konkretisierung der sozialen Nachhaltigkeitsdimension erhofft werden konnten. Ausgewählt wurden unter dieser Vorgabe

- der sozialwissenschaftliche Funktionalismus insbesondere der 50er und 60er Jahre, der sich mit allgemeinen Bedingungen für die dauerhafte Existenz von Gesellschaften beschäftigte;
- die entwicklungspolitische und -theoretische Diskussion um Grundbedürfnis-Konzepte als soziale Gegenstrategien gegen einseitige ökonomische Wachstumsmodelle;
- die unterschiedlichen Konzepte des Sozialkapitals, die eine mögliche Brücke zu den Dimensionen der Ökologie (Naturkapital) und der Ökonomie (Sach- und Humankapital) darstellen könnten;
- die Diskussion um Sozialindikatoren, Lebensqualität und Wohlfahrtsmessung. Hier wird bereits seit den 70er Jahren die Operationalisierung und Beobachtung der sozialen Dimension gesellschaftlicher Entwicklung durch eigenständige Indikatoren (in Erweiterung rein wirtschaftlicher Größen wie Brutto-Inlandsprodukt, Wirtschaftswachstum oder Pro-Kopf-Einkommen) versucht.

Bevor die Ergebnisse des Durchgangs durch diese sozialwissenschaftlichen Felder ausführlicher dargestellt werden (vgl. Kap. 2 und 4.2), wollen wir im Folgenden zunächst sehr knapp den Stand der bisherigen Diskussion um soziale Nachhaltigkeit zusammenfassen.⁴ Hieraus können vermutlich erste Anhaltspunkte für einen bisher erreichten Konsens sowie für weiteren Klärungs- und Forschungsbedarf gewonnen werden.

1.1 Zum Stand der Diskussion um soziale Nachhaltigkeit

Wiederholt und durchaus zu Recht ist festgestellt worden, “dass der soziale Aspekt der Nachhaltigkeit in der Debatte bisher vernachlässigt wurde” (Heins 1998: 15). Dennoch sind in den letzten Jahren von verschiedener Seite erste Vorschläge zur Konkretisierung und Operationalisierung der sozialen Nachhaltigkeits-Dimension formuliert worden. Die Kerngedanken einiger wichtiger Beiträge dazu wollen wir im Folgenden kurz zusammenfassen.

Einen weitreichenden und umfassenden Vorschlag hat bereits 1994 die Enquête-Kommission “Schutz des Menschen und der Umwelt” des 12.

⁴ Dargestellt wird hier der Diskussionsstand 1998 in der Bundesrepublik Deutschland.

Deutschen Bundestages vorgelegt. Unter dem Titel “Soziale Schutz- und Gestaltungsziele” hat sie zunächst drei Zielebenen unterschieden:

- Sicherung der Gesundheit,
- Sicherung der sozialen Stabilität,
- Sicherung der Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft.

Dabei wird der Zielebene der Gesundheit die höchste Priorität eingeräumt: “Denn die Sicherung der Gesundheit in der Definition der (...) WHO als Zustand des vollständigen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens (...) ist eine wesentliche Voraussetzung für die weiteren Zielebenen.” (Enquête-Kommission 1994: 493) Jede dieser Zielebenen wird weiter differenziert in verschiedene Teilbereiche und Elemente, denen dann Bewertungskriterien zugeordnet werden sollen (s. Tabelle 1). Bemerkenswert ist dabei nicht nur die hohe Priorität, sondern auch der sehr weite Begriff von Gesundheit, in den neben physischer und psychischer Gesundheit auch soziale Anerkennung sowie die Befriedigung der Grundbedürfnisse aufgenommen worden sind. Hervorzuheben ist weiterhin, dass dieser Vorschlag der Enquête-Kommission zu den wenigen Diskussionsbeiträgen gehört, der die Dynamik von Gesellschaften mitberücksichtigt und damit das Spannungsverhältnis von “sozialer Stabilität” einerseits und der “Entwicklungsfähigkeit” von Gesellschaften andererseits ins Blickfeld rückt.

Tab. 1: Soziale Schutz- und Gestaltungsziele der Enquête-Kommission des 12. Bundestages

Schutz- und Gestaltungsziele	Bewertungskriterien/Indikatoren
Sicherung der Gesundheit	
<ul style="list-style-type: none"> • physische Gesundheit • soziale Voraussetzungen für psychische Gesundheit Materielle Grundsicherung Qualität der Arbeit Gesellschaftliche Anerkennung und Soziale Würde Möglichkeiten zur Entfaltung individueller Lebensentwürfe • Grundbedürfnisbefriedigung 	<p>Gesundheitszustand des Menschen (public health, individuelle Gesundheit)</p> <p>Arbeit bzw. Einkommen</p> <p>Arbeitssicherheit/Arbeitsplatzbelastung; Entfaltungsmöglichkeiten; den Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung</p> <p>Sinnstiftung, Anerkennung</p> <p>Selbstbestimmungsgrad (Veränderung des sozialen und ökonomischen Umfeldes in menschenverträglichem Tempo; Erhalt der Lern- und Kommunikationsmöglichkeit etc.); Gleichberechtigung von Alt und Jung, Mann und Frau)</p> <p>Wohnen, Nahrung und Kleidung</p>
Sicherung der sozialen Stabilität	
<ul style="list-style-type: none"> • Friedenssicherung • Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit • soziale Sicherung • Partizipationsmöglichkeiten 	<p>Krisenanfälligkeit (dual use etc.)</p> <p>soziale Spannungen; Bildungszugang</p> <p>Versorgungssicherheit (Krankheit, Alter, Notlagen)</p> <p>Partizipationsgrad (Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten auf staatlicher Ebene, Tarifrechte, innerbetriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten)</p>
Sicherung der Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft	
<ul style="list-style-type: none"> • kulturelle Vielfalt • Vielfalt sozialer Strukturen • sozialer Zusammenhalt • Bildungs- und Informationsangebot 	<p>Toleranz, Religionsfreiheit (Fähigkeit zur Integration von Minderheiten etc.)</p> <p>Freiräume für unterschiedliche Lebensformen; Möglichkeiten, sich gesellschaftlich zu organisieren</p> <p>Kommunikationsqualität; Polarisierungsgrad (unüberwindbare Interessensgegensätze, unvereinbare Ideologien, mangelnde Kompromissfähigkeit); Generationenvertrag; Solidaritätsprinzip</p> <p>Lernfähigkeit, Lernbereitschaft</p>

Quelle: Enquête-Kommission 1994

Demgegenüber hat die gleichnamige Enquête-Kommission des 13. Deutschen Bundestages ihre Überlegungen zur sozialen Nachhaltigkeitsdimension näher an aktuellen gesellschaftspolitischen Problemlagen der Bundesrepublik Deutschland zu orientieren versucht. Ihre Aussagen zu den Zielen sozialer Nachhaltigkeit sind aus diesem Grund weniger stark systematisch gegliedert und haben eher aufzählenden Charakter (Enquête-Kommission 1998: 39ff.). Genannt werden (teilweise in Anlehnung an die frühere Enquête-Kommission) als prioritäre und unverzichtbare Ziele: soziale Stabilität, individuelle Freiheit, Solidarität, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, mit dem Ziel “allen Mitgliedern der Gesellschaft menschenwürdige Lebensbedingungen zu ermöglichen und zu erhalten” (ebd.: 40). Daraus könnten dann detailliertere soziale Qualitätsziele abgeleitet werden: Über die Sicherung eines gesellschaftlich anerkannten und verfassungsrechtlich garantierten Grundbedarfs hinaus gehe es dabei “insbesondere um die Herstellung und Sicherung von Gesundheit, Erwerbsfähigkeit und -möglichkeit, Bildungs- und Ausbildungschancen, Altersversorgung und um die Einkommens- und Vermögensverteilung” (ebd.: 40f.).⁵

Fischer-Kowalski et al. (1995: 9) sehen innerhalb eines “magischen Dreiecks” der Nachhaltigkeit das wesentliche Ziel der sozialen Dimension in der “Erhaltung des sozialen Friedens”. Darunter wird nicht nur eine “akzeptable Lösung der Verteilungsprobleme zwischen Regionen, zwischen sozialen Schichten, Geschlechtern und Altersgruppen” verstanden, sondern auch “Lösungen des Problems kultureller Integration, von Zugehörigkeiten und Identitäten – man könnte auch sagen, es geht um ein Klima der Freundlichkeit und Kooperation” (ebd.). Realistischerweise wird eingeräumt, dass dies durch Indikatoren schwer zu operationalisieren sei.

Auch Huber (1995) geht von einem “magischen Dreieck” der nachhaltigen Entwicklung aus, das durch die drei Ziele “Schutz der Ökosphäre”, “stabile wirtschaftliche Entwicklung” sowie “gerechte Verteilung der Lebenschancen” gebildet werde (Huber 1995: 43). Dieses letztere Ziel umfasse die Chancengerechtigkeit zwischen Individuen, zwischen “Nord” und “Süd”, zwischen “Ost” und “West” sowie zwischen den Generationen. Unter dem Aspekt der “Bedürfnisgerechtigkeit”⁶ sei das Problem der angemessenen Verteilung “im Prinzip längst gelöst”, nämlich dahingehend, dass sie sich auf den Bereich der Grundbedürfnisse erstrecken – aber auch auf

⁵ Ausgehend von diesen Überlegungen hat die Enquête-Kommission auch Regeln zur Konkretisierung der sozialen Nachhaltigkeitsdimension vorgeschlagen (vgl. dazu auch Kap. 3).

⁶ Huber (1995: 87ff.) hat in Anlehnung an Zacher (1983) die Unterscheidung zwischen “Bedürfnisgerechtigkeit”, “Leistungsgerechtigkeit” und “Besitzstandsgerechtigkeit” in die Nachhaltigkeitsdiskussion eingeführt.

diesen beschränken müsse (ebd.: 103). Dabei wird unter Befriedigung der Grundbedürfnisse “ausdrücklich nicht eine Minimalbefriedigung auf dem geringstmöglichen Niveau verstanden”, sondern eine Bedarfsdeckung auf einem unter Aspekten der Menschenwürde respektablen Niveau (ebd.).

Im Blick auf Prozesse der Lokalen Agenda 21 und auf Nachhaltigkeitsstrategien auf kommunaler Ebene hat Dangschat (1997: 178ff.) drei “soziale Zielsetzungen” unterschieden:

- sozialer Ausgleich/soziale Integration,
- soziale Gerechtigkeit,
- Sozialverträglichkeit.

Allerdings werden die Unterschiede zwischen diesen Zielen in dem Beitrag nicht besonders klar herausgearbeitet.

In einer Übersichtsdarstellung zur sozialen Nachhaltigkeit betrachtet Heins (1998: 25ff.) die folgenden fünf Aspekte als Wesentlich für die soziale Dimension von Nachhaltigkeit:

- soziale Akzeptanz (für einen Transformationsprozess zur Nachhaltigkeit);
- soziale Schutz- und Gestaltungsziele, wobei er hier weitgehend auf den oben skizzierten Vorschlag der Enquête-Kommission (1994) zurückgreift;
- Elemente einer sustainable society, wozu Bedürfnisbefriedigung, Wohlstand und gerechte Verteilung gerechnet werden;
- Gerechtigkeitsaspekte und Sozialverträglichkeit;
- Organisation einer sustainable society, wozu vor allem neue Formen der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger zu rechnen seien.

Sachs (1998) schließlich unterscheidet, abweichend vom gängigen Nachhaltigkeitsdiskurs, insgesamt acht verschiedene Dimensionen von Nachhaltigkeit, die alle gleichzeitig berücksichtigt werden müssten.⁷ Soziale Nachhaltigkeit stehe dabei an erster Stelle, weil sie sich mit der grundlegenden Zweckbestimmung (finality) des Entwicklungsprozesses decke. Als Kriterien für soziale Nachhaltigkeit führt Sachs auf:

- ein angemessener Grad an sozialer Homogenität,
- gerechte Einkommensverteilung,
- Vollbeschäftigung und/oder eigene Tätigkeit (self employment), die die Erwirtschaftung eines angemessenen Lebensstandards erlaubt,
- gerechte Zugangschancen zu Ressourcen und sozialen Dienstleistungen.

⁷ Neben der sozialen und der ökonomischen Nachhaltigkeit nennt Sachs: cultural sustainability, ecological sustainability, environmental sustainability, territorial sustainability sowie political sustainability, unterschieden nach nationalem und internationalem Handlungsniveau.

Diese knappe Übersicht ergibt ein zwiespältiges Bild: Auf der einen Seite zeichnen sich in den vorgestellten Diskussionsbeiträgen eine Reihe wichtiger Gemeinsamkeiten, Überschneidungen und Verdichtungen hinsichtlich der sozialen Dimensionen, Kriterien und Ziele von Nachhaltigkeit ab: Durchgängig genannt wird vor allem die soziale Gerechtigkeit als Leitprinzip, insbesondere eine gerechte Verteilung der Einkommen und des Zugangs zu Ressourcen und Lebens- und Handlungschancen. Auch (Grund-)Bedürfnisbefriedigung, Beschäftigung, Bildung, Wohlstand und Sicherung der Gesundheit werden häufig genannt, ebenso soziale Stabilität, Sozialverträglichkeit und soziale Akzeptanz für Nachhaltigkeitspolitiken.

Andererseits wird aber auch deutlich, dass bisher keine überzeugende, theoretisch fundierte und verallgemeinerbare Begründung der Kriterien und Zielebenen sozialer Nachhaltigkeit existiert. Ziele, die sich auf die Makro-Ebene der Gesellschaft (oder des "sozialen Systems") richten, wie z.B. "sozialer Frieden", "soziale Homogenität" oder "Sicherung der sozialen Stabilität", stehen neben solchen, die sich unmittelbar auf die Lebensbedingungen der Individuen beziehen (Bedürfnisbefriedigung, Gesundheit, Chancengleichheit, ...). Zudem werden die unterschiedlichen Begriffe (etwa soziale Gerechtigkeit, sozialer Ausgleich, Sozialverträglichkeit, soziale Akzeptanz etc.) häufig nur unzureichend voneinander abgegrenzt. Dabei bleibt schließlich auch unklar, inwieweit es um eigenständige und unabhängige Ziele sozialer Nachhaltigkeit geht oder "nur" um die Sicherung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Akzeptanz und Sozialverträglichkeit) für einen Transformationsprozess zur ökologischen Nachhaltigkeit. Dabei wird das "Soziale" häufig eher als Grenze und Barriere für Nachhaltigkeitsstrategien angesehen statt als eigenständige Ressource, die einen Prozess der nachhaltigen Entwicklung auch vorantreiben könnte.

Insgesamt kann daher der folgenden Bewertung von Heins zugestimmt werden: "Bei der Analyse der sozialen Verhältnisse und der Feststellung des Bedarfs an nachhaltiger Entwicklung werden zum Teil sehr subjektiv und je nach Kontext verschiedene Problemlagen in den Vordergrund gestellt, etwa die Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit, Armutprobleme, Gesundheitsprobleme usw. Es stellt sich also die Frage, mit welchem analytischen Konzept die soziale Dimension umfassend untersucht werden könnte." (Heins 1998: 27) Ein derartiges Konzept müsste zunächst Kernbereiche und Schlüsselemente einer sozialen Nachhaltigkeit umreißen und begründen können. Dabei kann bisher nicht auf ausgearbeitete theoretische Nachhaltigkeits-Konzepte in den Sozialwissenschaften zurückgegriffen werden. Die in den folgenden Kapiteln vorgestellten Überlegungen beanspruchen vor diesem Hintergrund nicht, ein solches analytisches Konzept sozialer Nachhaltigkeit bereits formulieren zu können. Sie sind zu verstehen als theoriegeleitete Vorarbeiten und -klärungen, die die Diskussion strukturieren und weiterführen sollen.

2 Sozialwissenschaftliche Beiträge zur Konkretisierung sozialer Nachhaltigkeit

Soziale Nachhaltigkeit stellt ein neues Thema für die Sozialwissenschaften dar. Bei der Bearbeitung dieses Themas werden aber auch eine Reihe von Fragen wieder aufgeworfen, die in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Kontexten bereits vor Einsetzen der Nachhaltigkeitsdiskussion behandelt und analysiert worden sind. Im Folgenden werden drei der o.g. Konzepte und Diskussionskontexte daraufhin untersucht, welchen Beitrag sie zu einer übergreifenden theoretischen Begründung sowie zur inhaltlichen Konkretisierung der sozialen Nachhaltigkeitsdimension leisten können.⁸

2.1 Sozialwissenschaftlicher Funktionalismus

Der sozialwissenschaftliche Funktionalismus bietet für die Fragestellung nach allgemeinen Leitlinien und Handlungsregeln sozialer Nachhaltigkeit eine Reihe von Anknüpfungspunkten.⁹ Dies wird deutlich, wenn man sich die zentrale Fragestellung des Funktionalismus vor allem der 50er und 60er Jahre vergegenwärtigt. Esser (1996: 360) fasst sie rückblickend folgendermaßen zusammen: “Welche notwendigen Bedingungen ‘müssen’ erfüllt sein, ‘damit’ es soziale Gebilde bzw. Gesellschaften dauerhaft geben kann?”¹⁰

Somit bildet hier ein grundlegender Aspekt sozialer Nachhaltigkeit, nämlich die Frage nach der zeitlichen Aufrechterhaltung und Existenzsicherung von Gesellschaften oder sozialen Systemen, den Ausgangspunkt. Für den Funktionalismus geht es dabei zunächst um die Grundbedingungen von sozialen Systemen schlechthin, d.h. unabhängig von den spezifischen, historisch-kulturellen Ausprägungen bestimmter Gesellschaften oder Gesellschaftsformen. Der Funktionalismus hat unterschiedliche Wege zur Beantwortung der Frage nach den Bedingungen der dauerhaften Existenz von Gesellschaften vorgeschlagen. Im Folgenden wollen wir zwei, zeitlich

⁸ Die Diskussion um Sozialindikatoren wird weiter unten (Kap. 4.2) im Kontext unseres Vorschlags für Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit aufgegriffen.

⁹ Unter Funktionalismus werden ganz allgemein solche sozialwissenschaftlichen Theorien und Modelle verstanden, die soziale Systeme, gesellschaftliche Strukturen oder Institutionen durch ihre Funktionen und im Hinblick auf ihre funktionale Bedeutung zu erklären versuchen. Neben dem in diesem Kapitel vorrangig behandelten Strukturfunktionalismus der 50er und 60er Jahre existieren noch eine Reihe anderer funktionalistischer Theorieansätze in den Sozialwissenschaften.

¹⁰ Spätere Weiterentwicklungen und Modifikationen des vor allem mit dem Namen Talcott Parsons' verknüpften soziologischen Funktionalismus der 50er und 60er Jahre, wie etwa Jeffrey Alexanders “Neo-Funktionalismus” oder Niklas Luhmanns Theorie “autopoietischer Systeme”, haben diese Fragestellung so nicht mehr aufgegriffen. Auch wenn es dafür eine Reihe guter Gründe gibt (vgl. Abschn. 2.1.3), ist auf diese Weise doch auch ein für die Nachhaltigkeitsdebatte heuristisch und analytisch anregendes Potenzial in Vergessenheit geraten.

aufeinanderfolgende Lösungsvorschläge skizzieren, die erste Anhaltspunkte für die Suche nach Kernbereichen und Leitorientierungen der sozialen Nachhaltigkeit geben können. Beide Vorschläge sind eng mit der Entwicklung der “strukturfunktionalistischen” Theorie sozialer Systeme von Talcott Parsons verbunden, der dominierenden Richtung der Soziologie in den 50er und 60er Jahren:

- erstens das Konzept der “funktionalen Grundvoraussetzungen” (functional prerequisites) von Gesellschaften;
- zweitens der Versuch der Formulierung allgemeiner und grundlegender Funktionen, die soziale Systeme erfüllen müssen.

2.1.1 Funktionale Grundvoraussetzungen von Gesellschaften

Unter den “functional prerequisites” werden diejenigen grundlegenden Voraussetzungen verstanden, die erfüllt sein müssen, damit eine Gesellschaft auf Dauer existieren kann. Dabei soll es sich um *allgemeingültige* Vorbedingungen handeln, die von *jeder* Gesellschaft erfüllt sein müssen: “Functional prerequisites refer broadly to the things that must get done in any society if it is to continue as a going concern, i.e. the generalized conditions necessary for the maintenance of the system concerned.” (Aberle et al. 1950: 100).

Eine erste, noch recht heterogene Liste von neun derartigen Bedingungen ist 1950 von D. Aberle u.a. vorgeschlagen worden:

- angemessene Beziehungen zur Umwelt und sexuelle Reproduktion (1),
- Rollen-Differenzierung und Rollen-Zuweisung (2),
- Kommunikation der Mitglieder (3),
- gemeinsame kognitive Orientierungen (4),
- ein Satz gemeinsam geteilter Ziele (5),
- normative Regulierung der Mittelwahl (6),
- Regulierung des Ausdrucks von Affekten (7),
- Sozialisation der neuen Mitglieder (8),
- Kontrolle abweichender Formen des Verhaltens (9).

Auch wenn zumindest ein Teil der vorgeschlagenen Grundvoraussetzungen unmittelbar plausibel erscheint (bspw. sexuelle Reproduktion, Kommunikation oder Sozialisation), bleiben ihr Begründungszusammenhang sowie ihre Abgrenzung undeutlich:

- Inwieweit kann diese Liste Vollständigkeit beanspruchen,
- in welchem Ausmaß sind diese Funktionserfordernisse notwendig (z.B. Pkt. 5 oder Pkt. 9)¹¹.

¹¹ Dass in sozialen Systemen eine gewisse Kontrolle abweichenden Verhaltens notwendig ist, ist unstrittig; interessanter ist aber die Frage, bis zu welchem Grad dies notwendig ist und

- inwieweit erfassen sie voneinander unabhängige Sachverhalte bzw. wo kommt es zu Überschneidungen und Verdopplungen (bspw. zwischen den Punkten 6, 7 und 9)?

Zudem kommen – ungeachtet des propagierten universellen Anspruchs – historische und/oder kulturelle Besonderheiten sowohl bei der Auswahl der prerequisites als auch bei ihrer Formulierung ins Spiel. So weist bspw. die große Bedeutung, die gemeinsamen Zielen und Überzeugungen einerseits, der Kontrolle unangepassten Verhaltens andererseits gegeben wird, auf eine starke Prägung durch die US-amerikanische Gesellschaft der 50er Jahre hin (bzw. durch das Selbstbild dieser Gesellschaft als einer normativ integrierten, homogenen Wertegemeinschaft). Dieser Überbetonung normativer Aspekte steht auf der anderen Seite die Vernachlässigung der materiellen Bedürfnisebene (Sicherung der physischen Existenz und Gesundheit der Gesellschaftsmitglieder) gegenüber.

Talcott Parsons hat 1951 in seinem Buch “The Social System” das Konzept der functional prerequisites aufgegriffen, es jedoch stärker in den Bezugsrahmen seiner Theorie des allgemeinen Handlungssystems bzw. des sozialen Systems integriert.¹² Parsons betrachtet drei Ebenen und Elemente der Integration in Handlungssystemen: den individuellen Akteur (oder das “Persönlichkeitssystem”), das soziale (Interaktions-)System (das zwischen verschiedenen Akteuren besteht) sowie ein System kultureller Normen und Werte. Jedes setze die anderen voraus, und die Variabilität jedes dieser Elemente sei begrenzt durch die Notwendigkeit, kompatibel zu bleiben mit den minimalen Funktionsbedingungen der beiden anderen. Daraus ergeben sich die beiden folgenden Postulate: “First, a social system cannot be so structured as to be radically incompatible with the conditions of functioning of its component individual actors as biological organisms and as personalities, or of the relatively stable integration of a cultural system. Secondly, in turn the social system, on both fronts depends on the requisite minimum of ‘support’ from each of the other systems” (Parsons 1951: 27).

ab welchem Ausmaß die Kontrolle dysfunktional wird, weil sie die Entwicklung neuer Verhaltensmuster blockiert.

¹² Unter dem “allgemeinen Handlungssystem” (system of action) versteht Parsons eine Einheit von Handlungselementen, in der das “organismische System” sowie das Persönlichkeitssystem des Handelnden, das kulturelle System der Werte und Normen sowie das soziale System von Interaktionen zwischen verschiedenen Handelnden miteinander verknüpft werden. Soziale Systeme werden also als derjenige Aspekt des “allgemeinen Handlungssystems” verstanden, der durch die Interaktionsmuster der individuellen Akteure gebildet wird. Gesellschaften stellen in dieser Perspektive dann die umfassendsten, alle anderen einschließenden sozialen Systeme dar.

Parsons weist jedoch ausdrücklich darauf hin, dass es beim verfügbaren Stand des Wissens nicht möglich sei, präzise zu bestimmen, was die minimalen Bedürfnisse (“minimum needs”) der individuellen Gesellschaftsmitglieder seien. Er fügt hinzu: “From the point of view of functioning of the social system, it is not the needs of all the participant actors which must be met, nor all the needs of any one, but only a sufficient proportion for a sufficient fraction of the population” (ebd.: 28). Es wird also deutlich, dass die Aufrechterhaltung des sozialen Systems einerseits zwar eng verknüpft ist mit der Erhaltung der “Funktionsbedingungen” (conditions of functioning) der Individuen, andererseits aber nicht per se identisch ist mit der Erfüllung aller Bedürfnisse aller Individuen. Dabei zeigt sich, dass die Bedingungen, die Parsons formuliert (Befriedigung eines *hinreichenden* Teils der Bedürfnisse für einen *hinreichend* großen Teil der Bevölkerung) äußerst vage und stark kontext- und deutungsabhängig bleiben.

Ungeachtet dieser theoretischen Schwierigkeiten führt Parsons eine Reihe von “functional prerequisites” sozialer Systeme auf, die für die Diskussion um soziale Nachhaltigkeit durchaus von heuristischem oder analytischem Interesse sind. Er beginnt mit den Bedürfnissen (“needs”) der individuellen Akteure, an deren Erfüllung das soziale System angepasst sein müsse. Dazu zählen zunächst die biologischen Bedingungen individuellen Lebens wie *Ernährung* und *physische Sicherheit*. Diese werden ergänzt durch das Kriterium einer minimalen *Stabilität der Persönlichkeit* (die vor allem durch geeignete Sozialisationsbedingungen gesichert werden müsse) sowie durch eine geeignete *Motivation* der Handelnden, bspw. zur Übernahme sozialer Rollen. Würden diese funktionalen Erfordernisse verletzt, seien abweichendes Verhalten und/oder der Rückzug aus sozialen Rollen und Rollenerwartungen die Folge (ebd.: 28f.).

Im Hinblick auf das System der kulturellen Werte und Normen nennt Parsons außerdem einige “cultural prerequisites” sozialer Systeme: An erster Stelle gehörten dazu soziale Mindestbedingungen für die Hervorbringung, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung kultureller (Wert-)Systeme und Muster (ebd.: 33). Dies schließt ein: die Aufrechterhaltung eines Kommunikationssystems, Sprache, empirisches Wissen sowie Muster des expressiven Verhaltens und der Wertorientierung. Auch hier hebt Parsons ausdrücklich hervor, dass diese “kulturellen Grenzen” sozialer Systeme im allgemeinen nicht bekannt sind; man könne jedoch sicher sagen, dass das soziale System in der Lage sein müsse, “a minimum of culture” aufrechtzuerhalten.

Die Liste der functional prerequisites ist trotz des Systematisierungsversuchs durch Parsons im Wesentlichen aufzählend geblieben; eine rundum überzeugende und abschließende Begründung und Darstellung allgemeiner Existenzbedingungen von Gesellschaften ist dabei nicht gelungen (vgl.

Esser 1996: 362; Luhmann 1997: 747). Offen bleibt nicht zuletzt das (Spannungs-)Verhältnis zwischen individueller Bedürfnisbefriedigung einerseits und der Sicherung der Funktionen sozialer Systeme andererseits. Ein allgemeines Begründungskonzept für soziale Nachhaltigkeit kann aus der Diskussion um die functional prerequisites von Gesellschaften daher nicht abgeleitet werden. Ungeachtet dessen können die vorgestellten Überlegungen wichtige Hinweise für die Suche nach Kernbereichen und Leitorientierungen sozialer Nachhaltigkeit geben.

2.1.2 Allgemeine Systemfunktionen: Das "AGIL-Schema"

Das Konzept der functional prerequisites ist schließlich in der seit Mitte der 50er Jahre von Parsons vorgenommenen Weiterentwicklung und Formalisierung der struktur-funktionalen Systemtheorie aufgegangen. Ergebnis dessen war vor allem das sogenannte AGIL-Schema oder "four function paradigm" allgemeiner Systemfunktionen oder -bedürfnisse.

Die Entwicklung des AGIL-Schemas knüpfte an die Frage nach der Erfüllung der allgemeinen Funktionen von (sozialen) Systemen an, und zwar von Funktionen sowohl gegenüber einer externen Umwelt des Systems als auch gegenüber den internen System-Elementen. Dabei kam Parsons zu dem Ergebnis, dass in allen Systemen (biologischen, physikalischen wie sozialen) immer vier allgemeine Grundfunktionen erfüllt werden müssen.¹³ Diese vier Grundfunktionen bezeichnet das sogenannte AGIL-Schema (s. Abb. 1):

Abb. 1: Die vier Funktionen des AGIL-Schemas

	Mittel	Ziele
externer Bezug	adaptation Umweltanpassung A	goal-attainment Zielverwirklichung G
interner Bezug	latent pattern maintenance Muster-Erhaltung L	integration I

¹³ Auf die Begründung dieser vier Funktionen aus dem Gesamtkontext von Parsons' Theorie kann in diesem Rahmen nicht im Einzelnen eingegangen werden. Festzuhalten ist jedoch, dass dem vier Funktionen-Schema auch ein deduktiver Begründungsansatz zugrunde liegt. Dieser beruht auf einer Kreuztabellierung der beiden "Achsen" Mittel-Ziel-Orientierung sowie externer - interner Bezug. Daraus ergibt sich das AGIL Schema wie folgt: Mittellorientierung/extern = adaptation; Mittellorientierung/intern = latent pattern maintenance; Zielorientierung/extern = goal attainment; Zielorientierung/intern = integration.

Innerhalb des allgemeinen Handlungssystems übernimmt das soziale System nach diesem Schema die Funktion der Integration der Handelnden. Der individuelle Organismus (Funktion: Umweltanpassung), die Persönlichkeit (Zielverwirklichung) und das kulturelle System (Mustererhaltung) gelten in diesem Rahmen als Umwelten des sozialen Systems.

Der Logik des Schemas folgend, ist aber auch ein soziales System oder die Gesellschaft als Ganze intern wiederum nach den vier Funktionen gegliedert. Parsons geht davon aus, dass Gesellschaften eigenständige Subsysteme ausprägen, die auf die Erfüllung jeweils einer Funktion spezialisiert sind.¹⁴ In Gesellschaften seien dies

- die gesellschaftliche Gemeinschaft (societal community), spezialisiert auf Integration;
- das Wert- oder Treuhandsystem (fiduciary), spezialisiert auf die Erhaltung kultureller Muster und Normen;
- das politische Gemeinwesen (polity), spezialisiert auf die Zielverwirklichung;
- das ökonomische System (economy), spezialisiert auf die Umweltanpassung.

Damit eröffnen sich zwei unterschiedliche Perspektiven “sozialer Nachhaltigkeit”: Die erste richtet sich auf die Aufrechterhaltbarkeit der Gesellschaft/des sozialen Systems insgesamt. Unter dieser Perspektive erscheint die (für die weitere soziologische Theoriebildung äußerst folgenreiche) ausschließliche Zuordnung der Funktionen zu jeweils einem spezialisierten Teilsystem als nicht unproblematisch: Denn zum einen erzeugt die funktionale Spezialisierung eine Reihe von Problemen “zweiter Ordnung”, die sich vor allem auf die Abstimmung, Koordination und Ausbalancierung zwischen den Teilsystemen beziehen. Wenn etwa das ökonomische System die Funktion der Umweltanpassung auf Kosten der gesellschaftlichen Gemeinschaft und ihrer Integrationsaufgaben erfüllt, kann kaum von Nachhaltigkeit gesprochen werden. Zum zweiten erweisen sich zahlreiche Funktionsprobleme als systemübergreifend. So muss bspw. die Aufgabe der sozialen Integration auch vom ökonomischen System (durch Bereitstellung von Arbeitsplätzen) mitübernommen werden oder die Aufgabe der Umweltanpassung auch vom kulturellen System (Wissenschaft) und vom politischen System (gesetzliche Regulierungen).

Die zweite Perspektive sozialer Nachhaltigkeit richtet sich dagegen auf die “soziale Dimension” innerhalb der Gesellschaft, bei Parsons in erster Linie auf die “societal community” als das für soziale Integration zuständige Teilsystem. Die gesellschaftliche Gemeinschaft, die “geformte normative

¹⁴ Vgl. dazu ausführlicher Parsons 1972, 1975.

Ordnung” einer Gesellschaft, wird nach Parsons “sowohl durch ein normatives Ordnungssystem als auch durch Status, Rechte und Verpflichtungen” konstituiert (Parsons 1975: 21f.).¹⁵ Parsons führt verschiedene Methoden der Integration in modernen Gesellschaften auf: das Rechtssystem, die Mitgliedschaft in der gesellschaftlichen Gemeinschaft (Solidarität), Marktsysteme, bürokratische Organisationen sowie Vereinigungen (vgl. Parsons 1972: 29ff.). Historisch wirken diese Mechanismen nach Parsons in die Richtung einer zunehmenden Inklusion der Gesellschaftsmitglieder, d.h. ihrer Einbeziehung in soziale und rechtliche Normen.

Offensichtlich enthalten beide Perspektiven wichtige Aspekte und Elemente einer sozialen Nachhaltigkeit. Ein umfassendes Konzept sozialer Nachhaltigkeit muss daher versuchen, die beiden Perspektiven und Blickrichtungen miteinander zu verknüpfen. Deutlich wird dabei auch, dass die Rede von den Dimensionen oder “Säulen” der Nachhaltigkeit nicht im Sinne scharf abgegrenzter gesellschaftlicher Sektoren verstanden werden sollte, sondern eher im Sinne einer begründeten, aber flexiblen Zuordnung von Fragestellungen zu den Dimensionen. So ist, wie erwähnt, das funktionale Problem der sozialen Integration nicht ausschließlich in der “gesellschaftlichen Gemeinschaft” zu bearbeiten und zu lösen. Es gibt aber dennoch gute Gründe, dieses Problem vorrangig der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit zuzuordnen, da es in den Bereichen der Ökonomie und Politik nicht im Zentrum der Funktionserfüllung steht.

2.1.3 Die Kritik am sozialwissenschaftlichen Funktionalismus

Seit Ende der 60er Jahre sah sich der von Parsons geprägte Strukturfunktionalismus einer scharfen und grundlegenden sozialwissenschaftlichen Kritik ausgesetzt; in der Folge hat er seine Rolle als dominierendes Theoriemodell der Soziologie eingebüßt. Die Hauptpunkte der Kritik zielten neben dem Vorwurf der unkritischen Universalisierung des westlichen Gesellschaftsmodells auf

- die Überbetonung sozialer Stabilität und normativ-kultureller Integration,
- die Verwechslung der Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft mit Harmonie und Konfliktfreiheit,
- die häufige Verwendung von Organismus-Analogien, d.h. die implizite oder explizite Gleichsetzung von sozialen Systemen mit biologischen Organismen,

¹⁵ Gegenüber dieser starken Betonung von Normen und Werten wird auch von Parsons der sozial integrativen Funktion bspw. der Einbeziehung in das Beschäftigungssystem, hinreichenden Konsummöglichkeiten oder Chancen zur politischen oder kulturellen Partizipation wesentlich geringeres Gewicht gegeben.

- zirkuläre Erklärungsversuche, bei denen aus der Funktionalität von Strukturen, Institutionen etc. deren Entstehung und Existenz kausal begründet werden sollte.

Diese Kritikpunkte verweisen auf ein grundlegendes Problem des sozialwissenschaftlichen Funktionalismus, das als die sog. "Sollwert-Problematik" in sozialen Systemen thematisiert wurde. Anders als in biologischen Organismen (oder auch in technischen Systemen) bleibt in sozialen Systemen der Bezugspunkt "normaler" Funktionserfüllung ungeklärt. Wie lässt sich bspw. die Grenze bestimmen zwischen normalem Wandel, dysfunktionaler Störung, grundlegender Strukturveränderung oder Zerfall eines sozialen Systems (vgl. auch Esser 1996: 362)?¹⁶ Angesichts dessen lassen sich allgemeingültige Aussagen über die unverzichtbaren Funktionen von sozialen Systemen schlechthin offensichtlich nur schwer treffen und nur unzureichend begründen.¹⁷ Entweder werden faktisch die Strukturelemente bestimmter Gesellschaften als konstitutiv und wesentlich für soziale Systeme überhaupt angenommen oder die Aussagen bleiben so allgemein, dass sie in die Nähe der Tautologie geraten, weil sie mehr oder weniger direkt aus dem Begriff des (sozialen) Systems abgeleitet werden. So ist kaum zu bestreiten, dass (soziale) Systeme die Integration ihrer Mitglieder (bzw. Elemente) bewerkstelligen und sich mit einer externen Umwelt auseinandersetzen müssen.¹⁸ Allerdings sind solche allgemeinen Funktionsbeschreibungen nur wenig aussagekräftig, wenn es um konkrete Probleme in spezifischen Gesellschaften geht.

2.1.4 Bewertung und Fazit

Die Ausgangsfrage des sozialwissenschaftlichen Funktionalismus nach den grundlegenden Voraussetzungen für die dauerhafte Existenz von sozialen

¹⁶ Weil diese Grenzen schwer zu ziehen sind, gerät der Systemfunktionalismus schnell in die Gefahr einer "strukturkonservativen" Argumentation. Formveränderungen in den Mechanismen sozialer Integration erscheinen dann z.B. leicht als Tendenzen zur sozialen Desintegration.

¹⁷ Aus der Sicht einer "autopoietisch" weiterentwickelten funktionalistischen Systemtheorie weist auch Luhmann auf diese Problematik hin: "Funktionen können nur im Hinblick auf ein strukturdeterminiertes System bestimmt werden, und die Strukturen des Gesellschaftssystems sind im Rahmen dessen, was die Autopoiesis des Systems erlaubt, historisch variabel. Das schließt auch die theoretische Deduktion eines Funktionenkatalogs aus Begriffen wie Handlung (Parsons), soziales System oder Gesellschaft aus. Man kann nur induktiv vorgehen und mit einer Art Gedankenexperiment testen, wie das Gesellschaftssystem seine Strukturen zur Aufrechterhaltung seiner Autopoiesis ändern müsste, wenn bestimmte Funktionen nicht mehr erfüllt würden (...)." (Luhmann 1997: 747).

¹⁸ Schon weniger evident ist die Behauptung, dass (soziale) Systeme ihre Strukturmuster erhalten müssen. Zumindest ist die Gegenthese ebenso plausibel, dass sie ihre Strukturmuster verändern müssen, wenn sie dauerhaft existenzfähig bleiben wollen.

Systemen weist eine große Nähe zu bestimmten Aspekten der Nachhaltigkeitsdiskussion auf. Allerdings ist der Anspruch des Funktionalismus, allgemeingültige Funktionsbedingungen von Gesellschaften herauszuarbeiten, aus den beschriebenen Gründen nur begrenzt eingelöst worden: Vergleichsweise unsystematisch formulierten und teilweise überdetaillierten Aussagen zu den “functional prerequisites” von Gesellschaften auf der einen Seite stehen auf der anderen Seite theoretisch streng formalisierte, aber hochgradig abstrakte Aussagen über die allgemeinen Funktionen von sozialen Systemen gegenüber. Während dabei der von Parsons geprägte Strukturfunktionalismus den Aspekt der Stabilität und des Gleichgewichts sozialer Systeme hervorgehoben und letztlich überbewertet hatte, rückt in der Perspektive sozialer Nachhaltigkeit vor allem das *Verhältnis* von Stabilität und Wandel, von Erhaltung und Entwicklung sozialer Systeme in den Mittelpunkt.

Ungeachtet der angesprochenen Schwierigkeiten bietet der sozialwissenschaftliche Funktionalismus aber eine Reihe von wichtigen und weiterführenden Überlegungen für die Konkretisierung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit. Diese begründen zwar keine abschließende und allgemeingültige Theorie der Funktionen von sozialen Systemen, sie stellen aber “Bausteine” dar, die für die Diskussion um Leitorientierungen und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit analytisch und heuristisch genutzt werden können. Die folgenden Punkte möchten wir abschließend noch einmal besonders hervorheben:

- *Die Idee des “funktionalen Äquivalents”*: Weiterführend an der funktionalistischen Sichtweise ist, dass sie – ungeachtet aller Tendenzen zum Strukturkonservatismus – grundsätzlich eine Relativierung der in einer gegebenen Situation existierenden Formen der Erfüllung sozialer Funktionen beinhaltet. Es sind immer “funktionale Äquivalente” zu den vorhandenen Formen denkbar, die die gleichen Funktionen (etwa soziale Integration oder kollektive Zielverwirklichung) ebenso gut oder möglicherweise sogar besser erfüllen können. Dies eröffnet einen Veränderungs- und Möglichkeitshorizont, der für die Nachhaltigkeitsdebatte genutzt werden kann und soll.
- *Die Gleichgewichtigkeit biologischer und kultureller Bedürfnisse*: Gegenüber einem reduktionistischen Verständnis von Grundbedürfnissen hebt der Systemfunktionalismus Parsons’ hervor, dass soziale Systeme nur dann funktionsfähig bleiben, wenn sie den Gesellschaftsmitgliedern über die bloße physische Existenzsicherung hinaus Chancen zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Integration in kulturelle Zusammenhänge bieten.¹⁹ In diesem Kontext spielt auch das von Parsons hervorgehobene Problem der Motivation der individuellen Akteure eine wichtige Rolle.

¹⁹ Allerdings hat dies wie oben gezeigt zu einer spiegelbildlichen Vernachlässigung der materiellen Ebene der Bedürfnisbefriedigung geführt.

- *Die Problematik von Schwellenwerten:* Die bei Parsons mehrfach sichtbar gewordene Schwierigkeit oder Unmöglichkeit, allgemeingültige Minimalbedingungen für die Stabilität sozialer Systeme zu formulieren, muss äußerst ernst genommen werden. Sie markiert weniger eine Unzulänglichkeit des funktionalistischen Theorieansatzes, sondern verweist vielmehr darauf, dass solche Minimalbedingungen und Schwellenwerte – wenn überhaupt – nur kontextbezogen und unter Berücksichtigung der jeweils vorherrschenden gesellschaftlichen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster formuliert werden können.

2.2 Grundbedürfnisse – ein entwicklungstheoretisches und -politisches Konzept

2.2.1 Kontext der Diskussion um Grundbedürfnisse

Das Konzept der Befriedigung der Grundbedürfnisse (basic needs) ist seit den 70er Jahren als Gegenstrategie zu der seit den fünfziger Jahren vorherrschenden wachstumsorientierten Entwicklungs- und Modernisierungspolitik formuliert worden. Ausgangspunkt für die Entwicklung dieses Konzepts war die Erfahrung, dass in zahlreichen Ländern der “Dritten Welt” zwar relativ hohe wirtschaftliche Wachstumsraten erzielt wurden, dass dies aber kaum zu einer Verbesserung, und teilweise sogar zu einer Verschlechterung der Situation der ärmeren Bevölkerungsschichten geführt hatte (vgl. Nuscheler 1982; Menzel 1992: 159ff.). Gefordert wurden daher Entwicklungsstrategien und -politiken, die sich direkt auf die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der armen Bevölkerungsgruppen richteten. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse dieser Gruppen sollte Vorrang vor Wachstumsstrategien erhalten, die bspw. auf den Aufbau einer exportorientierten Industrie und/oder Landwirtschaft zielten. Dabei ging das Konzept der Grundbedürfnisbefriedigung davon aus, dass die von der wachstumsorientierten Entwicklungspolitik prophezeiten “trickle-down-Effekte” nicht – oder zumindest nicht im erforderlichen Umfang – eintreten und dass gesellschaftliche Entwicklung weniger eine Folge als vielmehr eine Voraussetzung von stabilem Wirtschaftswachstum sei. “Das oberste Ziel der Grundbedürfnisstrategie ist die eigentliche, die echte Entwicklung, und zwar eine Entwicklung für die Masse der Bevölkerung jedes Landes.” (Nagel 1985: 30)

Obwohl im Bereich der Politik schon sehr früh die Forderung nach Befriedigung der Grundbedürfnisse formuliert wurde,²⁰ kam die Grundbe-

²⁰ So heißt es bspw. in Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948: “Jedermann hat das Recht auf einen für die Gesundheit und das Wohlergehen von sich und seiner Familie angemessenen Lebensstandard, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung, Wohnung, ärztlicher Versorgung und notwendiger sozialer Leistungen, sowie ferner das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.”

dürfnisdiskussion erst Anfang der 70er Jahre in Gang, gewann dann aber sehr schnell an Bedeutung. Bereits 1976 existierten fünf "Statements" internationaler Organisationen (wie etwa der International Labor Organization, ILO), die alle mehr oder weniger unmittelbar das Thema basic needs aufgriffen. Die Weltbank (insbesondere eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Paul Streeten) war wesentlich an der Formulierung der neuen Strategie beteiligt, nachdem ihr damaliger Präsident Robert McNamara 1973 in einer vielbeachteten Rede das Scheitern der wachstumsorientierten Entwicklungspolitiken konstatiert hatte. Die Vereinten Nationen erklärten ebenfalls die Befriedigung von Grundbedürfnissen als vorrangiges Ziel. Den Entwicklungsländern wurde empfohlen, diesem Ziel in ihren nationalen Entwicklungsplänen Priorität einzuräumen.

Das Grundbedürfnis-Konzept stellt vor diesem Hintergrund eher eine theoriegeleitete entwicklungspolitische Strategie als eine rein wissenschaftliche Theorie dar. Von Interesse für die Diskussion um soziale Nachhaltigkeit sind diese Strategie und die damit verbundenen theoretischen Überlegungen vor allem deshalb, weil hier versucht wurde, Mindestbedingungen und -ziele einer sozial tragfähigen Entwicklung zu formulieren, d.h. einer Entwicklung, die nicht nach rein wirtschaftlichen Kriterien wie dem Wachstum des Bruttosozialprodukts oder des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens zu bewerten ist. Im Folgenden wollen wir sehr knapp die wichtigsten Annahmen der Grundbedürfniskonzepte darstellen und abschließend ihre Bedeutung für die Nachhaltigkeitsdiskussion erörtern.

2.2.2 Ziele und Grundlagen der Grundbedürfnis-Konzepte

Mit dem Grundbedürfnis-Ansatz sind eine ganze Reihe an strategischen Implikationen verknüpft (vgl. dazu Streeten/Burki 1978: 413ff.). Der basic needs-Ansatz setzt Prioritäten für Produktion, Verteilung sowie öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen. Als wichtig wird aber auch eine Erweiterung der Partizipation auf lokaler Ebene angesehen. Erste Priorität hat nach dem basic needs-Ansatz die Produktion der Güter, die notwendig sind, um die Bedürfnisse der Bedürftigsten zu befriedigen (d.h. zunächst keine Prestige-Objekte, wie nationale Airlines o. ä.). Grundlage hierfür ist die Annahme, dass die Verfolgung von "non-basic needs" der Erfüllung von basic needs im Wege steht. Da es somit auch um Verteilung nach 'unten' geht, rührt die Grundbedürfnisstrategie an die existentiellen Interessen privilegierter sozialer Gruppen, vor allem in den Entwicklungs-, aber auch in den Industrieländern. Dies bedeutet auch, dass die Verfolgung einer Grundbedürfnisstrategie mit Veränderungen der politischen Machtstrukturen in den jeweiligen Gesellschaften einhergehen muss (vgl. Streeten/Burki 1978: 413).

Neben solchen politisch-strategischen Fragestellungen stand vor allem die Bestimmung und Begründung dessen, was jeweils als Grundbedürfnis verstanden werden sollte, im Mittelpunkt des Konzepts. Dabei heben führende Vertreter des Ansatzes selbst hervor, dass es keine objektiven Kriterien für die Definition eines Satzes von Grundbedürfnissen gebe (Streeten/Burki 1978: 413; vgl. auch Schwefel 1978). Dies gilt nicht nur in qualitativer Hinsicht (welche Bedürfnisse sind Grundbedürfnisse?) sondern auch in quantitativer Hinsicht (in welchem Umfang müssen die Grundbedürfnisse erfüllt werden?).²¹ Allerdings hat sich, ausgehend von allgemeinen Evidenz- und Plausibilitätsüberlegungen, ein gewisser Konsens zumindest über einen Kern von unverzichtbaren und besonders dringlichen Grundbedürfnissen (“core basic needs”) eingestellt. Weitergehende Kataloge von Grundbedürfnissen (ebenso wie quantitative Operationalisierungen) werden jedoch immer von historischen, kulturellen oder ethischen Prämissen und Sichtweisen geprägt sein und aus diesem Grund umstritten bleiben.

Im Folgenden stellen wir exemplarisch eine relativ umfangreiche Liste von Grundbedürfnissen aus einer Übersichtsdarstellung aus den 80er Jahren vor (Nagel 1985: 35). Hier werden die Grundbedürfnisse unterteilt in “materielle” und “nicht-materielle”. Die Zuordnung der aufgelisteten Bedürfnisse ist allerdings in gewissem Maße willkürlich, weil einige Punkte, wie Gesundheit, Bildung oder Beschäftigung, sowohl materiellen als auch nicht-materiellen Charakter besitzen. Die dringlichsten core basic needs umfassen die ersten sieben Nennungen auf der Liste:

a) *materielle Grundbedürfnisse:*

- Ernährung,
- Unterkunft,
- Kleidung,
- Versorgung mit hinreichend sauberem Trinkwasser,
- sanitäre Einrichtungen,
- Gesundheitsversorgung,
- Bildung(einrichtungen);

- Brennstoffe, Betriebsstoffe,
- öffentliche Verkehrsmittel,
- Haushaltsausstattung und Möblierung,
- Kontrazeptiva,
- kulturelle Einrichtungen,

²¹ So führen Streeten und Burki (ebd.) aus: “Even such a basic requirement as nutrition for the same sex, the same age and the same activity varies between different people. Housing requirements also show wide variations and so do all other basic needs.” Vgl. auch Nagel 1985: 43.

- Erholungsmöglichkeiten, Unterhaltungsgelegenheiten,
- soziale Absicherung;

b) *nicht-materielle Grundbedürfnisse:*

- zufriedenstellende Beschäftigungsmöglichkeiten bei angemessener Entlohnung aus diversifizierten Arbeitsmärkten,
- Partizipation an den individuell relevanten Entscheidungen auf der lokalen Ebene und im politischen Gesamtzusammenhang, somit Partizipation auch an der politischen Macht,
- politische Freiheiten,
- ökonomische Startgleichheit,
- Sicherung der grundlegenden Menschenrechte
- Selbstverwirklichung als Individuum und in der Gruppe (individuelle “self-reliance”),
- nationale und kulturelle Identität (einschließlich nationale “ self-reliance”),
- Wahrnehmung eines Sinns im Leben und in der Arbeit.

Innerhalb der Grundbedürfnis-Diskussion ist immer wieder versucht worden, eine Hierarchie der Bedürfnisse zu begründen, bspw. aufbauend auf der These Abraham Maslows, wonach zuerst die materiellen Bedürfnisse befriedigt werden müssen, bevor immaterielle Bedürfnisse an Bedeutung gewinnen können. Zwar ist richtig, dass die Befriedigung grundlegender physischer Bedürfnisse faktisch Priorität genießen muss. Dies darf aber nicht im Sinne einer strikten zeitlichen Abfolge verstanden werden: Immaterielle Bedürfnisse nach Einbindung in soziale und kulturelle Zusammenhänge, nach Bildung oder auch nach politischer Partizipation sind gleichermaßen grundlegend, und ihre Befriedigung kann nicht dauerhaft aufgeschoben werden.

Interessanter als solche Hierarchiebildungen zwischen den Bedürfnissen ist der daran anknüpfende Versuch, verschiedene Niveaus der Bedarfsdeckung und Bedürfnisbefriedigung zu differenzieren. Streeten und Burki (1978: 413) unterscheiden zwischen dem bloßen unmittelbaren Überleben (*bare survival*), dem dauerhaften Überleben (*continued survival*) sowie dem dauerhaften produktiven Überleben (*continued productive survival*). Den Autoren zufolge müssen auf diesem letzteren Niveau zu den unmittelbar überlebensnotwendigen Bedürfnissen hinzukommen: bessere Ernährung, verbesserte Gesundheitsversorgung, Bildung sowie nicht-materielle Bedürfnisse wie Partizipation bei Entscheidungen, die die eigenen Lebensbedingungen betreffen, und schließlich die Berücksichtigung der relativen Armutskomponente (im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen).

Hier wird deutlich, dass Strategien einer nachhaltigen Entwicklung und sozialen Nachhaltigkeit weder auf dem Niveau des “nackten Überlebens” noch auf dem der dauerhaften Sicherung des physischen Existenzminimums (continued survival) ansetzen können. Sie müssen vielmehr auf “produktives Überleben” im Sinne sozialer und individueller Weiterentwicklung ausgerichtet sein (vgl. ebd.: 412). Dementsprechend ist der basic needs-Ansatz in der Debatte um (soziale) Nachhaltigkeit nicht als “Minimalbefriedigung auf dem geringstmöglichen Niveau” rezipiert worden, sondern als eine auf die Sicherung einer *menschenwürdigen* Existenz zielende Strategie (Huber 1995: 103; vgl. u. Abschn. 2.2.4).

2.2.3 Krise und Weiterentwicklung des Grundbedürfnis-Ansatzes

In den 80er Jahren geriet die Grundbedürfnis-Strategie in der Entwicklungstheorie und -politik ins Abseits – allerdings ohne dass ein “überzeugender neuer strategischer Entwurf” in Sicht gewesen wäre (Menzel 1992: 169). Vor allem zwei Gründe können für diesen Umschwung verantwortlich gemacht werden (vgl. ebd.: 170ff.): Zum einen waren die grundbedürfnis-orientierten Strategien zumeist nicht sonderlich erfolgreich – was allerdings weniger dem konzeptionellen Ansatz zuzurechnen ist, als vielmehr den politischen Blockaden bei seiner Umsetzung – vor allem auf Seiten der privilegierten Gruppen in den Dritte Welt-Ländern (vgl. Nuscheler 1982). Zweitens wurde auch die Entwicklungstheorie von der in den 80er Jahren einsetzenden Trendwende zur neoliberalen Angebots- und Wachstumspolitik als neuem hegemonialen Paradigma erfasst. Als Beleg für dessen Überlegenheit wurde vor allem der wirtschaftliche Aufstieg der südostasiatischen “kleinen Tiger” herangezogen. Insbesondere nach der “Asien-Krise” ist aber als offen anzusehen, wie weit das Modell einer weltmarktorientierten Exportstrategie dauerhaft tragfähig und auf andere Länder übertragbar ist – insbesondere auf bevölkerungsreiche Länder mit starken Einkommensdifferenzierungen und großen verarmten Schichten wie etwa Brasilien, Indien oder Indonesien.

Neben dieser – auch politisch motivierten – Abkehr von der basic needs-Strategie sind seit den 80er Jahren aber auch neue Akzentsetzungen und Weiterentwicklungen des Ansatzes vorgenommen worden. Wichtige Anregungen enthalten vor allem das Konzept der “menschlichen Entwicklung” des UN-Entwicklungsprogramms UNDP oder das “capability”-Konzept des indischen Ökonomen Amartya Sen. Dabei wird der Akzent primär auf die Erweiterung der Handlungspotenziale armer und unterprivilegierter Bevölkerungsschichten gelegt, weniger auf die direkte Zielerreichung in Form der Grundbedürfnisbefriedigung. Denn, so wird argumentiert, letztere laufe Gefahr, die Menschen nur als passive Adressaten staatlicher und/oder externer Hilfs- und Transferleistungen zu betrachten: “Unter Wohlfahrtspekten werden Menschen als Empfänger angesehen, nicht als

aktiv am Entwicklungsprozess Mitwirkende. Das Konzept der Grundbedürfnisbefriedigung konzentriert sich auf die Bereitstellung von materiellen Gütern und Diensten für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und weniger auf die Erweiterung menschlicher Wahlmöglichkeiten in allen Bereichen.“ (UNDP 1995: 14).

Durch diese Akzentsetzung wird verdeutlicht, dass das Ziel einer grundbedürfnis-orientierten Entwicklungsstrategie nicht (oder zumindest nicht nur) eine sozialpolitisch motivierte Umverteilung von Gütern, Dienstleistungen oder Einkommen sein kann. Es muss vielmehr darin gesehen werden, die armen und benachteiligten Bevölkerungsschichten in die Lage zu versetzen, aktiv und eigenständig ihre Bedürfnisse zu befriedigen und ihre Existenz dauerhaft zu sichern. Dies bedeutet z.B., ihren Zugang zu Kapital, zu Technologie oder zu Absatzmärkten zu verbessern. Allerdings sollte auch erwähnt werden, dass solche Überlegungen von Anfang an im basic needs-Ansatz angelegt waren. So heißt es bspw. bei Streeten und Burki (1978: 412): “The purpose of development is to raise the sustainable level of living of the masses of poor people as rapidly as is feasible and to provide all human beings with the opportunity to develop their full potential.”

2.2.4 Bedeutung für die Diskussion um soziale Nachhaltigkeit

Aus der bisherigen Darstellung ist deutlich geworden, dass das Konzept der Grundbedürfnisse und der Grundbedürfnisbefriedigung primär unter dem Gesichtspunkt der Armutsbekämpfung in Ländern der Dritten Welt formuliert worden ist. Dennoch ist dieses Konzept auch für eine global, d.h. unter Einbeziehung der Industrie- und Schwellenländer, ansetzende Diskussion um soziale Nachhaltigkeit von zentraler Bedeutung. Dabei stehen die folgenden drei Aspekte im Vordergrund:

- Die Versuche zur Konkretisierung von nachhaltiger Entwicklung richten sich gegenwärtig – angelehnt an die “Regeln” zur nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung – in erster Linie auf *Mindestbedingungen* und -ziele von Nachhaltigkeit in den verschiedenen Dimensionen. Unter dieser Perspektive bietet der basic needs-Ansatz eine wichtige Grundlage zur Konkretisierung und Operationalisierung der sozialen (und teilweise auch der ökonomischen) Dimension von Nachhaltigkeit – auch für Industriegesellschaften wie die Bundesrepublik Deutschland. Zumal der Grundbedürfnisansatz wie oben erwähnt, weniger auf ein (vermeintlich) universell gültiges, absolutes physisches Existenzminimum zielt, als vielmehr auf die grundlegenden materiellen wie immateriellen Voraussetzungen einer menschenwürdigen Existenz – unter jeweils unterschiedlichen gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen.

- Zweitens zeigen sich aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, auch in den Industrieländern unübersehbare Defizite bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse. Dies gilt in erster Linie im Bereich der Beschäftigung und der Versorgung mit Wohnraum (Wohnungsnot und Obdachlosigkeit), z.T. aber auch bei Bildung oder Gesundheitsversorgung. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse bietet daher auch in den Industriegesellschaften einen wichtigen Maßstab, um die Einhaltung bzw. Verletzung grundlegender Bedingungen sozialer Nachhaltigkeit (und sozialer Gerechtigkeit) überprüfen zu können.
- Drittens schließlich hat der Grundbedürfnis-Ansatz das für die Nachhaltigkeitsdiskussion äußerst wichtige Konzept der Bedürfnisfelder maßgeblich mitbeeinflusst. Die Perspektive der Bedürfnisfelder bietet vor allem einen vergleichenden Analyse- und Bewertungsrahmen dafür, mit welchem Aufwand an Ressourcen und mit welchen Umweltbelastungen die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse (z.B. Ernährung, Wohnung, Mobilität, Freizeit und Erholung) in verschiedenen Gesellschaften einhergeht. Das kritische Potenzial dieses Ansatzes liegt darin, dass nicht mehr ausschließlich an der Optimierung bestehender Produkte und Produktlinien angesetzt wird. Statt bspw. allein auf den Katalysator oder das "Drei-Liter-Auto" zu setzen, wird umfassender danach gefragt, wie die gesellschaftlichen Bedürfnisse nach Mobilität auf eine sowohl umwelt- und sozialverträgliche als auch wirtschaftlich effiziente Weise befriedigt werden können. Das Konzept der Grundbedürfnisse und die damit verbundenen theoretischen Überlegungen könnten in diesem Rahmen u.U. dazu beitragen, in einem gesellschaftlichen Diskussionsprozess soziale (Mindest-)Ziele oder Prioritätensetzungen in den verschiedenen Bedürfnisfeldern festzulegen.

2.3 Soziologische Konzepte des Sozialkapitals

2.3.1 Entstehung und Bedeutung des Konzepts "Sozialkapital"

Unter Sozialkapital werden zahlreiche unterschiedliche und teilweise auch diffuse Begriffe subsumiert, wie z.B. Gemeinsinn, soziales und politisches Engagement, gesamtgesellschaftliche Integration der Individuen, private Verantwortung, Vertrauen, Team- und Gemeinschaftsgeist etc. (vgl. z.B. Meier 1996). In letzter Zeit wird das Konzept auch von der Nachhaltigkeitsforschung thematisiert (vgl. Clar et al. 1997). Das Sozialkapital-Konzept sieht sich dabei aus zwei Gründen mit großen Erwartungen konfrontiert. Zum einen wird damit die Hoffnung verbunden, dass sich durch dieses Konzept die soziale Dimension der Nachhaltigkeit ganz oder zumindest teilweise beschreiben lässt. Zum anderen lässt die Verwendung des Begriffes "Kapital" vermuten, dass das Sozialkapital Analogien zu anderen Kapitalarten aufweist, wie z.B. Sach- und Naturkapital und sich somit besonders anbietet, um verschiedene Dimensionen der Nachhaltigkeit

integrierbar zu machen. Im folgenden Kapitel soll die mögliche Relevanz von Sozialkapital für soziale Nachhaltigkeit herausgearbeitet und dabei zugleich überprüft werden, inwiefern sich die beiden genannten Erwartungen durch das Konzept erfüllen lassen.

Der Begriff *social capital* wurde zuerst von Loury gegen Ende der siebziger Jahre in die Wirtschaftswissenschaften eingeführt, um die sozialen Ressourcen zu bezeichnen, die für die Entwicklung von Humankapital von Nutzen sind. Der Begriff diente folglich ursprünglich vor allem zur Erklärung anderer Kapitalkonzepte, der ökonomische Nutzen stand im Vordergrund (Coleman 1992:398)²². In den achtziger Jahren wurde das Sozialkapitalkonzept in verschiedenen Ausformulierungen in unterschiedliche Diskussionskontexte aufgenommen. Besondere Bedeutung in den Sozialwissenschaften gewannen zwei Verwendungen des Konzepts: Zum einen wurde es Teil einer neuen sozio-ökonomischen Theorie sozialen Handelns, der das Prinzip des "rational choice" zugrunde liegt (vgl. Coleman 1988). Zum anderen integrierte Bourdieu das Konzept des sozialen Kapitals in seine Untersuchungen der sozialen Reproduktion von Klassenunterschieden (vgl. Bourdieu 1983).

Neuere Diskussionen hingegen kreisen überwiegend um eine befürchtete Abnahme des Sozialkapitals in modernen Gesellschaften (vgl. Clar et al. 1997, Meier 1996, Putnam 1995).

Im Folgenden wird zunächst auf die Begriffsdefinitionen von Coleman und Bourdieu etwas genauer eingegangen, bevor ein kurzer Aufriß der neueren Debatte um Sozialkapital gegeben wird.

2.3.2 Das Konzept des Sozialkapitals im *rational choice*-Ansatz

Coleman²³ stützt seine Erklärung von Sozialkapital auf die Beobachtung, dass Personen ihre sozialen Bindungen instrumentell einsetzen, um bestimmte Ziele zu erreichen. Insofern stellen soziale Bindungen in Form einer Sozialstruktur für das Individuum eine Art Kapitalvermögen dar, wenn es sie dazu nutzen kann, seine Interessen zu realisieren. Im Gegensatz zum Humankapital, das in Kompetenzen und Fertigkeiten der einzelnen Person gebündelt ist, bezieht sich Sozialkapital auf die Beziehungsstrukturen zwischen zwei oder mehreren Personen. Verpflichtungen bspw. entstehen, wenn ein Akteur A einem anderen Akteur B einen Gefallen tut in dem Vertrauen, von B in Zukunft dafür eine Gegenleistung zu bekom-

²² Wegen dieser zunächst einseitigen Sichtweise, Sozialkapital vorrangig im Lichte seines ökonomischen Nutzens zu betrachten, sieht sich das Konzept häufig dem Vorwurf des Ökonomismus ausgesetzt.

²³ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Coleman 1992, Kapitel 12: 398-418.

men. Coleman bezeichnet die entstehende Verpflichtung von B quasi als Gutschrift, eine Art Kreditmasse, auf die A im Bedarfsfall zurückgreifen kann. A verfügt folglich über Sozialkapital in Bezug auf B. Coleman geht davon aus, dass rationale Akteure bewußt Verpflichtungen schaffen. Für einen Akteur erscheint es vorteilhaft, eine Hilfeleistung dann zu erbringen, wenn für ihn die Kosten der Leistung gering sind, die Gegenleistung hingegen dann in Anspruch zu nehmen, wenn der zu erwartende Gewinn hoch ist. Als zwei zentrale Elemente, die Einfluß auf die Bildung von Sozialkapital haben, beschreibt Coleman zum einen das Maß an Vertrauenswürdigkeit des sozialen Umfelds und zum anderen die tatsächliche Menge von Verpflichtungen, die eingelöst werden können.

Formen des Sozialkapitals sind nach Coleman neben den gegenseitigen Verpflichtungen das Informationspotenzial, das eine soziale Beziehung in sich birgt, Normen²⁴ sowie Herrschaftsbeziehungen.²⁵ Über diese Formen des Sozialkapitals hinausgehend stellen für Coleman auch die Sozialstrukturen und Bindungen, die quasi als Nebenprodukt bei der Bildung sozialer oder zielgerichteter Organisationen entstehen, Sozialkapital dar, auf das auch für andere Zwecke als das ursprüngliche Organisationsziel zurückgegriffen werden kann.

Diejenigen, die das Sozialkapital in Form einer Organisation geschaffen haben, sind jedoch nicht unbedingt Nutznießer der Gewinne, die aus diesem Kapital gezogen werden können. Sozialkapital hat hier quasi den Charakter eines öffentlichen Guts; es ist als solches faktisch unveräußerlich, niemand kann von dem durch seinen Gebrauch erwirtschafteten Gewinn ausgeschlossen werden. Coleman schließt hieraus, dass es nicht im Interesse der einzelnen Person liegen kann, ein solches Kapital entstehen zu lassen, von dem sie dann nicht selbst profitieren kann. Zudem sei z.B. auch für einzelne Akteure kein Anlaß mehr gegeben, sich selbst Verpflichtungen zu schaffen, wenn sie im Bedarfsfall ohne weitere Verpflichtungen auf staatliche Hilfeleistungen zurückgreifen können.

2.3.3 Das Sozialkapital aus klassentheoretischer Sicht

Im Gegensatz zum rational choice-Ansatz richtet sich das Erkenntnisinteresse Bourdieus auf die Reproduktion der Verteilung von Kapital: "Die zu

²⁴ Umgekehrt gibt Coleman jedoch zu bedenken, dass Normen für die Bildung von Sozialkapital auch hinderlich sein können, indem sie beispielsweise bestimmte Handlungen einschränken, die gewinnbringend für die Gemeinschaft wären.

²⁵ Hierbei verfügt der Herrscher über Sozialkapital in Bezug auf bestimmte Akteure, die sich von ihm beherrschen lassen. In Colemans Terminologie sind das diejenigen Akteure, die dem Prinzipal entsprechende Kontrollrechte über sich übertragen haben.

einem bestimmten Zeitpunkt gegebene Verteilungsstruktur verschiedener Arten und Unterarten von Kapital entspricht der immanenten Struktur der gesellschaftlichen Welt..., durch die das dauerhafte Funktionieren der gesellschaftlichen Wirklichkeit bestimmt ... wird."

Bourdieu unterscheidet drei Arten von Kapital: ökonomisches, kulturelles²⁶ und soziales Kapital. "Das Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potenziellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen." (Bourdieu 1983: 190). Bourdieu macht deutlich, dass der Umfang des Sozialkapitals eines Einzelnen davon abhängt, wie weit sich das Netz der Beziehungen ausdehnt und über wieviel Kapital (ökonomisch, kulturell oder sozial) diejenigen verfügen, mit denen er in Beziehung steht. Sozialkapital ist dabei niemals völlig unabhängig von der Existenz ökonomischen und kulturellen Kapitals, denn ein gewisses Maß an Gleichartigkeit unter den Beteiligten kann z.B. als Voraussetzung zur Bildung von Sozialkapital gelten.

Bourdieu geht intensiv darauf ein, dass Beziehungsnetze die Produkte von andauernder Institutionalisierungsarbeit sind, z.B. durch gegenseitigen Austausch. Mit diesem Austausch wird die Gruppe ständig reproduziert und vergewissert sich so auch ihrer eigenen Grenzen. Um Beziehungen zu erhalten, ist damit ein erheblicher Arbeitsaufwand, und somit Investition von Zeit und Geld nötig. Voraussetzung hierfür ist ein gewisses Maß an Kompetenz des Einzelnen, da sich sonst der Einsatz nicht lohnt. Diese Kompetenz stellt bei Bourdieu selbst einen Teil des Sozialkapitals dar (bei Coleman ist sie eher Teil des Humankapitals, da die Kompetenz selbst in der Person liegt und nicht Teil der zwischenmenschlichen Beziehung ist).

Ressourcen, die in Sozialkapital investiert werden, sind nicht mehr für die Bildung anderen Kapitals verfügbar; das heißt für Bourdieu, dass Gewinne auf dem einen Gebiet durch Kosten auf dem anderen Gebiet bezahlt werden, die Gesamtheit des zur Verfügung stehenden Kapitals jedoch erhalten bleibt. Bourdieu unterstellt hiermit jedoch auch ein gewisses Ausmaß an Substituierbarkeit unterschiedlicher Kapitalarten.

Im Gegensatz zu Coleman geht Bourdieu nicht davon aus, dass Profite aus der Zugehörigkeit zu einer Gruppe unbedingt bewußt angestrebt werden.

²⁶ Bourdieus Konzept des kulturellen Kapitals unterteilt sich in das sogenannte inkorporierte Kulturkapital, das den individuell erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten entspricht, und in das objektivierte Kulturkapital, welches in Form von Gegenständen (z.B. Schriftstücken, Gemälde) materialisiert und damit auch übertragbar ist.

Die Bildung von Beziehungen und dauerhaften Verpflichtungen kann auch zufällig sein, zudem wird die Investition in Sozialkapital häufig als eine sowohl notwendige als auch uneigennützigte Verpflichtung erlebt. Bourdieu thematisiert Sozialkapital somit vor allem als individuell aneignungsfähiges Gut (er spricht vom "Besitz" von Sozialkapital). Die Kollektivgutproblematik bei anderen Formen von Sozialkapital bleibt bei ihm eher im Hintergrund.

2.3.4 Das Verständnis von Sozialkapital in neueren Debatten

In jüngster Zeit wird im Zusammenhang mit Sozialkapital vor allem von einem Trend zur Erosion von Sozialkapital gesprochen (vgl. z.B. Clar et al. 1997, Putnam 1995, oder auch Coleman selbst; s. den folgenden Exkurs). Hierbei steht meist die befürchtete Abnahme des Sozialkapitals so sehr im Vordergrund, dass die Definition des Konzepts selbst häufig nicht mehr explizit gemacht wird.

Clar et al. (1997) fassen Sozial-, Human- und Wissenskapital unter dem Begriff der "Humanressourcen" zusammen. Sie verstehen Sozialkapital als bewährte und intakte soziale Strukturen, Traditionen, elementare Normen und Sanktionen. In diesem Sinne bestehe das Sozialkapital einer Gesellschaft in gemeinsamen Grundwerten und Regeln, Vertrauen, Beziehungsnetzen, sozialem Frieden, Gemeinwohlorientierung sowie sozialem und politischem Engagement (vgl. Mohr 1997: 97). In dieser Definition steht somit der Gemeinwohlaspekt von Sozialkapital im Vordergrund. Durch den starken Bezug zu Traditionen, verbindlichen Normen und gemeinsamen Werten wird auch deutlich, dass soziale Stabilität als immanenter Wert von Sozialkapital verstanden wird.

Obwohl sie auf eine explizite Definition verzichten, scheint bei Putnam und Meier ein ähnliches Verständnis von Sozialkapital durchzuschimmern, da sie es beide vorrangig durch gesellschaftliches und politisches Engagement, Einstellungen zu bestimmten Grundwerten sowie Vertrauen operationalisieren. Im Gegensatz zu Clar et al. rücken beide Autoren in ihren Analysen jedoch die Dynamik in der Veränderung von Sozialkapital in den Mittelpunkt. Auf diesen Aspekt wird im folgenden Exkurs über die tatsächliche oder vermeintliche Abnahme von Sozialkapital genauer eingegangen.

Exkurs: Die Diskussion um die Erosion von Sozialkapital

Die Diskussion über die Abnahme von Sozialkapital ist nicht neu (vor allem die Kommunitarismus-Debatte hat dies wiederholt thematisiert), hat jedoch in den letzten Jahren einen neuen An Schub erhalten. Zunehmende Scheidungsraten, wachsende Kriminalität, steigendes politisches Desinteresse und fehlendes soziales Engagement werden als Indikatoren für die

Abnahme von Sozialkapital gewertet (vgl. Meier 1996: 6). Als Gründe für diese Trends gibt Putnam vier Hauptentwicklungen an:

- wachsende Frauenerwerbstätigkeit,
- zunehmende örtliche Mobilität,
- Wandlungen der Familienstrukturen (weniger Ehen, mehr Scheidungen)
- Wandlungen im Freizeitverhalten (weniger soziale Freizeiterlebnisse, sondern individuelle) (Putnam 1995: 74f.).

Putnam und Meier haben diese Trends für die USA und Deutschland untersucht (vgl. Putnam 1995, Meier 1996). Tatsächlich lässt sich in beiden Ländern feststellen, dass z.B. die Mitgliedschaften in Gewerkschaften und traditionellen sozialen Vereinigungen (wie z.B. dem Roten Kreuz, Pfadfindern etc.) deutlich abgenommen haben. Demgegenüber hat jedoch die Anzahl politischer Netzwerke (z.B. von Umweltgruppen, Seniorenvereinigungen etc.) und von Selbsthilfegruppen in beiden Ländern drastisch zugenommen. Putnam argumentiert zwar, dass diese Vereinigungen nicht mit zivilen Organisationen traditioneller Art vergleichbar sind, da die Art der Verpflichtung, die der einzelne eingeht, eine sehr viel lockerere sei und weniger aktive Beteiligung und Verantwortung vom Einzelnen verlange. Dennoch stellen auch diese Organisationsformen Formen von Sozialkapital dar. So stellen auch beide Autoren abschließend fest, dass man bei einer genauen Betrachtung nicht wirklich von einer Erosion von Sozialkapital sprechen kann, sondern eher von einer qualitativen Veränderung vom formellen Engagement hin zum informellen, selbstbestimmten Engagement, bzw. von formellen zu selbstbestimmten Kontakten²⁷.

Was dies letztendlich für Folgen für die Gesamtgesellschaft hat, ist bisher nicht absehbar; jedenfalls müssen diese nicht per se negativ sein. Insbesondere ist offen, ob die Individuen und damit auch die Gesellschaft als Ganze nicht auch profitieren können von einer Erhöhung an individuellen Freiheitsgraden z.B. durch weniger formelle, aber mehr frei wählbare Sozialkontakte. Zu beobachten ist beispielsweise in den letzten Jahren, laut Putnam, zumindest eine deutliche Abnahme von Diskriminierung und Intoleranz. Nachdenklich stimmt allerdings, dass offensichtlich das Vertrauen in andere Menschen generell abnimmt. So bejahten 1960 noch 58 % der US-Amerikaner die Aussage, man könne den meisten Menschen vertrauen, 1993 waren es nur noch 37 % (Putnam 1995: 73). Dies ist deshalb bedenklich, da Vertrauen als eine Grundvoraussetzung für Kooperation jeglicher Art gelten kann. Auch in der Bundesrepublik ist das Vertrauen in

²⁷ So verbringen z.B. immer weniger Leute in den USA einen Teil ihrer Freizeit mit ihren Nachbarn, dafür haben jedoch die Kontakte mit Leuten, die nicht aus der unmittelbaren Nachbarschaft kommen, zugenommen (vgl. Putnam 1995:72).

öffentliche Einrichtungen in den letzten Jahren beinahe stetig gesunken (vgl. Meier 1996: 31). Festzuhalten bleibt jedoch, dass das Sozialkapital qualitativen Veränderungen unterworfen sein kann, ohne dass gleich von seiner Erosion gesprochen werden kann.

2.3.5 Bewertung und Fazit

Versucht man vor dem Hintergrund der dargestellten Positionen eine allgemeine und zusammenfassende Definition von Sozialkapital zu geben, so handelt es sich dabei um die Gesamtheit der in sozialen Beziehungen und anerkannten sozialen Normen enthaltenen sozialen Handlungsressourcen. Diese Definition macht deutlich, dass die soziale Dimension der Nachhaltigkeit durch das Sozialkapital-Konzept allein nicht ausreichend abgebildet wird. Denn auf der einen Seite wird damit die Ebene des Individuums und seiner materiellen Bedürfnisse fast vollständig ausgeblendet, auf der anderen Seite gehört zur sozialen Dimension neben dem Sozialkapital auch ein Bestand an Wissen und Erfahrungen, den sich die Individuen wie auch die Gesellschaft erarbeitet haben.

Wissen und individuelle Fertigkeiten werden in der Nachhaltigkeitsdiskussion bisher vorwiegend als Wissens- und Humankapital thematisiert. Humankapital ist per definitionem das in Individuen repräsentierte Leistungspotenzial einer Bevölkerung, es ist daher an einzelne Personen gebunden. Unter Wissenskapital wird das nicht an Personen gebundene, ökonomisch relevante Wissen verstanden (Mohr 1997: VI). Beide Konzepte sind folglich auf ihre ökonomische Bedeutung eingeschränkt und werden dementsprechend auch eher als Teil der ökonomischen Dimension von Nachhaltigkeit verstanden.

Wissen und Kompetenz existieren jedoch nicht nur in Bezug auf Ökonomie, sondern auch in Bezug auf soziale oder kulturelle Sachverhalte.²⁸ So dient z.B. Bildung nicht nur dazu, ökonomisches Kapital anzuhäufen, sondern kann sowohl individuell als Quelle von Lebensfreude erfahren werden als auch kollektiv nützlich sein zur Bildung von Sozialkapital,²⁹ z.B. der Ausprägung von Toleranz förderlich sein. Diese Ebene findet im rational choice-Konzept des Sozialkapitals bisher keinen Platz. Bourdieu hingegen greift sie zwar auf, beschreibt sie jedoch mit dem Konzept des Kulturkapitals. Das Kulturkapital umfasst für ihn einerseits die individuell an-

²⁸ Dies klingt bei Bourdieu an, wenn er davon spricht, dass eine Kompetenz vorhanden sein muss, um Sozialkapital bilden zu können.

²⁹ So ergeben z.B. die Untersuchungen zur Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen, dass Personen mit höherer Bildung sich signifikant häufiger politisch engagieren (vgl. Mohr 1984: 160)

geeigneten Fertigkeiten und Fähigkeiten zur “Herstellung” und zum Verständnis von Kultur sowie Erfahrungen und erlernte Traditionen als sog. inkorporiertes Kulturkapital, andererseits die Materialisierung solcher Fertigkeiten (z.B. Kunstgegenstände, Schriftstücke etc.) als objektiviertes Kulturkapital (vgl. Bourdieu 1983: 185ff.).

Man kann somit festhalten, dass das Sozialkapital-Konzept vor allem die Ebene der individuellen Bedürfnisse sowie die des Wissens und des Kulturkapitals nicht berücksichtigt und folglich nicht ausreicht, die soziale Dimension von Nachhaltigkeit in ihrer Gesamtheit abzubilden. Dennoch werden mit “Sozialkapital” wichtige Bereiche des Sozialen bezeichnet, die in der Nachhaltigkeitsdiskussion keinesfalls vernachlässigt werden dürfen. Will man das Konzept für diese Diskussion fruchtbar machen, sind jedoch einige Umakzentuierungen gegenüber den bisherigen Verwendungen angebracht:

- Sozialkapital darf nicht auf seine ökonomische Bedeutung (Beitrag zur Bildung von Humankapital, Voraussetzung einer funktionierenden Ökonomie etc.) eingeschränkt werden. Es stellt auch und vor allem eine eigenständige “zivilgesellschaftliche” Handlungsressource dar, die bspw. für die Regelung eines zivilen, gewalt- und konfliktfreien gesellschaftlichen Zusammenlebens von zentraler Bedeutung ist.
- Es muss dabei analytisch berücksichtigt werden, dass Sozialkapital sowohl einen Beitrag zur *Reproduktion* von Gesellschaften darstellt (Aufrechterhaltung sozialer Beziehungsnetze, bspw. zwischen den Generationen, Bildung von Vertrauen etc.) als auch von zentraler Bedeutung für die *Entwicklungsfähigkeit* von Gesellschaften ist. Unter diesem Aspekt liegt der Schwerpunkt weniger auf der Erhaltung von vorhandenen Formen des Sozialkapitals als auf ihrer qualitativen Weiterentwicklung, bspw. im Sinne zunehmender Offenheit für neue und andere Lebensformen.³⁰ Faktisch sind beide Aspekte eng miteinander verknüpft: Die Reproduktion sozialer Beziehungen muss Spielräume für Weiterentwicklungen schaffen, die Entwicklungsdynamik darf umgekehrt nicht zu einer Aushöhlung der reproduktiven Potenziale führen.³¹
- Daraus folgt, dass Sozialkapital in der Nachhaltigkeitsdebatte nicht so sehr in einem traditionalistischen Verständnis aufgefasst werden sollte (wie in weiten Teilen der aktuellen Diskussion um die Erosion von Sozialkapital), sondern in einem “post-traditionalen” Sinn, wonach soziale

³⁰ Auch die Enquête-Kommission des 12. Deutschen Bundestages hat die Zielebene “Sicherung der Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft” durch Begriffe wie kulturelle Vielfalt, Vielfalt sozialer Strukturen, sozialer Zusammenhalt, Toleranz, Freiräume für unterschiedliche Lebensformen oder Lernfähigkeit und -bereitschaft zu konkretisieren und zu operationalisieren versucht (vgl. oben Kap. 1.1).

³¹ Dabei ist zu beachten, dass die Reproduktion sozialer Beziehungen häufig anderen Zeitrhythmen folgt als ökonomische, technologische oder auch kulturelle Umbrüche.

Beziehungen, Lebensformen und Normen nicht mehr vorgegeben und zugeschrieben werden, sondern immer mehr zum Ergebnis eigener Wahlentscheidungen werden (vgl. Giddens 1997: 24f.). Denn offensichtlich hängen Formen des Sozialkapitals wie Toleranz oder Solidarität eng damit zusammen, dass Traditionen, traditionelle soziale Beziehungen ebenso wie tradierte Werte, reflexiv überprüft und in Frage gestellt werden können.

Somit erweist sich die Forderung nach Erhalt des Sozialkapitals aus mehreren Gründen als nicht ausreichend für eine Konkretisierung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit:

- Erstens muss das Konzept des Sozialkapitals ergänzt werden durch das des kulturellen und Wissenskaptals (die beide nicht rein ökonomisch verstanden werden dürfen). Wir schlagen daher vor, nicht (wie Clar et al. 1997) von “Humanressourcen”, sondern zusammenfassend von *Sozialressourcen* zu sprechen, um damit diejenigen Handlungsressourcen zu bezeichnen, die aus Qualitäten sozialer Zusammenhänge entstehen.
- Zweitens müssen diese Sozialressourcen, das Sozialkapital ebenso wie Wissen und kulturelles Kapital, nicht nur erhalten, sondern immer wieder auch überprüft, verändert und erneuert werden. Für alle drei Komponenten der Sozialressourcen gilt daher, dass sie von zentraler Bedeutung sowohl für die Reproduktion als auch für die Entwicklungsfähigkeit von Gesellschaften sind.
- Drittens schließlich hat sich gezeigt, dass das Sozialkapital als eine sehr heterogene und weitgehend immaterielle Ressource nur schwer operationalisierbar, geschweige denn quantifizier- und meßbar ist. Versteht man die Forderung nach Erhalt des Sozialkapitals daher in einem quantitativen Sinne, sind zum einen enorme Schwierigkeiten hinsichtlich der Quantifizierung vorgezeichnet, zum anderen wären aber qualitative Veränderungen ausgeblendet, die jedoch, wie Meier und Putnam zeigen (s. oben), auch positive Auswirkungen haben können. An diesem Punkt stößt offenbar auch die Analogie-Bildung durch die gemeinsame Kapitalbegrifflichkeit für alle Nachhaltigkeitsdimensionen an Grenzen. Insgesamt kann das Konzept des Sozialkapitals daher die in der Nachhaltigkeitsdiskussion formulierten Erwartungen nur zum Teil erfüllen.

3 Allgemeine Leitorientierungen sozialer Nachhaltigkeit

3.1 Operationalisierung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit

Die im Gefolge des Brundtland-Berichts unternommenen Versuche, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung zu konkretisieren, konnten zunächst auf Vorläufer-Konzepte und ähnlich gelagerte Überlegungen vor allem aus dem Bereich der Ressourcenökonomie zurückgreifen. Die normative Grundidee der intergenerativen Gerechtigkeit wurde in diesem Kontext in Leitorientierungen zur nachhaltigen, d.h. in der Zukunft aufrechterhaltbaren Nutzung von natürlichen Ressourcen durch menschliche Gesellschaften übersetzt: Natürliche Ressourcen dürfen nur in einem solchen Ausmaß genutzt werden, dass sie auch zukünftigen Generationen in ihren Funktionen als "Quellen" für Rohstoffe und "Senken" für Reststoffe zur Verfügung stehen. Diese Grundidee wurde Anfang der 90er Jahre dann zu den bekannten (zunächst drei) "Management-Regeln" der "ökologischen Nachhaltigkeit" formalisiert.³² Ziel dieser Regeln, und damit Kern ökologischer Nachhaltigkeit, ist es, die Übernutzung von natürlichen Ressourcen und die Überlastung von Umwelt-Funktionen zu verhindern.

Akzeptiert man die normative Prämisse der intergenerativen Gerechtigkeit sowie die faktische Einschränkung der natürlichen Umwelt auf ihre Quellen- bzw. Senken-Funktion für menschliches Handeln, dann sind diese drei Regeln von unbestreitbarer Plausibilität und Evidenz. Sie können insofern Allgemeingültigkeit beanspruchen, als sie mit logischer Konsequenz aus diesen Prämissen hervorgehen. Schon weniger eindeutig ist allerdings, ob und wieweit diese Prämissen selbst, insbesondere die Reduktion der natürlichen Umwelt auf ihre Ressourcen- und Regelungsfunktion, Allgemeingültigkeit beanspruchen können.³³

Eine ähnlich einfache, suggestive und weitgehend konsensfähige Grundidee "sozialer Nachhaltigkeit" existiert bisher nicht und wird sich auch durch eine unmittelbare Analogisierung mit der ökologischen Dimension nicht entwickeln lassen. Direkte "Übersetzungen" des ökologischen Nachhaltigkeitskonzepts, etwa indem aus dem Postulat der Erhaltung des Naturkapitals auf die Erhaltung des Sozialkapitals geschlossen wird, sind zwar

³² Die Bezeichnung "ökologische Nachhaltigkeit" ist allerdings teilweise missverständlich: Ausgangspunkt der Formulierung der Managementregeln sind nicht Überlegungen zur Erhaltung oder Entwicklung von ökologischen Zusammenhängen oder Ökosystemen, sondern die Aufrechterhaltung der Möglichkeiten zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzung von Umweltressourcen. Genau genommen handelt es sich somit eher um Regeln einer "ökonomisch-ökologischen Nachhaltigkeit". Damit hängt auch zusammen, dass die verschiedenen Versuche, die Regeln ökologischer Nachhaltigkeit zu erweitern und zu ergänzen, bisher nicht die gleiche Überzeugungskraft besitzen wie die drei an der Nutzung ökologischer Ressourcen orientierten Managementregeln.

³³ Weder wird der Natur in diesen Regeln ein Eigenwert zuerkannt, wie es in verschiedenen Kulturen getan wird, noch wird ihre Funktion als Lebens- und Erfahrungsraum für menschliche Gesellschaften von den bisher vorliegenden Regeln erfasst.

heuristisch anregend, enthalten aber keine hinreichende Vorstellung von der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit (s. Kap. 2.3).³⁴ Soziale Nachhaltigkeit bzw. sozial nachhaltige Entwicklung lässt sich nicht allein durch (quantitative) Regeln der Nutzung von (sozialen) Ressourcen formulieren. Abgesehen von der Schwierigkeit, sich darauf zu verständigen, worin die wesentlichen Funktionen sozialer Systeme bestehen (s. Kap. 2.1) und worin die erhaltenswerten sozialen Ressourcen zu sehen sind, müssen weitere Zieldimensionen hinzukommen, wenn von sozialer Nachhaltigkeit gesprochen werden soll. Dazu gehören (zumindest) das Ziel, die Existenz der individuellen Mitglieder einer Gesellschaft dauerhaft und in menschenwürdiger Weise zu sichern, sowie Aspekte der sozialen Gerechtigkeit.

Die Schwierigkeiten einer Übertragung des Nachhaltigkeitskonzepts auf die soziale Dimension sind eng verbunden erstens

- mit der Uneindeutigkeit und Theorieabhängigkeit dessen, was jeweils unter “sozial” oder “gesellschaftlich” verstanden wird,
- zweitens mit zentralen Charakteristika der sozialen Sphäre, die sie von der ökologischen Sphäre (und in anderer Weise auch von der ökonomischen Dimension) deutlich unterscheiden.

3.1.1 Was heißt “sozial”?

Entgegen mancher Hoffnungen sind die basalen Begriffe der Sozialwissenschaften, und insbesondere der Soziologie, alles andere als eindeutig, selbst-evident und konsensfähig: “Mit dem Wort Gesellschaft verbindet sich keine eindeutige Vorstellung. Selbst das, was man üblicherweise als ‘sozial’ bezeichnet, hat keine eindeutig objektive Referenz. Noch kann der Versuch, die Gesellschaft zu beschreiben, außerhalb der Gesellschaft stattfinden.” (Luhmann 1997: 16) Daraus folgt zweierlei: Wer den Gegenstandsbereich sozialer Nachhaltigkeit zu bestimmen versucht, muss sich erstens in das Dickicht und Gestrüpp sozialwissenschaftlicher Theorien und Begriffe begeben und muss zweitens anerkennen, dass alle diese Begriffe und Theorien selbst in der Gesellschaft formuliert und von ihr geprägt werden. Eine vollständig kontextunabhängige, “objektive” Beschreibung “der Gesellschaft” oder des “Sozialen” kann es nicht geben.

Für die Bestimmung sozialer Nachhaltigkeit macht es einen erheblichen Unterschied, ob man Gesellschaft als Summe der in einem bestimmten Gebiet lebenden Menschen betrachtet oder als ein bestimmtes Arrangement von sozialen Strukturen und Institutionen, oder als ein autopoietisches, selbstreferenzielles System von Kommunikationen, das sich wieder-

³⁴ Ähnliches gilt auch für andere Analogieschlüsse, etwa von Ökosystemen auf soziale Systeme oder von ökologischer Tragkapazität auf soziale Tragkapazität.

um in weitere funktional spezialisierte Kommunikationssysteme ausdifferenziert. Angesichts dessen kann nur geringe Hoffnung bestehen, eine allgemein verbindliche Definition von sozialer Nachhaltigkeit theoretisch ableiten zu können (bspw. aus allgemein anerkannten Funktionen von sozialen Systemen). Stattdessen sollte eher versucht werden, die jeweiligen theoretischen, aber auch normativen Prämissen, die in ein analytisches Konzept sozialer Nachhaltigkeit einfließen, sichtbar zu machen und damit zur wissenschaftlichen wie politischen Diskussion zu stellen.

Wir haben versucht, die folgenden Überlegungen zur sozialen Nachhaltigkeit ohne starke theoretische Vorannahmen zu formulieren. Damit wollen wir vermeiden, dass soziale Nachhaltigkeit nur im Kontext *einer* bestimmten soziologischen Theorie begründet und expliziert werden kann. Gleichwohl lässt sich ein Konzept sozialer Nachhaltigkeit nicht vollständig ohne theoretische Überlegungen formulieren. Heuristisch und analytisch haben wir uns daher auf Gesellschaftskonzepte und soziologische Theorien bezogen, die Gesellschaften als einen Prozess von Wechselbeziehungen zwischen individuellen Akteuren und zeitlich wie räumlich übergreifenden sozialen Strukturen und Institutionen konzipieren. Eine solche Sichtweise kommt der Vielschichtigkeit sozialer Nachhaltigkeit relativ weit entgegen. Unter dieser Perspektive halten wir neben der Kritischen Theorie mit ihrer Annahme einer dynamischen und keineswegs konfliktfreien Wechselbeziehung zwischen Gesellschaft, Individuum und Natur (vgl. Institut für Sozialforschung 1956) vor allem die "Theorie der Strukturierung" oder der "Dualität von Struktur" von Anthony Giddens (1988) für besonders relevant. Grob zusammengefasst geht die Strukturierungstheorie davon aus, dass Strukturen sozialer Systeme (oder überhaupt "soziale Systeme") nur insofern existieren, "als Formen sozialen Verhaltens über Raum und Zeit hinweg permanent reproduziert werden" (Giddens 1988: 34). Das Konzept der Dualität von Struktur bedeutet dann zunächst, dass die Konstitution der Handelnden und der Strukturen nicht voneinander unabhängig verlaufen, sondern sich wechselseitig bedingen. Strukturen sind demnach "sowohl Medium als auch Ergebnis" der Praktiken handelnder Individuen. Aus diesem Grund darf Struktur nach Giddens nicht mit "Zwang" gleichgesetzt werden: sie "schränkt Handeln nicht nur ein, sondern ermöglicht es auch. Dennoch kann man sagen, dass die strukturellen Momente sozialer Systeme so weit in Raum und Zeit ausgreifen, dass sie sich der Kontrolle eines jeden individuellen Akteurs entziehen." (Ebd.: 78)

Eine solche Sichtweise ermöglicht es, die Dimension des Sozialen als ein Spannungsverhältnis zwischen handelnden Individuen und übergreifenden Strukturmomenten anzulegen, das nicht nach einer der beiden Seiten aufgelöst werden kann: Gesellschaftliche Strukturen sind weder ein Selbstzweck noch stellen sie unabhängige Entitäten dar; umgekehrt sind Indivi-

duen ohne Strukturen (im Sinne von Giddens verstanden als “Regeln” und “Ressourcen”) nicht handlungsfähig. Ein weiterer Vorteil dieser Konzeption ist darin zu sehen, dass sie sowohl an handlungstheoretische als auch an systemtheoretische Ansätze anschlussfähig ist.

3.1.2 Charakteristika der sozialen Dimension

Geht man von dem erwähnten Spannungsverhältnis aus, werden spezifische Charakteristika der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit sichtbar, die sie von der ökologischen Dimension abheben. Ein analytisches Konzept sozialer Nachhaltigkeit muss diese Charakteristika, die nachfolgend näher beleuchtet werden, berücksichtigen, wenn es nicht bei verkürzten, schematischen Begriffs-Analogien und -Übertragungen enden soll.

- **Bipolarität des Sozialen**

Die ökologischen Management-Regeln verbleiben im Wesentlichen auf der Ebene der ökosystemaren Zusammenhänge, ohne dass von einzelnen Arten oder gar Organismen gesprochen wird. Demgegenüber kann eine sozial nachhaltige Entwicklung sich nicht allein auf die Ebene des sozialen Systems oder der Gesellschaft beziehen, sondern muss auch die individuellen Gesellschaftsmitglieder mit einbeziehen. Zwischen beiden Polen besteht ein wechselseitiges Abhängigkeits-, aber vielfach auch Spannungsverhältnis: Die Erwartungen von Individuen (etwa Selbstverwirklichung und Autonomie) und die Anforderungen der Gesellschaft (Integration, Stabilität, Konformität etc.) müssen sich nicht von vornherein gegenseitig ausschließen, aber sie stehen auch nicht per se in einem harmonischen und konfliktfreien Verhältnis. Das bedeutet, dass in die soziale Dimension von Nachhaltigkeit eine immanente *Bipolarität* eingebaut ist, die einfache und eindeutige Bewertungen ausschließt.³⁵ So wird man eine Gesellschaft, die von starken Desintegrationstendenzen geprägt ist, vermutlich nicht als sozial nachhaltig bezeichnen können. Doch ebenso wenig wird man dies von einer Gesellschaft sagen können, die zwar hochgradig integriert ist, dabei aber auf starkem Konformitätsdruck und Intoleranz gegenüber Minderheiten basiert.

- **Normativität des Sozialen**

Dieses Merkmal hängt eng mit dem ersten zusammen: Soziale Phänomene und Prozesse dürfen nicht allein instrumentell nach ihren gesellschaftlichen Funktionen bewertet werden, sondern haben auch einen normativen Eigenwert. Dies gilt insbesondere da, wo das Leben oder die körperliche

³⁵ Verschärfend kommt hinzu, dass sich nicht “die Gesellschaft” und “das Individuum” unvermittelt gegenüberstehen. Zwischen diesen Ebenen existieren vielmehr noch eine Vielzahl von sozialen Gruppen, Organisationen, Institutionen etc. mit wiederum jeweils unterschiedlichen Verhaltensanforderungen und Bewertungsmaßstäben.

und psychische Unversehrtheit von Individuen oder sozialen Gruppen berührt ist.

- Reflexivität des Sozialen

Soziale Phänomene, Strukturen und Prozesse sind reflexiv, d.h. sie enthalten neben bestimmten objektiven Konstellationen immer auch ein Element der sozialen, kollektiven oder individuellen Wahrnehmung und Bewertung. Dieses reflexive Moment ist mitentscheidend für die Wirkungen sozialer Phänomene. Soziale Ungerechtigkeit bspw. muss auch als solche wahrgenommen und empfunden werden, um gesellschaftliche (Gegen-) Reaktionen auszulösen. Soziale Nachhaltigkeit kann dementsprechend nicht allein über "objektive" Daten beschrieben werden, sondern enthält immer auch eine "subjektive", d.h. von den kulturellen, politischen etc. Umständen geprägte Komponente. Diese subjektiven Bewertungen sind sowohl zwischen verschiedenen Gesellschaften als auch innerhalb einer Gesellschaft nicht homogen, sondern können stark divergieren. Alle Versuche, allgemeingültige Grenz- und Schwellenwerte z.B. der Belastbarkeit oder "Tragekapazität" von Sozialsystemen anzugeben, laufen Gefahr, diese Problematik zu unterschätzen.³⁶

- Historizität des Sozialen

Zweifellos sind auch ökologische Zusammenhänge und Systeme entwicklungsfähig und haben eine Geschichte, insbesondere da, wo sie menschlichen Eingriffen ausgesetzt sind. Dennoch erscheint die These plausibel, dass soziale Strukturen und Phänomene einem schnelleren und umfassenderen historischen (Form-)Wandel unterliegen. Dabei reagieren Gesellschaften bzw. Individuen und soziale Gruppen auch aktiv auf veränderte Umstände, sei es in ihrer externen Umwelt, sei es in ihrem eigenen Binnengefüge. Dieser Wandel ist nicht per se positiv, aber auch nicht per se negativ. Die – im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte zunächst naheliegende – Forderung nach Erhaltung bestehender sozialer Strukturen bzw. ihrer Funktionen³⁷ für zukünftige Generationen tendiert daher zum Strukturkonservatismus; sie unterschätzt und vernachlässigt Entwicklungspotenziale.

³⁶ Dies hat auch Auswirkungen auf die Formulierung von Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit (vgl. u. Kap. 4).

³⁷ Bspw. erfüllte die Religion lange Zeit die Funktion, einen gemeinsamen und verbindlichen Sinnhorizont für Gesellschaften zu schaffen. Diese Funktion hat sie zumindest in den westlichen Gesellschaften weitgehend verloren. Dies mag auch eine Ursache sozialer Probleme sein; es rechtfertigt aber nicht per se die Forderung nach Wiederbelebung der Religion als verbindlichem Weltbild oder nach Schaffung eines funktionalen Äquivalents dafür.

- Immaterialität des Sozialen

Soziale Prozesse und Phänomene besitzen zwar auch eine materielle Komponente, sie sind aber in einem hohen Maße symbolisch vermittelt und/oder selbst immateriell. Dies gilt bspw. für Faktoren wie die Qualität, Verbindlichkeit, Offenheit etc. sozialer Beziehungen. Solche immateriellen Qualitäten des Sozialen sind für (nachhaltige) Entwicklungsprozesse (oder -blockaden) von zentraler Bedeutung; sie sind aber nur schwer zu erfassen und zu objektivieren, geschweige denn zu messen. Beobachtbare und/oder materielle Größen, wie etwa die räumliche Dichte von Nachbarschaften oder der Formalisierungsgrad sozialer Beziehungen sind dafür nur ein grober, und häufig sogar irreführender Indikator. So kann bspw. aus einer geringen Zahl von Eheschließungen nicht automatisch auf eine geringe Verbindlichkeit sozialer Beziehungen geschlossen werden – oder umgekehrt.

Alle diese Punkte verdeutlichen, dass die soziale Dimension der Nachhaltigkeit kaum in vergleichbarer Weise wie die ökologische Dimension durch ein Set einfacher und mehr oder weniger konsensfähiger “Management-Regeln” konkretisiert und beschrieben werden kann. Dennoch können allgemein formulierte Regeln oder Leitorientierungen einer sozialen Nachhaltigkeit einen wichtigen und weiterführenden Beitrag zur Nachhaltigkeitsdiskussion leisten. Sie würden die Gleichrangigkeit der Dimensionen unterstreichen und Hinweise geben, in welcher Richtung sich eine “soziale Nachhaltigkeit” entwickeln könnte. Es ist aber von vornherein damit zu rechnen, dass solche Leitorientierungen sehr viel interpretationsabhängiger sein werden als die ökologischen Management-Regeln.

3.2 Kernelemente und Schlüsselbereiche sozialer Nachhaltigkeit

Um zu solchen Leitorientierungen zu gelangen, ist zunächst ein eigenständiges, analytisch begründetes Konzept der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit erforderlich: Was bedeutet die Übertragung des Leitprinzips der intergenerativen und intragenerativen Gerechtigkeit auf den Bereich des “Sozialen”, was gilt es für zukünftige Generationen wie zu bewahren oder weiterzuentwickeln, was sind demnach *Kernelemente* und *Schlüsselbereiche* einer sozialen Nachhaltigkeit?

Bei der Beantwortung dieser Fragen erweist sich bereits die Unschärfe des Begriffs “sozial” als ein erstes Problem: Wird damit das “Soziale” im Sinne des übergreifenden Zusammenhangs einer Gesellschaft gemeint (bspw. in Parsons’ Terminologie: “the social system”) oder das “Soziale” im Sinne eines spezifischen Teilbereichs der Gesellschaft (Parsons’ “societal community”), als Bereich des sozialen Zusammenlebens, der sozialen Integration und der Gestaltung der Lebensbedingungen der Individuen? Dieser

Bereich würde somit deutliche Überschneidungen mit den klassischen Feldern der "Sozialpolitik" aufweisen (Beschäftigungspolitik, soziale Sicherung, Gesundheitswesen, Familienpolitik etc.).

Diese beiden Auffassungen werden im bisherigen Diskurs über soziale Nachhaltigkeit kaum klar unterschieden (vgl. Kap. 1.1); allerdings ist eine unausgesprochene Tendenz zu beobachten, soziale Nachhaltigkeit eher im Sinne der Themenbereiche der Sozialpolitik zu verstehen. Im Kontext eines Drei- oder Vier-Säulen-Konzepts der Nachhaltigkeit ist ein solches, vorwiegend sektorales Verständnis der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit bis zu einem gewissen Grad notwendig und unvermeidbar. Die Fragestellungen eines umfassenderen, sektorübergreifenden Begriffs von "gesellschaftlicher Nachhaltigkeit" dürfen dabei aber nicht aus den Augen verloren werden.³⁸

Die Forderung nach dauerhafter Existenzfähigkeit von Gesellschaften ist ganz offensichtlich eine grundlegende Bedingung von Nachhaltigkeit in allen Dimensionen. Meadows et al. (1992: 250) haben diese grundlegende Bedingung folgendermaßen formuliert: "Eine Gesellschaft ist dann nachhaltig, wenn sie so strukturiert ist und sich so verhält, dass sie über alle Generationen existenzfähig bleibt. Mit anderen Worten: Sie ist so weitsichtig, so wandlungsfähig und so weise, dass sie ihre eigenen materiellen und sozialen Existenzgrundlagen nicht untergräbt."

Eine zentrale Bedingung für die zeitliche Aufrechterhaltung einer Gesellschaft ist unbestreitbar die physische Reproduktion der Bevölkerung. Diese sollte so erfolgen, dass eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur innerhalb der Gesellschaft aufrechterhalten werden kann, die in der Lage ist, die Funktions- und Entwicklungsfähigkeit des sozialen Systems zu gewährleisten und die Grundbedürfnisse der Individuen zu befriedigen. Genaue Richtwerte für die Ausgewogenheit einer Bevölkerungsstruktur lassen sich jedoch nicht angeben, da es auch von den Funktionsmechanismen und der Organisation der jeweiligen Gesellschaft abhängig ist, wie groß die Reproduktionsrate einer Bevölkerung mindestens sein muss und höchstens sein kann.³⁹

³⁸ Diese Fragen beziehen sich, wie oben (Kap. 2.1) erwähnt, bspw. auf das Verhältnis und die Kompatibilität gesellschaftlicher Teilbereiche oder -systeme.

³⁹ So ist z.B. der Generationenvertrag des bundesdeutschen Rentensystems stark davon abhängig, dass arbeitsfähige Bevölkerung in ausreichendem Maße nachwächst und in die Rentenkassen einzahlt. Dennoch handelt es sich dabei nicht nur um eine demographische Problemlage, sondern auch um eine ökonomische (Erwerbsquote, Produktivität der Arbeit etc.) und eine politisch-institutionelle Frage (Organisation des Systems der Alterssicherung).

Versucht man, die Bedingung der dauerhaften Existenz einer Gesellschaft weiter zu konkretisieren, können die oben (Kap. 2.1) dargestellten basalen Funktionen von sozialen Systemen (“AGIL-Schema”) wichtige Hinweise geben – sofern sie in einem heuristischen Sinn verwendet werden. Gesellschaften müssen demnach, wenn sie dauerhaft existenzfähig bleiben sollen, für die Integration, Sozialisation und Motivation ihrer Mitglieder Sorge tragen, sie müssen angemessen auf veränderte Umweltbedingungen reagieren usw. Nachhaltigkeit bedeutet allerdings nicht, dass einmal dafür gefundene Formen und Institutionen dauerhaft stabilisiert werden sollen (oder können), sondern dass diese Formen lern- und entwicklungsfähig gehalten werden müssen. Wie auch bereits von der Enquête-Kommission (1994) herausgestellt wurde (vgl. Kap. 1.1), bedeutet Nachhaltigkeit eines sozialen Systems demnach in erster Linie Lern- und Entwicklungsfähigkeit (“Wandlungsfähigkeit”) und damit nicht zuletzt auch Reflexivität seiner Strukturen und Institutionen.⁴⁰

Dennoch müssen Gesellschaften zur Aufrechterhaltung von Strukturen in der Lage sein – allerdings nicht per se zur Aufrechterhaltung der vorhandenen Strukturen. Versteht man Strukturen in Anlehnung an Giddens (1988: 67ff.) als “Regeln und Ressourcen” für die handelnden Individuen,⁴¹ dann lässt sich das Postulat der Strukturierung übersetzen in die Forderung nach Erhaltung und Weiterentwicklung der “Sozialressourcen” (Sozialkapital, Wissen etc.). Wie oben (Kap. 2.3) ausgeführt, ist auch diese Forderung nicht traditionalistisch zu verstehen, sondern in einem reflexiven, “post-traditionalen” Sinn.

Im Folgenden wollen wir versuchen, die zentralen Elemente eines analytischen Konzepts von sozialer Nachhaltigkeit zu benennen, das sich auf beide Ebenen: die übergreifende des Gesellschaftssystems und die innergesellschaftliche der Lebensbedingungen und des Zusammenlebens der Individuen bezieht.

Auf der Ebene der Gestaltung der Lebensbedingungen geht es ganz grundlegend um die dauerhafte Sicherung der Existenz aller Gesellschaftsmitglieder. Diese lässt sich am besten über das Konzept der Grundbedürfnisbefriedigung konkretisieren und operationalisieren. Auch wenn der genaue Umfang eines Katalogs von Grundbedürfnissen strittig ist (und vermutlich immer strittig sein wird), hat sich doch in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion ein weitgehender Konsens zumindest

⁴⁰ Hierüber ergeben sich Verbindungen zur institutionell-politischen Dimension der Nachhaltigkeit (vgl. Schneidewind et al. 1997).

⁴¹ Als Regeln bezeichnet Giddens “Techniken oder verallgemeinerbare Verfahren (...), die in der Reproduktion sozialer Praktiken angewendet werden” (Giddens 1988: 73).

über einen Kern unverzichtbarer Grundbedürfnisse herausgebildet. Wichtig ist zu betonen, dass unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit das Ziel nicht allein in der Sicherung des “nackten Überlebens” bestehen kann, sondern darin, die Individuen zu befähigen, aktiv und produktiv am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Prozess teilzunehmen (vgl. Kap. 2.2)

Unter dem Aspekt der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit gehören darüber hinaus die Forderungen nach Chancengleichheit im Zugang zu Ressourcen sowie nach Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zum Kernbereich sozialer Nachhaltigkeit. Diesen Grundelementen liegt aber nicht nur ein normatives Gerechtigkeits-Postulat zugrunde. Sie basieren vielmehr auch auf einem analytisch begründeten Verständnis von sozialer Entwicklung, das auf Entwicklung nicht nur *für*, sondern vor allem *durch* die handelnden Individuen ausgerichtet ist.⁴² Denn nur wenn alle Gesellschaftsmitglieder gleichberechtigt und umfassend einbezogen werden, kann der Prozess einer nachhaltigen Entwicklung die notwendige Breite, Qualität und Stabilität gewinnen. Und nur dann können alle sozialen Ressourcen und individuellen Potenziale genutzt und weiterentwickelt werden.

Wir schlagen somit vor, die folgenden fünf Aspekte als Schlüsselemente für das Konzept einer sozial nachhaltigen Entwicklung zu betrachten:

- Existenzsicherung aller Gesellschaftsmitglieder,
- Entwicklungsfähigkeit sozialer (Teil-)Systeme und Strukturen,
- Erhaltung und Weiterentwicklung der Sozialressourcen,
- Chancengleichheit im Zugang zu Ressourcen,
- Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

Es ist offensichtlich, dass diese fünf Punkte nicht ausreichend sind, um den Prozess einer nachhaltigen Entwicklung, etwa in einer bestimmten Gesellschaft, umfassend zu beschreiben. Die Absicht, die damit verbunden ist, besteht vielmehr darin, im Sinne eines analytischen Konzepts die konstitutiven Kernelemente einer sozialen Nachhaltigkeit deutlich zu machen, zugleich aber auch die analytischen und/oder normativen Prämissen sichtbar zu machen, die in die Formulierung dieser Elemente eingeflossen sind.

⁴² Vgl. auch UNDP (1995: 14): “Entwicklung muss durch die Menschen erfolgen, nicht nur für sie. Die Menschen müssen voll und ganz an den Entscheidungen und Prozessen mitwirken, die ihr Leben bestimmen.”

3.3 Leitorientierungen sozialer Nachhaltigkeit

Allgemeine Leitorientierungen (oder "Regeln")⁴³ sozialer Nachhaltigkeit müssen sich auf die genannten Kernelemente beziehen; dies muss allerdings nicht zwangsläufig in einem 1:1-Abbildungsverhältnis geschehen (eine "Regel" für jeden Kernbereich). Da es der Sinn der Leitorientierungen ist, gesellschaftliches Handeln auf das Ziel der Nachhaltigkeit auszurichten, kann es durchaus sinnvoll sein, bestimmte Bereiche hier besonders hervorzuheben. Aus diesem Grund wird im Folgenden eine eigene Leitorientierung zur Arbeit/gesellschaftlichen Tätigkeit vorgeschlagen. Zwar ist die Grundversorgung mit Arbeit/Beschäftigung zumindest in einem erweiterten Konzept der Grundbedürfnisse bereits enthalten. Angesichts der Weiterentwicklung des Grundbedürfnis-Ansatzes zu einem Konzept aktiver, produktiver Existenzsicherung, halten wir es dennoch für gerechtfertigt und weiterführend, hierzu eine eigene Leitorientierung zu formulieren. Zudem spielt Arbeit eine eminent wichtige Rolle als Bindeglied zwischen gesellschaftlicher Strukturebene und individueller Handlungsebene, aber auch zwischen sozialer, ökonomischer und ökologischer Sphäre. Demgegenüber wird für die Entwicklungsfähigkeit sozialer Strukturen und Systeme keine eigene Leitorientierung formuliert. Zum einen stellt das Postulat der Entwicklungsfähigkeit und -offenheit eine grundlegende und übergreifende Perspektive dar, die in allen Leitorientierungen Berücksichtigung finden muss; zum anderen wird sie im Bereich der Sozialressourcen explizit mit aufgenommen.⁴⁴ Drittens schließlich kann die Entwicklungsfähigkeit von Systemen und Strukturen zum Teil direkter in der politisch-institutionellen Dimension thematisiert werden.

1. Allen Mitgliedern der Gesellschaft soll durch die Befriedigung ihrer materiellen und immateriellen Grundbedürfnisse eine menschenwürdige Existenz ermöglicht werden.

Erläuterung: Ein abschließender und allgemeingültiger Katalog von Grundbedürfnissen konnte in der sozialwissenschaftlichen Diskussion zwar nicht formuliert werden.⁴⁵ Unstrittig ist aber, dass Ernährung, Wohnung,

⁴³ Wir ziehen im Folgenden – gerade im Hinblick auf die soziale Dimension – die Bezeichnung "Leitorientierung" (gegenüber "Regel") vor, um deutlich zu machen, dass es sich nicht um direkt anwendbare Handlungsrezepte handelt, sondern eher um Richtungsangaben, an denen gesellschaftliches Handeln sich immer wieder neu orientieren muss.

⁴⁴ Es könnte auch versucht werden, im Bereich der Sozialressourcen schärfer zwischen den auf Reproduktion und den auf Entwicklungsfähigkeit bezogenen Aspekten zu trennen und dafür jeweils eigene Leitorientierungen und Indikatoren zu erarbeiten. Wir haben uns im vorliegenden Bericht, auch aus Zeitgründen, für eine integrierte Darstellung entschieden.

⁴⁵ Ebensowenig lässt sich ein allgemeingültiges Niveau definieren, auf dem diese Grundbedürfnisse befriedigt werden müssen. Sowohl die Grundbedürfnisse selbst als auch das Niveau einer ausreichenden Bedürfnisbefriedigung sind immer auch gesellschaftlich und historisch geprägt (vgl. Kap. 2.2).

Kleidung, körperliche Unversehrtheit, Gesundheitsversorgung und eine gesundheitlich verträgliche Umwelt, Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen, Absicherung bei Krankheit, Alter, sozialen Notlagen zu den unverzichtbaren Grundbedürfnissen gehören. Im allgemeinen werden auch Bildung und Beschäftigung zu den dringlichen Grundbedürfnissen gerechnet. Wir schließen uns hier einer solchen weiten Auffassung der Grundbedürfnisse an.

Wie unter 2.2 dargestellt, wäre es falsch, das Konzept der Grundbedürfnisse auf einen materiellen Kern des vermeintlich zum physischen Überleben Notwendigen zu reduzieren. Für die menschliche Existenz sind gleichzeitig und gleichrangig auch immaterielle, kulturelle Bedürfnisse wie die Integration in soziale und kulturelle Zusammenhänge oder auch Erholung und Freizeit unverzichtbar. Erst wenn diese Bedürfnisse ebenfalls berücksichtigt sind, kann von einer dauerhaften und menschenwürdigen Existenzsicherung die Rede sein. Hinzu kommt, dass die Befriedigung der Grundbedürfnisse auch subjektiv als ausreichend erfahren und bewertet werden muss; sie ist also nicht vollständig über objektive Größen definierbar. In der Sozialindikatorenforschung werden daher im Konzept der "Lebensqualität" zumeist objektive und subjektive, d.h. auf die Bewertungen zielende Indikatoren zusammengefasst (vgl. unten Kap. 4).

Oben ist auch ausgeführt worden, dass das Konzept der Grundbedürfnisse nicht darauf zielen sollte, den Individuen nur "von außen" (bspw. durch externe Hilfeleistungen) die Möglichkeiten und Einrichtungen der Grundversorgung zur Verfügung zu stellen. Vielmehr müssen ihre Handlungschancen und -spielräume so erweitert werden, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten in der Lage sind, selbst für die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse zu sorgen (vgl. Leitorientierung 2).

2. Jedes erwerbsfähige Gesellschaftsmitglied soll die Chance zu bezahlter Erwerbsarbeit oder zur Existenzsicherung durch selbständige Tätigkeit und Produktion haben. Die bezahlte Erwerbsarbeit ebenso wie die gesellschaftlich notwendige, aber in der Regel unbezahlte und ungleich verteilte Haus-, Reproduktions- und Subsistenzarbeit müssen gerecht verteilt werden.

Erläuterung: Arbeit stellt ein zentrales Bindeglied zwischen gesellschaftlicher und individueller Ebene dar und steht daher in mehrfacher Hinsicht im Brennpunkt der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit. Dies betrifft sowohl ihre produktive Funktion (Schaffung von Gütern und Dienstleistungen, Erweiterung der gesellschaftlichen Handlungsspielräume) als auch ihre reproduktive Funktion (Kinderbetreuung, Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen) als auch ihre Funktion für die Individuen (Zugang zu Einkommen, Unabhängigkeit, soziale Anerkennung und Identitätsbildung, soziale Inklusion).

Der erste Satz der Leitorientierung lehnt sich an die Formulierung von Sachs (1998) an (s. o. Kap. 1.1), der zweite Satz ist darauf gerichtet, die vielfach "vergessene" Dimension der unbezahlten, nicht marktvermittelten Arbeit in die Diskussion über soziale Nachhaltigkeit zu integrieren. Denn gerade im Hinblick auf soziale Nachhaltigkeit erscheint eine Fixierung und Einschränkung auf Voll(zeit)beschäftigung im Bereich der formellen, bezahlten Erwerbsarbeit als problematisch. Erstens ist die zumeist unbezahlte reproduktive Arbeit für die Erhaltung sozialer Ressourcen und für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft mindestens ebenso wichtig. Dies unterstreicht allein schon der quantitative Umfang der unbezahlten (Haus-)Arbeit. Nach der Zeitverwendungsstudie des Statistischen Bundesamtes von 1991 wurden in diesem Bezugsjahr in der Bundesrepublik Deutschland 47 Mrd. Stunden bezahlte Arbeit geleistet, denen allerdings 77 Mrd. Stunden unbezahlter Arbeit gegenüberstanden (BMFS/StBA 1994: 29f.). Diese Arbeit ist zudem ungleich verteilt: Während Frauen in der Woche durchschnittlich 35 Stunden unbezahlt arbeiten, sind es bei Männern nur 19,5 Stunden (ebd.: 9). Ein zentrales Element sozialer Nachhaltigkeit muss daher darin bestehen, diese reproduktiven Arbeiten gesellschaftlich aufzuwerten und (insbesondere zwischen den Geschlechtern) gerecht zu verteilen.

Zweitens steht das Ziel der Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinn (als lebenslange bezahlte Vollzeittätigkeit) nicht unbedingt im Zentrum sozialer Nachhaltigkeit. Denn es ist gerade in den Industriestaaten nicht zu erkennen, wie das Ziel der Vollbeschäftigung in absehbarer Zeit realisierbar wäre. Möglich erscheint dies nur mit wirtschaftlichen Wachstumsraten, die unter ökologischen Aspekten äußerst problematisch wären. Zudem trägt das Festhalten am Ziel der Vollzeit-Vollbeschäftigung wesentlich zu einer ungleichen Verteilung der Erwerbsarbeit bei, da es sich unflexibel zeigt gegenüber Mischformen (Teilzeit-Beschäftigung, Job-Sharing etc.). Als wichtiger erscheint demgegenüber die gerechtere Verteilung der Chancen zu bezahlter Arbeit, und als zukunftsfähiger sind neue Kombinationen zwischen formeller Erwerbsarbeit und ebenfalls gesellschaftlich honorierten informellen Tätigkeiten anzusehen.

Die Existenzsicherung durch selbständige Tätigkeit setzt (vor allem, aber nicht nur) in den Entwicklungsländern gerechte Zugangsmöglichkeiten zu den dafür notwendigen Ressourcen voraus (Land, Kapital, Technologie sowie Zugang zu Märkten). Häufig scheitern Entwicklungsprozesse daran, dass Kleinbauern, kleinen Handwerkern sowie insbesondere Frauen der Zugang zu diesen Ressourcen verwehrt wird.

3. Die Sozialressourcen von Gesellschaften müssen als Handlungschancen und -potenziale für die Gesellschaftsmitglieder erhalten und qualitativ weiterentwickelt werden. Offenheit, Toleranz, Integrationsfähigkeit sowie Potenziale zur gewaltfreien Konfliktregulierung und -lösung müssen gestärkt werden.

Erläuterung: Unter Sozialressourcen verstehen wir zusammenfassend diejenigen Handlungspotenziale, die zwar von Individuen genutzt und angeeignet werden können, aber nur aufgrund der Qualität gesellschaftlicher Zusammenhänge existieren und nur in gesellschaftlichen Zusammenhängen erhalten, erneuert und weiterentwickelt werden können (s. Kap. 2.3). Neben dem Bereich dessen, was in der sozialwissenschaftlichen Diskussion als "Sozialkapital" bezeichnet wird (soziale Beziehungsnetze, soziale Kohäsion etc.), sind dazu auch gesellschaftliches Wissen sowie kulturelle Traditionen, Erfahrungen und Kompetenzen zu rechnen, die nicht unmittelbar ökonomisch verwertbar sind.⁴⁶ Diese sozialen Ressourcen sind unverzichtbar, weil sie den Individuen und/oder sozialen Gruppen Handlungsmöglichkeiten und -sicherheiten bieten. Sie müssen daher reproduziert und beständig erneuert werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass nicht einzelne Personen oder bestimmte soziale (Rand-)Gruppen aus den existierenden sozialen Beziehungsnetzen herausfallen.

Im Hinblick auf soziale Nachhaltigkeit müssen die Sozialressourcen zugleich jedoch auch qualitativ weiterentwickelt werden, von sozialen Beziehungen, die auf Herkunft und sozialen Zuschreibungen beruhen hin zu stärker selbstgewählten und -gestalteten "post-traditionalen" Beziehungsnetzen und kulturellen Werten. Entscheidend ist dabei weniger der Grad an institutioneller Formalisierung von Beziehungen, sondern der Grad an Verbindlichkeit, Reziprozität und wechselseitiger Anerkennung, der mit diesen Beziehungen verbunden ist. Dies bedeutet auch, dass die Forderung bspw. nach Erhalt des Sozialkapitals nicht gleichbedeutend sein kann mit der Forderung nach Erhaltung bestimmter, institutionalisierter Strukturelemente einer Gesellschaft (bspw. Ehe, Familie, Kirche etc.).

Für soziale Nachhaltigkeit im Sinne von gesellschaftlicher Entwicklungsfähigkeit sind vor allem solche Sozialressourcen wie Solidarität, Toleranz, Integrations-, Selbstorganisations- und Kooperationsfähigkeit sowie insbesondere die Fähigkeit zur gewaltfreien Konfliktregulierung von zentraler Relevanz.⁴⁷ Das bedeutet, dass soziale Institutionen oder Zusammenhänge, die soziale Kohäsion durch Konformität und/oder Ausgrenzung zu erzeugen und zu erhalten versuchen, nicht zu sozialer Nachhaltigkeit beitragen.

⁴⁶ D.h. zumindest z.T. das, was Bourdieu als "kulturelles Kapital" bezeichnet.

⁴⁷ Nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass gegenwärtig der größte Teil gewaltsamer, militärischer Auseinandersetzungen nicht zwischenstaatliche, sondern innerstaatliche Konflikte sind.

4. *Alle Mitglieder einer Gesellschaft sollen die gleichen Chancen des Zugangs zu grundlegenden gesellschaftlichen Ressourcen, Angeboten und Einrichtungen (Bildung, Gesundheitsversorgung, Information, Kultur, Mobilität etc.) haben. Daher müssen alle Gesellschaftsmitglieder die gleichen Rechte besitzen; zudem müssen soziale Diskriminierungen, z.B. beim Zugang zu gesellschaftlichen Positionen, abgebaut und Prozesse der sozialen Exklusion verhindert werden.*

Erläuterung: Die Leitorientierung der Chancengleichheit ist nicht nur normativ durch das Postulat der (intra- wie intergenerativen Gerechtigkeit) begründet. Sie besitzt darüber hinaus auch zentrale analytische Bedeutung. Denn nur wenn für alle Gesellschaftsmitglieder der Zugang zu den grundlegenden gesellschaftlichen Ressourcen und Einrichtungen gewährleistet ist, kann ein nachhaltiger Entwicklungsprozess auf einer breiten gesellschaftlichen Basis angestoßen und getragen werden. Einerseits kommt dabei einer gerechten Einkommensverteilung eine Schlüsselfunktion zu, andererseits muss die Nutzung zentraler gesellschaftlicher Ressourcen und Einrichtungen (Bildung, Gesundheitsversorgung, Rechtssicherheit usw.) unabhängig vom verfügbaren Einkommen möglich sein.

Traditionelle soziale Diskriminierungen (vor allem nach Geschlecht und/oder ethnischer Herkunft) haben bisher die Realisierung der Chancengerechtigkeit erheblich behindert. Dies führt nicht nur zu einer erheblichen Verletzung von Gerechtigkeitsvorstellungen, sondern auch zu Disparitäten und Blockaden in den Entwicklungsprozessen. So hat bspw. der in vielen Entwicklungsländern erschwerte Zugang von Frauen zu Bildung, Information, Rechtssystemen oder Kapitalmärkten, sozial nachhaltige Entwicklungsprozesse stark behindert oder ganz unmöglich gemacht. Aber auch in den Industrieländern existieren noch erhebliche geschlechtsspezifische Diskriminierungen, bspw. beim Zugang zu führenden Positionen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft.

Zusätzlich zu diesen "traditionellen" Diskriminierungen (bzw. sie teilweise verschärfend) sind in den gegenwärtigen Gesellschaften, in Entwicklungsländern ebenso wie in Schwellenländern und Industriegesellschaften, deutliche Tendenzen der sozialen Exklusion zu beobachten. Aus systemtheoretischer Perspektive spricht Luhmann in diesem Zusammenhang von einer "negativen Integration der Gesellschaft": "Denn die faktische Ausschließung aus einem Funktionssystem – keine Arbeit, kein Geldeinkommen, kein Ausweis, keine stabilen Intimbeziehungen, kein Zugang zu Verträgen und zu gerichtlichem Rechtsschutz, keine Möglichkeit, politische Wahlkampagnen von Karnevalsveranstaltungen zu unterscheiden, Analphabetentum und medizinische wie auch ernährungsmäßige Unterversorgung – beschränkt das, was in anderen Systemen erreichbar ist und definiert mehr oder weniger große Teile der Bevölkerung ..." (Luhmann 1997:

630f.)⁴⁸ D.h. der Ausschluß aus gesellschaftlichen Funktionsbereichen hat kumulative Wirkungen und kann schließlich zur vollständigen Exklusion aus gesellschaftlichen (Funktions-)Zusammenhängen führen. Vor allem Dauerarbeitslosigkeit (häufig als Folge von schlechter Ausbildung und/oder schlechtem Gesundheitszustand) und Obdachlosigkeit können in Industriegesellschaften wie der Bundesrepublik Deutschland solche Ausschließungsprozesse in Gang setzen. Maßnahmen zur Erhöhung der sozialen Inklusion, d.h. zur Einbeziehung in die gesellschaftlichen Funktionsbereiche müssen daher vorrangig an diesen Bereichen ansetzen.

5. Allen Gesellschaftsmitgliedern muss die Partizipation an den wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen möglich sein. Demokratische Formen der Entscheidungsfindung und Konfliktregulierung sollen erweitert und verbessert werden.

Erläuterung: Diese Leitorientierung weist deutliche Überschneidungen mit der politisch-institutionellen Dimension auf. Sie zielt auf die Erhaltung, Erweiterung und Verbesserung demokratischer Formen der Entscheidungsfindung und Konfliktregulierung in einem demokratischen politischen System. Dahinter steht die Überzeugung, dass eine Gesellschaft, die nicht auf demokratischen Formen und Strukturen der politischen Willensbildung und Entscheidung beruht, weder unter normativen noch unter analytischen Aspekten als nachhaltig angesehen werden kann.

Der zweite Satz soll deutlich machen, dass Demokratie kein starres Muster institutioneller Strukturen darstellen sollte, sondern einen offenen Prozess der gesellschaftlichen Selbstregulierung. Demokratische Formen und Verfahren können und müssen daher in Anbetracht neuer Problem- und Konfliktlagen erweitert und qualitativ verbessert werden. Über parlamentarisch-repräsentative Systeme hinaus kommen dann neue Formen der BürgerInnen-Beteiligung als wichtige Elemente einer sozial nachhaltigen Entwicklung in den Blick. Dafür bieten sich sowohl Formen der direkten Demokratie (Volksbegehren und Volksentscheide) als auch neuartige Verfahren der Partizipation (z.B. Mediationsverfahren oder Konsensuskonferenzen) bei bestimmten, z.B. lokal und/oder thematisch begrenzten Konflikten und Entscheidungsprozessen an. Dies gilt vor allem für solche Entscheidungsprozesse, die für die gesellschaftliche Zukunftsentwicklung und -gestaltung von hoher Relevanz sind.

⁴⁸ Luhmann sieht daher sogar die Gefahr, "dass die Variable Inklusion/Exklusion in manchen Regionen des Erdballs drauf und dran ist, in die Rolle einer Meta-Differenz einzurücken ..." (ebd.: 632) und damit andere gesellschaftliche Unterscheidungen zu überlagern und zu überformen.

3.4 Status und Reichweite der Leitorientierungen

Die dargestellten fünf Leitorientierungen sollen die Dimension einer sozialen Nachhaltigkeit konkretisieren und entsprechende gesellschaftliche Handlungsprinzipien und -perspektiven verdeutlichen. Sie stellen ganz offensichtlich keine Maximalforderungen oder -ziele sozialer Nachhaltigkeit dar. Ebenso wenig schlagen sie ein unmittelbar umzusetzendes Handlungsprogramm vor, weder für die Bundesrepublik Deutschland noch für irgendeine andere Gesellschaft. Die Leitorientierungen enthalten vielmehr zunächst “nur” Mindestbedingungen in dem Sinne, dass ohne die Verfolgung dieser Leitlinien bzw. bei Verletzung der darin formulierten sozialen Ziele und Prinzipien nicht von einer sozial nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung gesprochen werden kann.

Daraus darf aber nicht unbedingt der Umkehrschluss gezogen werden, dass bei Befolgung der fünf “Regeln” keinerlei soziale (Nachhaltigkeits-) Probleme mehr auftreten könnten. Dazu ist allein schon der Allgemeingrad der Leitorientierungen zu hoch; sie bedürfen daher der weiteren Konkretisierung durch spezifische Zielformulierungen für einzelne Gesellschaften sowie der Präzisierung durch geeignete, aussagekräftige Indikatoren. Gewährleisten können die Leitorientierungen jedoch, dass bei einer Ausrichtung an den darin genannten Handlungsprinzipien die allgemeine Richtung einer sozial nachhaltigen Entwicklung eingehalten wird.

Die fünf Leitorientierungen beanspruchen allgemeine Gültigkeit in dem Sinne, dass sie nicht von vornherein auf bestimmte Gruppen oder Typen von Gesellschaften (seien es Industrie- oder Entwicklungsländer) zugeschnitten sind.⁴⁹ Sie formulieren vielmehr übergreifende Handlungsorientierungen, die in beiden Ländergruppen (wenn auch in je unterschiedlicher Gewichtung und Akzentuierung) handlungsleitend sein können. Dennoch sind die Leitorientierungen nicht in dem starken Sinne allgemeingültig, dass sie unabhängig von allen kulturellen, politischen, normativen Kontexten, Präferenzen und Interpretationen Evidenz beanspruchen könnten. Die Leitorientierungen resultieren zwar aus dem Versuch einer allgemeingültigen, analytischen Begründung und Beschreibung von sozialer Nachhaltigkeit. Dennoch gehen in sie theoretische, politische, normative etc. Prämissen ein, von denen nicht unterstellt werden darf, dass sie überall faktisch anerkannt sind und als überzeugend angesehen werden.

⁴⁹ Darin unterscheiden sie sich, trotz einiger thematischer Berührungen und Überschneidungen, von den von der Enquête-Kommission (1998) aufgestellten Nachhaltigkeitsregeln, die sehr eng an den bestehenden Institutionen und Sozialstrukturen wie auch an den gegenwärtigen Problemlagen der Bundesrepublik Deutschland ausgerichtet sind.

Ebensowenig sind die fünf Orientierungen in dem Sinne allgemeingültig, dass sie auch für alle zukünftig denkbaren Gesellschaften zutreffen müssten. Sie beruhen zumindest z. T. auf historisch geprägten Begriffen und Konzepten und können keinesfalls beanspruchen, neue gesellschaftliche Entwicklungen, Strukturen oder Institutionen umfassend antizipieren und mitberücksichtigen zu können. Die Leitorientierungen stellen in diesem Sinne historisch revidierbare und revisionsbedürftige "Leitplanken" für Prozesse einer sozial nachhaltigen Entwicklung dar.

4 Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit

In diesem Kapitel werden Indikatoren vorgeschlagen, die es ermöglichen sollen, die soziale Dimension der Nachhaltigkeit zu beobachten, Fortschritte oder Rückschritte deutlich zu machen und gegebenenfalls eine Verletzung der unter 3.3 entwickelten Leitorientierungen zu erkennen. Zuvor möchten wir jedoch einige Vorbemerkungen zur Indikatorenentwicklung, speziell zu Sozialindikatoren, machen (4.1) sowie den Stand der Diskussion zu Sozialindikatoren und Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit referieren (4.2).

4.1 Zur Problematik von Indikatoren

4.1.1 Problematik der Indikatorenbildung

Indikator bedeutet im wörtlichen Sinne "Anzeiger". Dieser soll dazu dienen, einen Sachverhalt, dem das eigentliche Interesse gilt, zu beschreiben. Der Sachverhalt wird dadurch in relevante Information transformiert, eine große Menge an Phänomenen und Daten wird somit zu einer überschaubaren Größe reduziert. Zwischen dem Indikator und dem zu beschreibenden Sachverhalt herrscht im Extremfall vollständige Übereinstimmung (vollidentischer Indikator) oder aber gar keine Übereinstimmung (nicht-identischer Indikator). In der Regel handelt es sich jedoch um teilidentische Indikatoren, das heißt der Indikator beschreibt den Sachverhalt zwar teilweise, jedoch nicht vollständig. Wichtig ist folglich zunächst die Auswahl eines Indikators, der den Sachverhalt zielgenau repräsentiert.

Die zweite Schwierigkeit liegt in der Auswahl der geeigneten Aggregations-ebene. Der Vorteil eines Indikators ist es zwar gerade, komplexe Sachverhalte verdichtend zu beschreiben, wichtig für diese Beschreibung ist jedoch ein angemessenes Verhältnis zwischen Verdichtung, d.h. auch Vereinfachung einerseits und Differenzierung andererseits. Je höher die Aggregationsebene, desto einfacher der Indikator, desto unschärfer wird jedoch auch die Problembeschreibung. Umgekehrt verlieren stark differenzierte Indikatorensysteme an Übersichtlichkeit und damit an der eigentlichen Stärke von Indikatoren.

In der Auswahl von Indikatoren sind zudem immer versteckte Annahmen über Ursachen, Folgen oder die Bedeutung von Sachverhalten enthalten. Soll z.B. das Ausmaß der Luftverschmutzung in einem Land beschrieben werden, so kann dies geschehen, indem der Anteil von Ozon in der Luft gewählt wird oder indem der Anteil von Rußpartikeln angegeben wird. Beide Indikatoren bergen unterschiedliche Annahmen darüber, welche Faktoren am bedeutendsten und aussagekräftigsten für die Luftverschmutzung sind. Insofern hat die Auswahl von Indikatoren auch einen mehr oder weniger stark wertenden Charakter, indem sie unausgespro-

chene Annahmen über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge bzw. über die Bedeutung einzelner Faktoren für ein Problem widerspiegeln.

4.1.2 Problematik von Sozialindikatoren

Sehen sich bereits Indikatoren für quantitativ messbare Phänomene diesen Problemen gegenüber, so ist die Schwierigkeit der Beschreibung qualitativer Aspekte durch Indikatoren noch potenziert. Da die soziale Dimension auch nicht-materielle Elemente enthält, muss zur Indikatorenbildung zunächst eine geeignete "Materialisierung" von sozialen Phänomenen gefunden werden. Beispielsweise entstehen zwischen Menschen soziale Verbindungen, die jedoch als solche nicht sichtbar sind. Sollen sie gemessen werden, so müssen z.B. die Anzahl der Kontakte gezählt werden, die jemand täglich mit anderen Menschen hat. Oder man ist darauf angewiesen, sich auf die Sozialkontakte zu verlassen, die in irgendeiner Weise formalisiert wurden, z.B. bei Heirat, bei einer Vereinsmitgliedschaft etc. So entsteht eine zusätzliche Unschärfe beim Finden von Indikatoren für qualitative Phänomene, da noch eine weitere "Interpretations-Ebene" dazwischengeschaltet ist.

Bei sozialen Sachverhalten ist es zudem notwendig, neben der Beschreibung durch "objektive" Indikatoren (Übersetzung von Sachverhalten in beobachtbare, materielle Phänomene), "subjektive" Indikatoren zu bilden. Hierbei handelt es sich um individuelle Einschätzungen von Betroffenen zu den jeweiligen Phänomenen. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass sich subjektive und objektive Indikatoren zu dem selben Sachverhalt stark unterscheiden können. So kann z.B. das Bildungsniveau in einem Land objektiv, durch formale Schulabschlüsse, dargestellt, als sehr hoch erscheinen, subjektiv aber von den Befragten als mangelhaft angesehen werden (sog. Unzufriedenheitsdilemma). Genauso ist jedoch auch das Umgekehrte zu beobachten, dass objektiv schlechte Lebensbedingungen mit positiven Bewertungen einhergehen (sog. Zufriedenheitsparadox, vgl. Zapf 1984: 25). Dafür gibt es verschiedene Erklärungsansätze (vgl. ebd.), die jedoch die Problematik der Interpretation einer solchen Diskrepanz nicht aufheben.

Eng damit zusammen hängt, dass soziale Phänomene "reflexiv" strukturiert sind, d.h. dass ihre Wirkungen von sozialen Bewertungen abhängen. Dies lässt es fast unmöglich erscheinen, sog. Schwellenwerte festzulegen, bei deren Überschreitung soziale Prozesse destabilisierend oder desintegrativ wirken. So ist z.B. das Ausmaß an Arbeitslosigkeit oder sozialer Ungleichheit, das noch tolerierbar erscheint, in starkem Maße kulturell und politisch bestimmt und definiert sich eher im Verhältnis zu dem Niveau, das im jeweiligen System vorherrschend ist. Zudem kann die Zumutbarkeitsgrenze auch individuell noch stark variieren.

Die Funktion von Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit liegt deshalb weniger darin, Überschreitungen von feststehenden Grenzen anzuzeigen, als vielmehr darin, Entwicklungen zu beobachten und zu beurteilen, ob sie in die gewünschte Richtung verlaufen, um dann im gegenteiligen Fall evtl. gegensteuern zu können. Dennoch bieten Indikatoren auch die Möglichkeit, quantifizierte Ziele festzulegen, z.B. die Arbeitslosen-Quote nicht über fünf Prozent steigen zu lassen. Solche Ziele können aber nicht deduktiv abgeleitet werden, sondern müssen gesellschaftlich diskutiert und ausgehandelt werden.

4.2 Zum Stand der Diskussion über soziale Nachhaltigkeitsindikatoren

4.2.1 Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung

Sozialindikatoren stellen den Zustand und die Entwicklung gesellschaftlicher Lebensbedingungen im gesamtgesellschaftlichen Kontext dar. Die Sozialindikatorenforschung entstand in den 60er Jahren in den USA als Reaktion auf die Eindimensionalität rein wirtschaftlicher Indikatoren. Sie wurde in Deutschland in den 70er Jahren vor allem durch W. Zapf rezipiert, der die Entwicklung von Sozialindikatoren durch sein Sozial-Politisches-Entscheidungs- und Indikatoren-System (SPES) entscheidend mitbeeinflusst hat (Teichert 1995: 75).

Zu Beginn der “Sozialindikatorenbewegung” nahmen die sog. objektiven Sozialindikatoren (s. oben) eine dominierende Rolle ein. Der wiederum aus den USA stammende Trend, subjektive Indikatoren stärker zu berücksichtigen, führte zunächst zu heftigen und kontroversen Diskussionen zwischen beiden Ansätzen, die jedoch inzwischen dahingehend aufgelöst werden, dass beide Dimensionen in neueren Indikatorensystemen Berücksichtigung finden (vgl. Hartmuth 1998: 20).

Das von Zapf entwickelte SPES beschrieb verschiedene Wohlstands- und Lebensqualitätsdimensionen: Bevölkerung, Sozio-ökonomische Gliederung, Arbeit, Einkommen, Versorgung, Verkehr, Wohnung, Gesundheit, Bildung und Partizipation (vgl. Zapf 1977). Hier wird zugleich das wichtigste Konzept sichtbar, das den Kern der Sozialindikatorenforschung darstellt: das der Lebensqualität. In Abgrenzung zur ökonomischen Wohlfahrt ist Lebensqualität ein mehrdimensionales Konstrukt, das die Lebensverhältnisse in der Bevölkerung in wichtigen Bereichen sowohl durch objektive als auch durch subjektive Indikatoren darstellen soll (Hartmuth 1998: 21; vgl. Glatzer/Zapf 1984). Zur Operationalisierung des Konzepts der Lebensqualität existieren unterschiedliche Ansätze (vgl. auch Korczak 1995). Der Ansatz von Glatzer/Zapf spiegelt sich in der Entstehung des SPES wider und wurde inzwischen um zwei weitere Dimensionen, Umwelt und öffentliche Sicherheit, ergänzt (Teichert 1995:76; vgl. Glatzer/Zapf 1984, Glatzer 1990).

Wenngleich die meisten der hochgesteckten Ziele der Sozialindikatorenforschung sich als unrealistisch herausgestellt haben (wie z.B. Politikberatung, Einsatz als Frühwarnsystem), so gelten doch die Ziele der Operationalisierung, Messung und Beschreibung von Wohlfahrt sowie das der Dauerbeobachtung von Trends sozialen Wandels als erreicht (Hartmuth 1998: 21).

Die Ergebnisse der Indikatorenforschung mündeten in der Bundesrepublik schließlich in der Konzeption zweier Beobachtungsprogramme:

- das Wohlfahrtssurvey, das vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) durchgeführt wird. Es enthält Daten über objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden.
- das Sozio-oekonomische Panel, welches dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) obliegt. Hier werden Daten zu Einkommen, Erwerbstätigkeit, sozio-ökonomischen Lebensverhältnissen, Zeitverwendung und subjektiven Bewertungen erhoben.

Zusätzlich existiert in Deutschland noch die ALLBUS-Umfrage, die ebenfalls vom ZUMA in Zusammenarbeit mit dem Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung durchgeführt wird und Daten zur Sozialstruktur, zu Sozialbeziehungen, allgemeinen Werten und Einstellungen sowie zur Legitimität der politischen und sozialen Ordnung enthält (vgl. Hartmuth 1998: 21ff.).

Die wichtigste, aus den Ergebnissen dieser drei Beobachtungsprogramme vom Statistischen Bundesamt herausgegebene, Publikation der allgemeinen Sozialberichterstattung in Deutschland ist der Datenreport, der ca. alle 3 Jahre erscheint (vgl. z.B. StBA 1997). Er enthält einen ersten statistischen Teil sowie einen zweiten Teil zu Daten der Sozialberichterstattung. Neben einigen speziellen Themen, die nur punktuell in den Report aufgenommen werden, enthält der zweite Teil subjektive Bewertungen zu den Bereichen Familie, Bildung, Situation am Arbeitsmarkt, Einkommensverteilung, Wohnen, Gesundheit und Umwelt. Auch die Sozialstruktur (Integration von Ausländern sowie soziale Lagen und Mobilität) und die Einstellung der Bürger zum Staat (politische Integration, Einstellungen zur Demokratie) werden dargestellt. Interessant ist hierbei festzustellen, dass die Darstellung sozialer Netzwerke sowie subjektive Daten zur gesellschaftlichen Beteiligung inzwischen keinen Eingang mehr in den Datenreport finden. Dafür wurde ein neues Kapitel über Armut aufgenommen (vgl. StBA 1989, 1994 und 1997).

Die Sozialberichterstattung unterscheidet sich teilweise stark in einzelnen Industrieländern, sowohl in Bezug auf ihre Institutionalisierung als auch in Bezug auf das Verhältnis von objektiven und subjektiven Indikatoren.

Die berücksichtigten Dimensionen stimmen jedoch zu großen Teilen überein: Bevölkerung, Arbeit, Einkommen (in Frankreich und Deutschland auch Einkommensverteilung), Familien, Wohnen und Umwelt, Verkehr, Gesundheit, Rechtswesen (lediglich in Frankreich, Großbritannien und Niederlanden), Partizipation, Bildung (fehlt in Frankreich), Freizeit (mit Ausnahme von Frankreich und Deutschland). Als spezifisch für Frankreich kann die Dimension Lebensweisen und Konsum gelten, einzigartig für Deutschland ist die des Sozialen Status und der Mobilität, für Schweden und die skandinavischen Länder liegt die Besonderheit in der Erfassung von ökonomischen, politischen und sozialen Ressourcen. Für Deutschland charakteristisch ist zudem die Vielzahl beteiligter Akteure und Formen der Berichterstattung sowie die besondere Bedeutung, die subjektiven Indikatoren beigemessen wird (vgl. Habich/Noll 1994).

4.2.2 Indizes zum Stand der menschlichen Entwicklung

Auf globaler Ebene bemüht sich insbesondere das UNDP, die Indikatorentwicklung zur Beschreibung der menschlichen Entwicklung voranzutreiben. Menschliche Entwicklung wird als ein Prozess definiert, der die Entscheidungsmöglichkeiten der Menschen auf allen Ebenen erweitert (vgl. UNDP 1998). Hierzu wurden einige Indexzahlen entwickelt, die es ermöglichen sollen, den erreichten Entwicklungsstand in den verschiedenen Ländern zu vergleichen. Als erster und wichtigster kann hier der Human Development Index (HDI) genannt werden, der die individuelle Lebenserwartung, den Bildungsstand (gewichteter Anteil der Erwachsenen mit Schreib- und Lesefähigkeit sowie des erreichten Schulniveaus) und das reale Pro-Kopf-Einkommen in einem Land zu einem Indikator verdichtet. Als Ergänzung hierzu wurde der Human Poverty Index (HPI) entwickelt, um insbesondere die Situation derjenigen in einem Land deutlich zu machen, denen es am schlechtesten geht. Dieser misst den Stand der Entwicklung in den selben Dimensionen wie der HDI, macht allerdings auf besondere Defizite in diesen Bereichen aufmerksam. Da Armut in den Industrieländern etwas anderes bedeutet als in den Entwicklungsländern, existieren zwei verschiedene Indizes: der HPI 1 misst die Armut in den Entwicklungsländern anhand des Prozentsatzes der Menschen, die eine Lebenserwartung unter 40 Jahren aufweisen, die Mängel bei der ökonomischen Versorgung und keinen Zugang zu Trinkwasser haben, sowie anhand des Anteils der erwachsenen Analphabeten und der Kinder unter 5 Jahren mit Untergewicht. Der HPI 2 beschreibt dagegen Armut in Industrieländern durch den Prozentsatz der Menschen, deren Lebenserwartung nicht über 60 Jahre liegt, deren Lese- und Schreibfähigkeit unzureichend ist und deren Einkommen bei weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens liegt, sowie durch den Anteil der Langzeitarbeitslosen.

Großes Gewicht wird vom UNDP auf die Chancengleichheit beim Zugang zu Ressourcen und Bildung, insbesondere auch zwischen den Geschlechtern gelegt. Zur Geschlechtergerechtigkeit existieren zwei Indizes. Der gender-related development index (GDI) kombiniert die geschlechtsspezifische Lebenserwartung, die Lese- und Schreibfähigkeit, die erreichte Schulbildung sowie die Einkommensverteilung zwischen Männern und Frauen. Er bezieht sich damit vor allem auf die Situation in Entwicklungsländern. Für Industrieländer wird das gender empowerment measure (GEM) herangezogen. Er setzt sich aus dem Anteil von Frauen im Parlament, in Verwaltungs- und Management-Tätigkeiten sowie in technischen Berufen und dem geschlechtsspezifischen Anteil am Einkommen zusammen.

4.2.3 Soziale Nachhaltigkeitsindikatoren

Tragfähige und systematisch begründete Ansätze für Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit existieren bisher wenig (vgl. auch Seifert 1995). Im Folgenden wollen wir drei der bisher unternommenen Versuche kurz darstellen. Als erstes soll der Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW) erwähnt werden. Der ISEW versucht zusätzlich zur wirtschaftlichen noch weitere Dimensionen von Nachhaltigkeit in ihrer monetären Bedeutung zu berücksichtigen. Er wurde von Cobb/Daly als Alternativmaß zum Brutto-sozialprodukt (BSP) entwickelt, um zu einer realistischeren Abbildung gesellschaftlicher Wohlfahrt zu gelangen als sie das BSP liefert.

Ebenso wie das BSP ist der ISEW ein rein monetärer Index. Als Basis für seine Berechnung wird der private Verbrauch genutzt. Der private Verbrauch wird zunächst mit der Einkommensverteilung gewichtet. Zu dieser Größe werden verschiedene Faktoren hinzuaddiert, die die gesellschaftliche Wohlfahrt erhöhen. Die wichtigste Größe stellt die unbezahlte Hausarbeit dar, aber auch öffentliche Ausgaben zur Verbesserung des Gesundheitswesens gehören hierzu. In einem weiteren Schritt soll das zeitliche Auseinanderfallen von Ausgaben und Nutzen berücksichtigt werden: Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter werden abgezogen, geschätzte Zahlen für den Nutzen des Gebrauchs hingegen hinzuaddiert, ähnlich wird mit Ausgaben für Verkehrsinfrastruktur verfahren. Anschließend werden die Folgekosten wirtschaftlicher Aktivitäten, wie die Umweltverschmutzung, Lärmbelastung etc. wiederum subtrahiert. Zum Schluß werden Korrekturen vorgenommen durch die Bildung des Saldos für das Wachstum der Nettokapitalausstattung sowie des Saldos der Kapitalverkehrs-bilanz (vgl. Daly/Cobb 1989).

Der ISEW ist inzwischen mehrere Male durch Cobb revidiert worden. Bei der ersten Revision wurden lediglich einige Kosten- und Ausgabenpositionen verändert. Die zweite jedoch modifizierte den Ansatz erheblich und

fürte zum Genuine Progress Indicator (GPI): Dieser beinhaltet zusätzlich Ansätze für den Wert des Verlustes von Freizeit und für die Kosten der Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung sowie einen speziellen Wertansatz für Waldschäden (vgl. Diefenbacher 1995: 31). Der ISEW ist zwar ein Indikator, der vor allem ökonomische Wohlfahrt messen soll, er enthält allerdings wesentlich mehr soziale Aspekte als das Bruttosozialprodukt. Insbesondere die Modifikation des Konzepts berücksichtigt neben umweltrelevanten Folgekosten in stärkerem Maße auch soziale Folgekosten.

Diefenbacher et al. (1997) haben in einer Studie ein System von Indikatoren für eine nachhaltige Regionalentwicklung vorgeschlagen. Darin werden sowohl Indikatoren des Umweltzustands, der wirtschaftlichen Lage als auch für Gesellschaft und Soziales berücksichtigt. Daneben finden sich noch einige regionsspezifische Indikatoren.

Der Bereich Gesellschaft und Soziales ist bei Diefenbacher et al. dargestellt durch folgende Ebenen:

- Einkommens- und Vermögensverteilung,
- Niveau von Kultur und Ausbildung,
- Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur,
- Sozial- und umweltverträgliche Mobilität,
- Gesundheitsniveau und
- Sicherheitsniveau.

Das Bedürfnisfeld Arbeit wird als Bestandteil des wirtschaftlichen Systems behandelt.

Die Indikatoren zu diesen Ebenen wurden durch die an dem Forschungsprozess beteiligten Personen diskursiv ausgehandelt, nicht deduktiv abgeleitet. Eine theoretische Auseinandersetzung über das Verständnis des Bereichs Soziales und Gesellschaft unter der Perspektive der Nachhaltigkeit wurde demnach nicht systematisch vorgenommen. Die Ebenen werden durch jeweils drei Indikatoren abgebildet:

Zur Operationalisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung wird jeweils die Zahl der Sozialhilfeempfänger und der Obdachlosen je 1.000 Einwohner und der Vermögensmillionäre je 100.000 Einwohner herangezogen. Das Kultur- und Ausbildungsniveau wird gemessen durch die Ausstattung mit Kinos und Theaterplätzen, die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß und den Auslastungsgrad der Kindergartenplätze. Aus- und Einpendler je 1.000 Einwohner sowie der Anteil der Ein-Personen-Haushalte bilden die Indikatoren für die Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur. Die sozial- und umweltverträgliche Mobilität wird dargestellt durch die Personenkilometer je Einwohner im Individualverkehr bzw. ÖPNV sowie den Anteil des ÖPNV an den Personenkilometern. Das Gesundheitsniveau wird gemessen durch die durchschnittliche Lebenserwar-

tung, den Anteil der durch Erkrankung der Atmungsorgane Gestorbenen sowie den Anteil der Kinder mit allergischen Erkrankungen. Zur Operationalisierung des Sicherheitsniveaus dient die Anzahl der Straftaten je 1.000 Einwohner pro Jahr, die Verkehrsunfälle mit Personenschaden je 100.000 Einwohner und die meldepflichtigen Arbeitsunfälle je 1.000 Vollbeschäftigte.

Bei diesem Indikatorenset handelt es sich folglich um rein objektive Indikatoren, subjektive Daten sind wegen der bundesweiten Anlage der Sozialberichterstattung auf regionaler Basis ohnehin kaum verfügbar⁵⁰. Wechselbeziehungen innerhalb der sozialen Dimension wie die Qualität von Beziehungen, die Kommunikationshäufigkeit etc. finden ebenfalls keine Berücksichtigung. Der Indikatorenvorschlag enthält teilweise "klassische" Sozialindikatoren, teilweise aber auch Indikatoren, die auf die Verknüpfung der sozialen und ökologischen Dimension verweisen (z.B. sozial- und umweltverträgliche Mobilität).

Auf Grundlage des Kapitels 40 der Agenda 21 hat sich auch die Commission for Sustainable Development (CSD) der Vereinten Nationen mit der Entwicklung eines Indikatorensystems zur Nachhaltigen Entwicklung beschäftigt, das auf freiwilliger Basis in den einzelnen Staaten bis zum Jahr 2000 erprobt wurde.

Den konzeptionellen Rahmen für dieses Indikatorensystem bietet

- zum einen eine vom Anspruch her gleichgewichtige Berücksichtigung der verschiedenen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung: sozial, ökonomisch, ökologisch, institutionell,
- zum anderen eine Abwandlung des PSR-(Pressure, State, Response) Ansatzes der OECD: der DSR-Ansatz (Driving Force, State, Response).

Das von der OECD entwickelte PSR-Konzept zur Umweltbeobachtung setzt an der Schnittstelle zwischen Mensch und Natur an: Von Menschen induzierte Faktoren beeinflussen die Natur und lösen damit Veränderungen in ihr aus, d.h. die Natur wird unter menschlichen Nutzungsdruck ("pressure") gesetzt. Diese beeinflussenden Faktoren werden folglich durch sogenannte "pressure indicators" verdeutlicht. Der Nutzungsdruck verändert den Zustand eines natürlichen oder naturnahen Mediums (angezeigt durch "state indicators") und veranlaßt die Gesellschaft zu Gegenmaßnahmen, die durch "response indicators" operationalisiert werden (vgl. Lass/Reusswig 1998: 25ff.).

⁵⁰ Die Autoren weisen außerdem darauf hin, dass auch zu einigen der vorgeschlagenen objektiven Indikatoren (etwa zur Zahl der Obdachlosen oder den allergischen Erkrankungen) bisher keine verlässlichen Daten zur Verfügung stehen.

Im Zugang der CSD werden die pressure indicators durch sogenannte “driving force” indicators ersetzt, um das Zusammenspiel von sozialen, ökonomischen und ökologischen Indikatoren genauer beschreiben zu können. Denn driving force als Begriff lässt zunächst noch offen, ob die Auswirkungen der Indikatoren auf die nachhaltige Entwicklung positiv oder negativ ist. In diesem Sinne beschreiben driving force indicators die Auswirkungen menschlicher Aktivitäten, Prozesse und Verhaltensmuster auf nachhaltige Entwicklung. Die state indicators bezeichnen den Ist-Stand nachhaltiger Entwicklung und die response indicators die Maßnahmen, um mehr Nachhaltigkeit zu erreichen. Problematisch insbesondere bei diesen Indikatoren ist, dass die zugrunde gelegten kausalen Zusammenhänge (Phänomen X führt zu mehr Nachhaltigkeit, oder Phänomen X ist entstanden aufgrund der Maßnahme Y) häufig auf schlichten Annahmen beruhen und nicht zweifelsfrei belegt werden können.

Der Indikatorenvorschlag der CSD, die sogenannte “Working-List of Indicators”, ist nach einer Matrix-Struktur aufgebaut, die sich an den vier Dimensionen der Nachhaltigkeit orientiert. Dabei werden die verschiedenen Kapitel der Agenda 21 einer der vier Dimensionen zugeordnet und dann mit Indikatoren versehen, die jeweils als Driving Force-, State- oder Response-Indikator gekennzeichnet werden.

Der Kategorie Soziales werden die Kapitel 3 (Armutsbekämpfung), 5 (Bevölkerungswachstum und nachhaltige Entwicklung), 36 (Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewußtseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung), 6 (Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit) sowie Kapitel 7 (Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung) zugeordnet. Eine Aufstellung dieser vorläufigen Indikatoren befindet sich in Anhang I.

Die deutsche Kritik an dem Vorschlag des Indikatorensystems für die Kategorie Soziales, wie sie vor allem vom Bundesministerium für Umwelt formuliert worden ist, bezog sich hauptsächlich darauf, dass dieser eher für die Situation in Entwicklungsländern zutreffend sei, die Situation in den Industrieländern hingegen nicht ausreichend berücksichtige: Bei Kapitel 5 sei insbesondere die spezielle Problematik der Altersstruktur aufgrund zurückgehender Geburtenraten nicht aufgenommen. Da die gesundheitliche Grundversorgung bereits in ausreichendem Maße als gewährleistet gelten könne, müssten die Indikatoren in stärkerem Maße auf spezielle gesundheitliche Probleme in den Industrieländern eingehen, wie z.B. falsche Ernährung, spezielle Krankheiten etc. Der Bereich nachhaltige Siedlungsentwicklung hingegen müsse Indikatoren zum ökologischen Bauen enthalten sowie die besonderen Entwicklungen in Industrieländern aufzeigen, wie z.B. die wachsende Zahl der Ein-Personen-Haushalte. Der durch den DSR-Ansatz hergestellte Bezug zur Umwelt geht den deutschen

Kommentatoren offenbar oft nicht weit genug, da sie noch spezifische Umweltindikatoren fordern wie z.B. die Umweltbelastung in Innenräumen (bei der menschlichen Gesundheit) oder die Förderung ökologischen Bauens.

Ein deutlicher Nachteil des auf die Mensch-Umwelt-Schnittstelle bezogenen DSR-Ansatzes ist es, dass Nachhaltigkeit, trotz der angestrebten Gleichwertigkeit der vier Kategorien, nur im Bezug zur Umwelt gesehen wird, nicht jedoch innerhalb der einzelnen Kategorien. Soziale Wechselwirkungen, soziale Kontakte, soziale Ressourcen etc. fallen somit aus der Betrachtung heraus. Auch hier finden zudem subjektive Indikatoren keine Berücksichtigung. Des DSR-Ansatz hat zudem in der Praxis zu langen und wenig zielführenden Debatten über die Einordnung der Indikatoren zu einer der drei Kategorien geführt. Aus den genannten Gründen haben wir den konzeptionellen Ansatz und die Strukturierung des CSD-Indikatorensystems bei dem nachfolgend dargestellten Vorschlag nicht übernommen. Wir greifen allerdings auf einzelne Indikatoren bzw. Anregungen aus diesem Kontext zurück.

4.3 Indikatoren für soziale Nachhaltigkeit – ein Vorschlag

Das nachfolgend entwickelte Set von Indikatoren bezieht sich wegen der weltweit großen Heterogenität sozialer Probleme nur auf die Situation von Industrieländern. Um aussagekräftig zu bleiben und die jeweils vordringlichsten Probleme sichtbar machen zu können, müssen sich Indikatoren spezifisch auf die Situation in den unterschiedlichen Ländergruppen (oder sogar einzelnen Ländern) beziehen. Wir folgen mit dieser Auffassung sowohl der Kritik an den bisherigen Indikatorenvorschlägen der CSD als auch den neueren Ansätzen des UNDP, das seine armutsbezogenen Indizes ebenfalls nach Industrie- und Entwicklungsländern differenziert.⁵¹

Das Indikatorenset stellt einen ersten, sicherlich noch vorläufigen Vorschlag und Impuls für die weitere Diskussion dar. Es soll mehrere Grundbedingungen erfüllen. Zunächst hat es den Anspruch, die in Kapitel 3 herausgearbeiteten Schlüsselemente sozialer Nachhaltigkeit hinreichend zu beschreiben. Hierzu werden in den nachfolgenden Kapiteln Indikatoren jeweils einzeln für die verschiedenen Kernelemente entwickelt. Die

⁵¹ Andererseits sollen gerade Nachhaltigkeits-Indikatoren auch die Funktion haben, Entwicklungsverläufe international vergleichbar zu machen und global bewerten zu können. Ein Ausweg aus dem Dilemma könnte darin bestehen, einen Satz von Kern-Indikatoren zu entwickeln, die für Industrie- und Entwicklungsgesellschaften gleichermaßen aussagekräftig sind. Diese "core indicators" könnten dann jeweils länderspezifisch ergänzt werden. Ein weiterer interessanter Vorschlag zur Einbeziehung der globalen Dimension nachhaltiger Entwicklung besteht darin, Indikatoren für die Nord-Süd-Beziehungen zu bilden (Fues 1998).

Zuordnung der Indikatoren zu den einzelnen Schlüsselementen sozialer Nachhaltigkeit stellt jedoch keine strikte Abgrenzung und Zuordnung der dargestellten Aspekte zu den verschiedenen Bereichen sozialer Nachhaltigkeit dar. Denn diese Elemente überlappen sich in vielen Punkten und durchdringen sich teilweise gegenseitig. Aus diesem Grund wird, ebenso wie bei der Aufstellung der Leitorientierungen, darauf verzichtet, für das Schlüsselement der Entwicklungsfähigkeit von (Teil-)Systemen eigene Indikatoren zu entwickeln, da ein angemessenes Verhältnis von Stabilität und Entwicklungsfähigkeit Teil aller Kernelemente sein muss. Innerhalb des Bereichs der Sozialressourcen wird dieser Aspekt jedoch zusätzlich eine bedeutende Rolle spielen.

Ebenso werden bestimmte Aspekte des Lebensqualitäts-Konzepts, das die meisten der von uns dargestellten Schlüsselemente sozialer Nachhaltigkeit umfasst, bei der Indikatorenentwicklung berücksichtigt. Dies wird sich vor allem darin äußern, dass neben objektiven Indikatoren jedes Schlüsselement auch durch subjektive Indikatoren beschrieben werden soll (vgl. auch Kramer 1998).

Die hier durch Indikatoren zu beschreibenden Ebenen sozialer Nachhaltigkeit umfassen folglich:

- die Befriedigung der Grundbedürfnisse/Arbeit,
- die Sozialressourcen,
- die Chancengleichheit,
- die Partizipation.

Für jede dieser vier Ebenen schlagen wir zusätzlich jeweils zwei prägnante Leitindikatoren vor, die sowohl die subjektiven als auch die objektiven Aspekte der einzelnen Ebenen zusammenfassend verdeutlichen sollen.⁵² Weitere Sub-Indikatoren sollen eine differenziertere und detaillierte Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung im Hinblick auf die genannten vier Ebenen möglich machen.

⁵² Der Sinn von Leitindikatoren besteht darin, ein Phänomen herauszugreifen, das als Stellvertreter für viele andere Phänomene gelten kann und somit weitere, spezifischere Indikatoren überflüssig macht. In der Ökologie können z.B. die Emissionen von CO₂ als Leitindikator für den Ausstoß vieler anderer klimarelevanter Stoffe gelten. Die Übertragung des Leitindikatoransatzes auf die soziale Dimension ist jedoch nicht immer so einfach möglich, da häufig viele sehr unterschiedliche Phänomene durch einen "Repräsentanten" beschrieben werden müssten (wie z.B. die unterschiedlichen Grundbedürfnisse). Aus diesem Grund haben wir in einigen Fällen auf aggregierte Indizes statt auf Leitindikatoren im oben beschriebenen Sinne zurückgegriffen.

4.3.1 Indikatoren zur Befriedigung der Grundbedürfnisse

Generell wird davon ausgegangen, dass die Befriedigung zahlreicher Grundbedürfnisse in den Industrieländern weitgehend erfüllt ist, wie z.B. die ausreichende Versorgung mit Nahrung und Kleidung, Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen sowie eine gesundheitliche Grundversorgung. Diese Bedürfnisfelder finden sich somit in Sozialindikatorensystemen für Industrieländer nur noch selektiv wieder. Probleme bezüglich der Grundversorgung treten in den Industrieländern jedoch im Bereich der Versorgung mit Wohnraum, dem Ausmaß an Bildung sowie vor allem der Beschäftigung auf. Ebenso existiert eine zunehmende Armut, die sich vor allem in einem deutlich niedrigeren Einkommensniveau äußert.

Will man diese Problemlagen durch Indikatoren beschreiben, so bieten statistische Pro-Kopf-Größen des Versorgungsausmaßes keine geeignete Informationsgrundlage. Durchschnittswerte sagen nichts über das Niveau der Schwächsten der Gesellschaftsmitglieder aus. Gerade dies ist jedoch für die Identifikation von Versorgungsproblemen zentral. Im Folgenden soll daher versucht werden, Durchschnittsgrößen zu vermeiden und stattdessen auf die Zahl der besonders Betroffenen abzielen. Zur Erfassung von Armut in Industriestaaten schließen wir uns der verbreiteten Definition an, wonach als arm diejenigen gelten, deren Einkommen bei weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens eines Landes liegt (vgl. z.B. StBA 1997).

Im Bildungsbereich können in den Industrieländern diejenigen als unterversorgt gelten, deren Bildungsstand keine vollständige Teilhabe an der Gesellschaft und dem politischen System sowie keine tragfähigen Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet. Dies sind zum einen diejenigen Erwachsenen, die keine ausreichende Schreib- und Lesefähigkeit aufweisen können, zum anderen diejenigen, die keinen formalen Schulabschluss erlangen konnten. Der Anteil der Jugendlichen des letzten Jahrgangs ohne Schulabschluss sowie der Anteil der sog. funktionalen Analphabeten bieten sich somit als Indikatoren für eine unzureichende Bedürfnisbefriedigung im Bereich Bildung an.

Für den Bereich der Beschäftigung können anschaulich die herkömmlichen Indikatoren, d.h. der Anteil der Arbeitslosen und der Langzeitarbeitslosen, herangezogen werden. Im Bedürfnisfeld Wohnen ist es insbesondere die Anzahl der Obdachlosen, die eine Unterversorgung deutlich macht. Zudem sind diese Personen in mehrfacher Hinsicht von Armut betroffen, da sie häufig durch die bestehenden sozialen Netze fallen und ihre Grundversorgung (Ernährung, Gesundheit etc.) nicht als gesichert gelten kann. Problematisch ist bei einem solchen Indikator allerdings die schwierige Zugänglichkeit der Daten; bisher scheint es über die Anzahl

der Obdachlosen nur Schätzungen zu geben (vgl. StBA 1997: 512; Diefenbacher et al. 1997: 160f.).

Das Grundbedürfnis nach Gesundheit stellt sich als sehr komplex dar. Eine gesundheitliche Grundversorgung in den Industrieländern ist zwar gegeben, dies ist jedoch noch wenig aussagekräftig bezüglich des tatsächlichen Gesundheitszustands der Bevölkerung. Die CSD schlägt hierfür sehr unterschiedliche Indikatoren vor: den Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sanitären Anlagen und sauberem Trinkwasser, die Lebenserwartung bei der Geburt, Kinder- und Müttersterblichkeit, Schutzimpfungen sowie nationale Gesundheitsausgaben als Anteil am Bruttosozialprodukt (vgl. CSD 1996). Dieser Vorschlag wurde wie oben erwähnt vom Bundesministerium für Umwelt kommentiert. Danach hätten die Mütter- und Säuglingssterblichkeit sowie der Zugang zu sanitären Anlagen in den Industrieländern eher geringe Aussagekraft. Wichtiger sei hingegen die Verbreitung spezieller Krankheiten wie Herz-/Kreislaufkrankheiten, Krebs, Allergien, AIDS, Fettleibigkeit etc. Auch müssten die nationalen Gesundheitsausgaben spezifiziert werden in Aufwendungen für Prävention und Pflege einerseits und Behandlungskosten andererseits (da natürlich hohe Gesundheitsausgaben keineswegs ein Indikator für hohe Gesundheit sind). Zu beachten sei zusätzlich das Angebot an Möglichkeiten zur körperlichen Bewegung, die Art und Weise der Ernährung, der Anforderungsdruck durch Stress sowie bestimmte Umweltbelastungen (z.B. der Innenraumluft).

Dieser Stellungnahme schließen wir uns grundsätzlich an, deshalb schlagen wir als Indikator für den Gesundheitszustand den Anteil der Bevölkerung mit Herz-/Kreislaufkrankungen vor, da dies zum einen die häufigste Todesursache in den Industrieländern ist und zum anderen Rückschlüsse auf die Stressbelastung sowie mangelnde Bewegung und falsche Ernährung ermöglicht. Als Anzeiger für die Art des Umgangs mit gesundheitlichen Aspekten in Industrieländern sollte ein neuer Indikator gebildet werden, der den Anteil nationaler Gesundheitsausgaben am BSP für Behandlungen in Beziehung setzt zu den Ausgaben für Prävention. Zudem sollte auch die durchschnittliche Lebenserwartung als Indikator herangezogen werden. Generell ist dies ein relativ zielgenauer Indikator für den Gesundheitszustand, der auch in allen Sozialindikatorensystemen Eingang findet. Allerdings muss einschränkend erwähnt werden, dass die heutige medizinische Versorgung Leben auch bei sehr schlechtem gesundheitlichen Zustand verlängern kann.

Die Datengrundlagen für die hier angesprochenen Indikatoren finden sich großteils in den amtlichen Statistiken wieder (vgl. StBA 1997, Statistische Jahrbücher).

Als zusammenfassenden Index (und objektiven "Leit-Indikator") für die Grundbedürfniserfüllung schlagen wir den Human Poverty Index 2

(HPI 2, siehe Kapitel 4.2.2) vor, da er Angaben über die Bildungs-, Gesundheits-, Einkommens- und Beschäftigungssituation verdichtend darstellt und somit die wichtigsten Probleme in diesem Bereich in den Industrieländern aggregiert.

Die subjektive Dimension der Grundbedürfnisse, d.h. die individuell wahrgenommene Qualität der Bedürfnisbefriedigung in einzelnen Bereichen muss zusätzlich in das Indikatorenset mit aufgenommen werden, da die Rezeption und Wahrnehmung von Problembereichen ein wichtiges Element der sozialen Realität darstellt und sich zudem grundsätzlich von der objektiven Situation unterscheiden kann. Unzufriedenheit auf individueller Ebene ist z.B. stark abhängig von der wahrgenommenen Situation im direkten Umfeld. Deprivation auf objektiver Ebene in einem Bedürfnisbereich muss folglich nicht als solche bewusst sein, wenn das unmittelbare Umfeld demselben Problem ausgesetzt ist. Deshalb ist sowohl die objektive Situation als auch die subjektive Ebene ein entscheidender Beschreibungsfaktor sozialer Problemlagen.

Zur Beschreibung subjektiver Zufriedenheit kann man auf Daten des Sozio-Ökonomischen Panels zurückgreifen. Die repräsentativ angelegte Umfrage lässt die Befragten ihre Zufriedenheit im Hinblick auf die verschiedenen Bedürfnisfelder auf einer Skala von 0 (vollkommen unzufrieden) bis 10 (vollkommen zufrieden) abtragen (vgl. StBA 1997). Auf diese Weise lassen sich die Daten rechnerisch bearbeiten und vergleichen. Wir schlagen jeweils einen Zufriedenheitsindikator für die folgenden oben genannten Lebensqualitätsdimensionen vor:

- Gesundheit,
- Arbeit,
- Einkommen,
- Wohnung,
- Umwelt.

Um vor allem Problemlagen, also Bereiche subjektiv empfundener Unterversorgung, identifizieren zu können, könnte man bei diesen Angaben jeweils den Anteil der Befragten herausfiltern, der eher unzufrieden ist (bei denen die Zufriedenheitsskala dementsprechend Werte unter 5 annimmt).

Als übergreifender Leitindikator für die subjektive Bewertung der Versorgung, Grundbedürfnisbefriedigung und Lebenssituation bietet sich die Einschätzung der allgemeinen Lebenszufriedenheit an (vgl. Tabelle 4.3.1).

Tab. 4.3.1: Indikatoren zur Befriedigung der Grundbedürfnisse/zur Lebensqualität und Zufriedenheit

Grundbedürfnisse	Indikator	Ziel
Einkommen/Armut	Anteil der Haushalte, deren Einkommen bei weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens liegt	gering
Bildung	Anteil funktionaler Analphabeten	gering
	Anteil Jugendlicher (des letzten Jahrgangs) ohne Schulabschluss	gering
Arbeit	Anteil Arbeitsloser	gering
	Anteil Langzeitarbeitsloser	gering
Wohnung	Zahl der Obdachlosen	gering
Gesundheit	Lebenserwartung	hoch
	Anteil der Gesundheitsausgaben für Prävention/Anteil der Ausgaben für Behandlung	hoch
	Anteil der Bevölkerung mit Herz-/Kreislauf-Erkrankungen	gering
Individuelle Zufriedenheit	Zufriedenheit mit: <ul style="list-style-type: none"> - Gesundheit - Arbeit - Einkommen - Wohnung - Umwelt 	hoch
Leitindikator	HPI 2	gering
Leitindikator	Allgemeine Lebenszufriedenheit	hoch

4.3.2 Indikatoren für Sozialressourcen

Die besondere Schwierigkeit in der Beschreibung von Sozialressourcen liegt, wie bereits oben angedeutet, zum einen darin, dass es sich hierbei um vorwiegend immaterielle Phänomene handelt, die somit nur schwer oder gar nicht durch Indikatoren quantifizierbar erscheinen. Falls eine Quantifizierung sozialer Phänomene gelingt, sieht sich diese zum anderen dem Problem gegenüber, dass die Quantität sozialer Phänomene häufig nur wenig über deren Qualität aussagt. Die Verfügbarkeit sozialer Ressourcen kann zudem in der individuellen Rezeption und Verarbeitung vollkommen unterschiedlich bewertet werden.

Einer Quantifizierung von Sozialressourcen anhand von Indikatoren liegt gleichwohl die Annahme zugrunde, dass ein positiver Zusammenhang zwischen Quantität und Qualität sozialer Ressourcen besteht. Dies kann durch die Beobachtung gestützt werden, dass sich soziale Bindungen durch die Häufigkeit von Interaktionen verstärken bzw. dass allein die Tatsache des häufigen Aufeinandertreffens ein Klima gegenseitiger Verpflichtung herstellt, das soziale Handlungen begünstigt. Trotzdem spielt die Qualität sozialer Ressourcen eine entscheidende Rolle. Um diese adäquat beschreiben zu können, ist es unerlässlich, sich neben quantitativen Indi-

katoren auch qualitativer Beschreibungen (z.B. Einstellungsuntersuchungen etc.) zu bedienen, um zu einer adäquaten Problembeschreibung gelangen zu können. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass es zur Beschreibung sozialer Ressourcen bisher wenig Daten gibt, da das Interesse an ihrer Systematisierung eher gering war. Vor allem in Deutschland sind wenig Zeitreihen verfügbar (vgl. Meier 1996: 16).

Im Folgenden werden zunächst einige, von anderen Autoren insbesondere in der Diskussion um Sozialkapital verwendete Indikatoren auf ihre Bedeutung für soziale Ressourcen untersucht. Da die Sozialressourcen jedoch nach unserem Verständnis weiter gefasst werden, muss anschließend auch die Ebene der Wissens- und kulturellen Ressourcen operationalisiert werden.

- Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden, sozialen oder politischen Organisationen:

Dieser Indikator wird von verschiedenen Autoren zur Beschreibung von Sozialkapital genutzt (vgl. Putnam 1995, Meier 1996; Glatzer/Zapf 1984 etc.). Problematisch bleibt hierbei die Diskrepanz zwischen der formellen Mitgliedschaft und dem tatsächlichen Engagement des Einzelnen. Zudem führt Putnam an, dass sich die Art und Qualität von Vereinigungen in den letzten Jahren deutlich geändert hat und diese damit auch ganz andere Zwecke erfüllen. Trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass die formelle Mitgliedschaft in einer solchen Gruppe eine gewisse Bereitschaft signalisiert, kollektiv zu handeln und sich für übergreifende Interessen einzusetzen. Zudem lässt sich feststellen, dass Personen, die sich überhaupt nicht in gesellschaftlichen Organisationen beteiligen, eine deutlich größere Unzufriedenheit mit ihrem Leben ausdrücken und sich häufiger einsam fühlen (vgl. Mohr 1984: 173). Insofern ist der Anteil der Bevölkerung, der einer gesellschaftlichen, politischen oder anderen Organisation angehört, ein geeigneter Indikator für vorhandene Sozialressourcen.

- Soziodemographische Trends (Anzahl der Scheidungen, Heiraten etc.): Zur Beschreibung sozialer Ressourcen werden häufig soziodemographische Trends wie die Anzahl der Heiraten, Scheidungen oder der Anteil von Single-Haushalten angegeben (vgl. Meier 1996; auch Coleman 1988). Daraus kann jedoch nicht per se auf eine Ab- oder Zunahme von Sozialkapital geschlossen werden, da neben den konventionellen Mustern des Zusammenlebens neue Formen entstehen. Daher tendieren diese Indikatoren zu einem gewissen Strukturkonservatismus und erscheinen als wenig geeignet.

- Soziale Einbindung in die unmittelbare Umgebung:

In der Lebensqualitätsforschung wurden früher verschiedene weitere Indikatoren angegeben, die die Integration des Einzelnen in ein soziales

Netz beschreiben (vgl. z.B. Lang/Müller-Andritzky 1984: 147ff.). Lang/Müller-Andritzky gaben hier z.B. den Anteil der Befragten an, bei denen Beziehungen zu den jeweiligen Bezugspersonen Ehepartner, Freunde, Nachbarn und Organisationen vorhanden sind oder völlig fehlen. Der Datenreport von 1989 beschreibt in einem eigenen Kapitel über "Private Netzwerke" den Anteil von Befragten, die enge Freunde haben. Leider wird in den folgenden Datenreports die Thematik der sozialen Netzwerke nicht mehr aufgegriffen, so dass Daten hierzu nur bis 1988 zur Verfügung stehen (vgl. StBA 1989: 464).

Neben diesen Indikatoren, die im Wesentlichen das beschreiben, was gemeinhin unter Sozialkapital verstanden wird, erscheint es uns hier zudem wichtig, den Aspekt der Entwicklungsfähigkeit von Sozialressourcen zu betonen. Entwicklungsfähigkeit in diesem Sinne wird vor allem durch ein ausreichendes Maß an Toleranz und Integrationsbereitschaft gegenüber anderen Menschen und/oder Lebensformen sowie Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem gewährleistet. Das in einem sozialen System existierende Ausmaß an Toleranz lässt sich jedoch nur sehr schwer indizieren. Hierzu können am ehesten Ergebnisse der Einstellungsforschung herangezogen werden. In der deutschen Sozialberichterstattung werden Aussagen zu Werten und Einstellungen vor allem durch den ALLBUS erhoben. Bezogen auf diese Datenquelle ließe sich Toleranz z.B. darstellen durch den Anteil der Befragten, der der Aussage "Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten in allen Bereichen die gleichen Rechte haben wie die Deutschen." voll und ganz zustimmt (vgl. StBA 1997: 461). Das Ausmaß der Toleranz in einer Gesellschaft lässt sich umgekehrt auch durch die Abwesenheit von Diskriminierung ausdrücken (vgl. dazu 4.3.3).

Darüber hinaus kann Entwicklungsfähigkeit auch durch die Integrationsfähigkeit und Offenheit einer Gesellschaft beschrieben werden, mithin durch ihre Fähigkeit, Neues oder Andersartiges aufzunehmen. Dies kann sowohl die Einführung einer Innovation beinhalten als auch die Integration neuer Mitglieder in die Gesellschaft. Zum Integrationsaspekt stehen Daten des SOEP bezüglich der subjektiv wahrgenommenen sozialen Integration von Ausländern zur Verfügung. Leider sind keine Angaben darüber verfügbar, inwiefern sich diese Menschen in Deutschland integriert fühlen; es wird jedoch der Anteil der Befragten angegeben, der interethnische Freundschaften hat (vgl. StBA 1997: 586). Wir schlagen vor, dies als Integrationsindikator aufzunehmen.

Die Ebene der Wissens- und kulturellen Ressourcen innerhalb der Sozialressourcen stellt sich als ähnlich schwer operationalisierbar dar wie die Entwicklungsfähigkeit. Wissen – vor allem nicht unmittelbar ökonomisch verwertbares – und Kultur werden neben dem formalen Bildungssystem hauptsächlich im Elternhaus und über andere soziale Bezugspersonen

vermittelt. Diese Vermittlungsebene entzieht sich jedoch der quantifizierenden Beschreibung. Es bleibt nur der Weg, den auch diejenigen, die Humankapital quantifizieren wollen, vielfach beschreiten⁵³: Die Operationalisierung über den Anteil der Bildungs- und Forschungsausgaben am BSP sowie über den Anteil der Abiturienten bzw. Hochschulabgänger eines Jahrgangs. Unter der Prämisse, dass die Bildung in formalen Bildungssystemen nie nur rein ökonomisch relevantes Wissen, sondern auch kulturell und sozial relevante Fähigkeiten vermittelt, sind diese Indikatoren sicherlich hinreichend.

Wünschenswert wäre jedoch noch ein zusätzlicher Indikator, der auf diese kulturell und soziale relevante Facette von Wissen abzielt. Diefenbacher et al. greifen hier z.B. auf die Zahl der verfügbaren Theaterplätze je Einwohner zurück (vgl. 1997: 178), um die kulturelle Ebene darzustellen. Zum einen zielt dieser Indikator jedoch eher auf eine Bereitschaft, sich mit Kultur zu befassen, als auf Kulturkompetenz, zum anderen erscheint er wiederum zu spezifisch. Angesichts solcher Schwierigkeiten haben wir vorläufig auf einen eigenen Indikatorenvorschlag zu diesem Aspekt verzichtet.

Unter der Annahme, dass sich mangelnde Sozialressourcen vielfach weniger in objektiv meßbaren Versorgungsengpässen bemerkbar machen, sondern zunächst von den Individuen subjektiv wahrgenommen werden, bietet sich für dieses Schlüsselement sozialer Nachhaltigkeit ein "subjektiver" Indikator als Leitindikator an. Wir schlagen vor, hierfür die Verbreitung von Gefühlen der Einsamkeit sowie der empfundenen Sinn- und Machtlosigkeit bei der Bevölkerung zu verwenden. Aus den Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) lässt sich der Anteil der Befragten ermitteln, der den Aussagen "Die Welt ist heute so kompliziert geworden, dass ich wirklich nicht verstehe, wie alles zusammenhängt." und "Ich fühle mich oft einsam." voll und ganz zustimmt und damit deutlich macht, dass die individuelle soziale Einbettung nicht mehr als ausreichend empfunden wird (vgl. StBA 1997: 432; Glatzer/Zapf 1984: 181).

Diesem subjektiven Indikator soll als stärker objektivierender Indikator die individuelle Zeitverwendung für soziale, politische und ehrenamtliche Aktivitäten zur Seite gestellt werden. Die Zeitverwendungsstudie des statistischen Bundesamtes von 1991 gibt hierüber Aufschluß. Diese differenziert nach der verwendeten Zeit für soziale Hilfeleistungen/ehrenamtliche Aktivitäten, die 1991 bei 9 Minuten durchschnittlich pro Tag lag, für die Pflege und Betreuung von Personen (27 Minuten pro Tag) sowie für Kon-

⁵³ – wengleich sich auch bei der Beschreibung von Humankapital das formale Bildungsniveau sowie die Bildungsausgaben eines Staates als unzureichender Indikator erwiesen haben, da beides nur wenig über die später wirklich ökonomisch relevanten Fähigkeiten und das erzielte Einkommen aussagt (vgl. hierzu Daly/Cobb 1994: 446ff.).

takte/Gespräche/Geselligkeit (1,5 Stunden pro Tag) (vgl. BMFuS/StBA 1994). Die durchschnittliche Zeitverwendung bietet sich als Indikator für soziale Ressourcen an, da sie tatsächliche Aktivitäten in ihrer zeitlichen Ausdehnung quantifiziert und somit über formale Zuschreibungen hinausgeht. Als Problem stellt sich hier allerdings die Datenlage dar, da die Zeitverwendungsstudie von 1991 erst im Jahr 2001 wiederholt wurde.

Tab. 4.3.2: Indikatoren für Sozialressourcen

Bereich	Indikator	Ziel
Engagement/Interesse für das Gemeinwesen	Anteil der Bevölkerung, die in politischen, sozialen, kirchlichen oder anderen Organisationen/Vereinen Mitglied ist	hoch
Einbindung in direktes Umfeld	Anteil der Bevölkerung ohne Beziehungen zu Lebenspartner oder Freunden	gering
Wissensressourcen u. kulturelles Kapital	Anteil der Bildungs- und Forschungsausgaben am BSP	hoch
	Anteil der Abiturienten/Hochschulabgänger an den Schulabgängern eines Jahrgangs	hoch
Toleranz	Einstellungsforschung: z.B.: Anteil der Bevölkerung, die der Meinung sind, Ausländer sollten in Deutschland gleichberechtigt sein	hoch
Integration	Anteil der ausländischen Befragten mit interethnischen Freundschaften	hoch
Leitindikator	Durchschnittl. Zeitaufwendung für soziale, politische, ehrenamtliche Aktivitäten	hoch
Leitindikator	Anteil der Bevölkerung, die - öfter Einsamkeitsgefühle hat - der Meinung ist, die Verhältnisse sind zu kompliziert geworden	gering

4.3.3 Indikatoren für Chancengleichheit

Ausgangspunkt für eine gerechte Verteilung von (Lebens-)Chancen ist zunächst eine gerechte Verteilung der verfügbaren Ressourcen sowie der Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen. Der Gini-Koeffizient des Einkommens, der die Verteilung des Einkommens innerhalb der Bevölkerung darstellt, bietet sich folglich als Leitindikator für dieses Schlüsselement sozialer Nachhaltigkeit an. Chancengleichheit hat jedoch noch weitere Facetten, die durch andere Indikatoren genauer beschrieben werden sollten.

So sollte das Ausmaß sozialer Mobilität zur Beschreibung der Entwicklungsfähigkeit des Einzelnen und der Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen in einer Gesellschaft ebenfalls Niederschlag in einem Indikator finden. Soziale Mobilität wird normalerweise durch die Strukturmobilitätsquote dargestellt, diese gibt die gesellschaftliche Stellung der Kinder im Vergleich zu der der Eltern an. Sie erfasst daher sowohl sozialen Auf- als auch Abstieg. Im Bildungsbereich kann soziale Mobilität ebenfalls abge-

bildet werden, z.B. durch den Anteil von Arbeiterkindern unter den Studierenden.

Weitere Dimensionen der Chancengleichheit betreffen nicht nur verschiedene gesellschaftliche Schichten, sondern auch die Kategorien Geschlecht bzw. Nationalität. Für die Darstellung der Gleichberechtigung der Frauen in den Industrieländern bietet sich das *gender empowerment measure* (GEM) an, welches das Ausmaß gesellschaftlicher Machtteilhabe von Frauen beschreibt (vgl. Kap. 4.2.2). Der GEM sollte gerade für die BRD noch um die wissenschaftliche Dimension erweitert werden und den Anteil der Frauen an den Lehrstuhlinhabern an Universitäten mit einbeziehen. Wegen des hohen Aggregationsniveaus bietet sich dieser Indikator auch als zweiter Leitindex für Chancengleichheit an.

Eine Schwäche dieses Indikators ist es jedoch, dass er nur das Einkommen, das durch Erwerbsarbeit erbracht wurde, berücksichtigt. Die unbezahlte Arbeit, im Haushalt und in der Kinderpflege, die weiterhin hauptsächlich von Frauen erbracht wird, bleibt hierin unbeachtet. Sie erfordert viel Zeit, die den Frauen nicht mehr für andere Dinge zur Verfügung steht, und verringert damit ihre Chancen auf Beteiligung am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben. Wir schlagen somit als weiteren Indikator den Quotient der insgesamt aufgewendeten Zeit für bezahlte und unbezahlte Arbeit von Männern und Frauen vor. Hierzu existieren Zahlen des UNDP sowie die Zeitverwendungsstudien des Statistischen Bundesamtes.⁵⁴

Bezüglich der Dimension der Nationalität/ethnischen Zugehörigkeit gibt es bisher keinen integrierenden Index wie z.B. den GEM. In Ermangelung einer solchen Aggregationsmöglichkeit muss die Situation der Chancengleichheit von Ausländern annähernd über die Einkommenssituation im Vergleich zum Einkommen von Inländern beschrieben werden. Auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Daten erscheint hierfür besonders anschaulich der Anteil der Ausländer, die unter der Armutsgrenze (weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens) leben, im Verhältnis zum gleichen Prozentsatz bei Inländern (vgl. StBA 1997: 575).

Der Beschreibung der "objektiven" Ebene von Chancengleichheit sollte auch hier zumindest ein subjektiver Indikator zur Seite gestellt werden. Leider findet sich in der deutschen Sozialberichterstattung keine Erhebung, die die subjektive Zufriedenheit mit dem Ausmaß an Gleichvertei-

⁵⁴ Die Zahlen des UNDP besagen z.B., dass die tägliche Arbeitszeit der Frauen in ländlichen Gebieten Kenias um durchschnittlich 35 % über der der Männer liegt, in Italien um etwa 27 % (UNDP 1998: 63).

lung bzw. Gerechtigkeit zwischen gesellschaftlichen Schichten, Geschlechtern oder In- und Ausländern darstellt. Der Datenreport gibt hierzu lediglich Einstellungen der Bundesbürger in Bezug auf die Gleichberechtigung von Ausländern und Frauen an, nicht jedoch das jeweilige Zufriedenheitsniveau.

Tab. 4.3.3: Indikatoren für Chancengleichheit

Bereich	Indikator	Ziel
soziale Mobilität	Strukturmobilitätsquote	hoch (?)
Zugang zu Bildung	Anteil von Arbeiterkindern unter Studierenden	Nahe am Anteil in der Bevölkerung
Geschlecht	Quotient der Arbeitszeit für bezahlte und unbezahlte Arbeit von Männern im Vgl. zu Frauen	gegen 1
ethnische und andere Minderheiten	Anteil der ausländischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze i. Vgl. zum Anteil unter Inländern	gegen 1
Leitindikator	Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung	niedrig
Leitindikator	Gender Empowerment Measure	gegen 1

4.3.4 Indikatoren für Partizipation

Das Schlüsselement der Partizipation wird zum einen durch das tatsächliche *Ausmaß* politischer und gesellschaftlicher Beteiligung beschrieben, zum anderen durch die institutionalisierten Partizipations*möglichkeiten*, die den Gesellschaftsmitgliedern zur Verfügung stehen.

Das Ausmaß der Partizipation wird klassischerweise durch die Höhe der Wahlbeteiligung dargestellt. Dies stellt die grundlegendste Möglichkeit des Einzelnen dar, am gesellschaftlichen Entscheidungsprozess zu partizipieren. Politische Beteiligung kann sich jedoch auch in nicht-institutionalisierten Formen ausdrücken, wie z.B. der Teilnahme an Unterschriftenaktionen oder an Demonstrationen. Beides erfordert ein höheres persönliches Involvement und Interesse als die Teilnahme an einer Wahl. Beide Indikatoren werden in der Sozialindikatorenforschung häufig angeführt und sollten auch hier aufgenommen werden, da hierin jeweils unterschiedliche Formen und Intensitäten von Partizipation deutlich werden.

Die institutionell gegebenen Möglichkeiten der Partizipation finden hingegen bisher in der Sozialberichterstattung noch keine Beachtung. Neben der Möglichkeit der Teilnahme an Wahlen sind jedoch, wie oben erwähnt, zahlreiche andere Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgern und Bürgerinnen denkbar und z. T. auch bereits existent. Als direkteste Einflussmöglichkeit soll hier die Existenz eines Bürger- oder Volksentscheids als Indikator dienen. Weitere Indikatoren in dieser Hinsicht, wie z.B. die Anzahl von Mediationsverfahren oder Konsensuskonferenzen, sind bisher wegen

der schlechten Datengrundlage kaum verfügbar. Lediglich die Existenz von bestehenden Lokale Agenda 21-Prozessen könnte hier als ein weiterer Indikator der Mitwirkungsmöglichkeiten dienen⁵⁵.

Die subjektive Dimension dieses Schlüsselements lässt sich durch die individuelle Zufriedenheit mit der politischen Partizipation aus Daten des SOEP darstellen. Dieser Indikator kann zugleich auch als Leitindikator für diesen Bereich herangezogen werden, da es bisher keinen objektiven Indikator gibt, der Partizipationsausmaß und -möglichkeiten aggregiert zusammenfasst. Dem subjektiven Leitindikator sollte allerdings ein objektiver Indikator zur Seite gestellt werden, der sich in Ermangelung eines anderen aggregierenden Indikators z.B. aus den gewichteten Anteilen derjenigen, die sich an Wahlen sowie an nicht-institutionalisierten Protestformen beteiligen, zusammensetzt. Dieser würde zumindest das Partizipationsausmaß in aggregierter Form darstellen.

Tab. 4.3.4: Indikatoren für Partizipation

Partizipation	Indikator	Ziel
Partizipationsausmaß	Wahlbeteiligung	hoch
	Anteil der Bevölkerung, die an nicht-institutionalisierten Partizipationsverfahren teilgenommen hat	hoch
Partizipationsmöglichkeiten	institutionalisierte Bürgerbeteiligung in Entscheidungsverfahren (Bürger-/Voxentscheid)	vorhanden
	vorhandene LA 21-Prozesse/Initiativen	hoch
Leitindikator	Zufriedenheit mit politischer Partizipation	hoch
Leitindikator	Gewichteter Anteil derer, die sich an Wahlen und nicht-institutionalisierten Partizipationsformen beteiligen	hoch

4.3.5 Zusammenfassung

Aus der Beschreibung aller Schlüsselemente sozialer Nachhaltigkeit ergibt sich der Vorschlag eines Sets von 29 Einzelindikatoren. Eine zusammenfassende Übersicht findet sich in Anhang II. Die Schlüsselemente sozialer Nachhaltigkeit sollen hier noch einmal durch die vorgeschlagenen acht Leitindikatoren wiedergegeben werden (vgl. Tabelle 4.3.5).

⁵⁵ Die institutionelle Verankerung von Partizipationsmöglichkeiten wäre ein Teil der institutionellen Dimension, sofern diese als eigenständige Nachhaltigkeitsdimension aufgefasst wird.

Tab. 4.3.5: Schlüsselemente sozialer Nachhaltigkeit

Schlüsselement	Indikator	Ziel
Grundbedürfnisse	HPI 2	gering
	Allgemeine Lebenszufriedenheit	hoch
Sozialressourcen	Durchschnittl. Zeitaufwendung für soziale, politische und ehrenamtliche Aktivitäten	hoch
	Anteil der Bevölkerung mit Gefühlen der: - Sinnlosigkeit - Einsamkeit	gering
Chancengleichheit	Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung	niedrig
	Gender Empowerment Measure	gegen 1
Partizipation	Zufriedenheit mit politischer Partizipation	hoch
	Gewichteter Anteil derer, die sich an Wahlen und nicht-institutionalisierten Partizipationsformen beteiligen	hoch

5 Literatur

- Aberle D. et al. (1950): The Functional Prerequisites of a Society. *Ethics*, vol. 60, Jan. 1950
- Becker, E./Th. Jahn/I. Stuess/P. Wehling (1997): Sustainability: A Cross-Disciplinary Concept for Social Transformations. MOST-Policy Papers 6. Paris: UNESCO
- Becker, E./Th. Jahn (1999): Sustainability and the Social Sciences. A Cross-Disciplinary Approach to Integrating Environmental Considerations into Theoretical Reorientation. Paris u.a.
- Bizer, K. (2000): "Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit". In: *Zeitschrift für Angewandte Umweltforschung (ZAU)* 13 (3/4), 469-482
- BMFuS/StBA (Bundesministerium für Familie und Senioren/ Statistisches Bundesamt) (Hg.:(1994): *Wo bleibt die Zeit? Zeitverwendung in der Bundesrepublik Deutschland*
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: R. Kreckel, (Hg.): *Soziale Welt, Sonderband 2*. Göttingen, 183-198
- Brand, K.-W. (Hg.) (1997): *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*. Opladen
- Clar, G./J. Doré/H. Mohr (1997): *Humankapital und Wissen. Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung*. Berlin u.a.
- Coleman, J. F. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. In: *American Journal of Sociology*, (Supplement) 94, 95-120
- Coleman, J. F. (1992): *Grundlagen der Sozialtheorie*. München
- CSD (Commission for Sustainable Development) (1996): *Indicators of Sustainable Development. Framework and Methodology*. <http://www.un.org/esa/sustdev/isd.htm>
- Dangschat, J. (1997): *Sustainable City – nachhaltige Zukunft für Stadtgesellschaften*. In.: K.-W. Brand (Hg.): *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*. Opladen
- Daly, H.E./Cobb, J.B. (1989): *For the Common Good. Redirecting the Economy Toward Community, the Environment, and a Sustainable Future*. Boston
- Diefenbacher, H. (1995): *Der "Index of Sustainable Economic Welfare". Eine Fallstudie für die Bundesrepublik Deutschland 1950 - 1992*. Heidelberg: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft
- Diefenbacher, H./H. Karcher/C. Stahmer/V. Teichert (1997): *Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich. Ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren*. Heidelberg: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft
- Enquête-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des 12. Deutschen Bundestages (1994): *Die Industriegesellschaft gestalten. Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen*. Bonn

- Enquête-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des 13. Deutschen Bundestages (1998): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlußbericht. Bonn (zur Sache 4/98)
- Esser, H. (1996): Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt a.M./New York (2. Aufl.)
- Feindt, P. H. (2000): Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit und das Konzept des Sozialkapitals. In: Zeitschrift für Angewandte Umweltforschung (ZAU) 13 (3/4), 483-492
- Fischer-Kowalski, M. et al. (1995): Soziale Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung. IFF, Schriftenreihe Soziale Ökologie, Bd. 42. Wien
- Fues, Th. (1998): Indikatoren für die Nachhaltigkeit der deutschen Beziehungen zum Süden. INEF-Report, Heft 34. Institut für Entwicklung und Frieden der Gerhard Mercator-Universität GH Duisburg. Duisburg
- Galtung, J. (1980): Technology, Basic Human Needs and the New International Economic Order. Working Paper Number 12, World Order Models Projekt New York
- Giddens, A. (1988): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt a.M./New York
- Giddens, A. (1997): Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt a.M.
- Glatzer, W. (1990) Messung der Lebensqualität. In: L. Kruse,/C.-F. Graumann/E.-D. Lantermann (Hg.): Ökologische Psychologie. Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen. München
- Glatzer, W./W. Zapf (Hg.) (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt
- Habich, R/H.-H. Noll (1994): Soziale Indikatoren und Sozialberichterstattung. Internationale Erfahrungen und gegenwärtiger Forschungsstand. Bern
- Hartmuth, G. (1998): Ansätze und Konzepte eines umweltbezogenen gesellschaftlichen Monitoring. In: L. Kruse-Graumann,/G. Hartmuth/K.-H. Erdmann (Hg.): Ziele, Möglichkeiten und Probleme eines gesellschaftlichen Monitorings. Tagungsband zum MAB-Workshop, 13.-15. Juni 1996, Potsdam-Institut für Klimaforschung. Bonn
- Hauser, R. (1997): Armut, Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 216/4+5, 524-548
- Heins, B. (1998): Soziale Nachhaltigkeit. Berlin
- HGF-Strategiefondsvorhaben (Hg.) (2001): Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspektiven für Deutschland. Zwischenbericht 2000.
- Huber, J. (1995): Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik. Berlin
- Institut für Sozialforschung (1956): Soziologische Exkurse. Frankfurt a.M.
- Jörissen, J./J. Kopfmüller/V. Brandl/M. Paetau (1999): Ein integratives Konzept nachhaltiger Entwicklung. Forschungszentrum Karlsruhe, In-

- stitut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS), Wissenschaftliche Berichte FZKA 6393, Karlsruhe
- Kneer, G. (2000): "Soziale Nachhaltigkeit – Eine Stellungnahme zum Beitrag von 'Die soziale Dimension in der Nachhaltigkeit' von Kilian Bizer". In: Zeitschrift für Angewandte Umweltforschung (ZAU) 13 (3/4), 493-500
- Kopfmüller, J./V. Brandl/J. Jörissen/M. Paetau/G. Banse/R. Coenen/A. Grunwald (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren. Berlin
- Korczak, D. (1995): Lebensqualität-Atlas. Umwelt, Kultur, Wohlstand, Versorgung, Sicherheit und Gesundheit in Deutschland. Opladen
- Kramer, C. (1998): Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 19
- Kruse-Graumann, L./G. Hartmuth/K.-H. Erdmann (Hg.) (1998): Ziele, Möglichkeiten und Probleme eines gesellschaftlichen Monitorings. Tagungsband zum MAB-Workshop, 13.-15. Juni 1996, Potsdam-Institut für Klimaforschung. Bonn
- Lang, S./M. Müller-Andritzky (1984): Gesundheit und soziale Integration. In: W. Glatzer/W. Zapf (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt
- Lass, W./F. Reusswig (1998): Konzeptionelle Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren zur Thematik Konsummuster – Kapitel 4 der Agenda 21. Potsdam: im Auftrag des Umweltbundesamtes
- Linscheidt, B (2000): Ist eine leitbildkonforme Operationalisierung sozialer Nachhaltigkeit möglich? In: Zeitschrift für Angewandte Umweltforschung (ZAU) 13 (3/4), 501-505
- Luhmann, N. (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt a.M.
- Meadows, D./Meadows, D./Randers, J. (1992): Die neuen Grenzen des Wachstums. Stuttgart
- Meier, B. (1996): Sozialkapital in Deutschland. Eine empirische Skizze. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Institut der deutschen Wirtschaft. Köln
- Menzel, U. (1992): Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt a.M.
- Mohr, H.-M. (1984): Politische und soziale Beteiligung. In: W. Glatzer/W. Zapf (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt
- Mohr, H. (1997): Die Bedeutung des Sozialkapitals. In: G. Clar/J. Doré/H. Mohr (Hg.): Humankapital und Wissen. Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung. Berlin u.a.
- Nagel, G. (1985): Grundbedürfniskonzepte zur Entwicklungspolitik, München

- Noll, H.-H./E. Wiegand (Hg.) (1993): System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland. Zeitreihen 1950-1991. Tabellenband. Mannheim (ZUMA)
- Nuscheler, F. (1982): "Befriedigung der Grundbedürfnisse" als neue entwicklungspolitische Lösungsformel. In: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1. Hamburg (2. Aufl.)
- Parsons, T. (1951): The Social System. New York, London
- Parsons, T. (1972): Das System moderner Gesellschaften. München
- Parsons, T. (1975): Gesellschaften. Frankfurt a.M.
- Putnam, R. D. (1995): Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, Vol. 6, Nr. 1, 65-78
- Sachs, I. (1998): Social Sustainability and Whole Development: Exploring the Dimensions of Sustainable Development. In: E. Becker/Th. Jahn (eds.) Sustainability as a Concept for the Social Sciences, London: Zed Books (forthcoming)
- Schneidewind, U. et al. (1997): Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit: Vom Was zum Wie in der Nachhaltigkeitsdebatte. In: GAIA, vol. 6, no. 3
- Schwefel, D. (1978): Grundbedürfnisse und Entwicklungspolitik. Entwicklung und Zusammenarbeit, 19. Jg., H. 6, 5-7
- Seifert, E. (1995): Jenseits des Bruttosozialprodukts. Neue Ansätze zur Messung von nachhaltiger Entwicklung. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 13
- StBA (Statistisches Bundesamt) (Hg.) (1989): Datenreport 1989. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- StBA (Statistisches Bundesamt) (Hg.) (1994): Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- StBA (Statistisches Bundesamt) (Hg.) (1997): Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- Streeten, P./S.J. Burki (1978): Basic Needs: Some Issues. World Development, Vol. 6, H. 3, 411-421
- Teichert, V. (1995): Perspektiven sozial-ökologischer Bilanzierung. Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf
- UNDP (United Nations Development Program) (Hg.) (1995): Bericht über die menschliche Entwicklung. Bonn
- UNDP (United Nations Development Program) (Hg.) (1998): Bericht über die menschliche Entwicklung. Bonn
- Zapf, W. (Hg.) (1977): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. Frankfurt
- Zapf, W. (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: W. Glatzer/W. Zapf (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt

Anhang

Anhang I: Working-List of Indicators

Quelle: Commission for Sustainable Development 1996

Kapitel der Agenda 21	Antriebsindikatoren	Zustandsindikatoren	Maßnahmenindikatoren
KATEGORIE SOZIALES			
Kapitel 3: Armutsbekämpfung	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitslosenquote 	<ul style="list-style-type: none"> • Pro-Kopf-Armut-Index • Armutslückenindex • Armutslückenindex im Quadrat • Gini-Index für die Einkommensverteilung • Verhältnis des Durchschnittslohns von Frauen und Männern 	
Kapitel 5: Bevölkerungsdynamik und nachhaltige Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Wachstumsrate der Bevölkerung • Netto-Migrationsrate • Gesamtfruchtbarkeitsrate 	<ul style="list-style-type: none"> • Bevölkerungsdichte 	
Kapitel 36: Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewußtseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung	<ul style="list-style-type: none"> • Änderungsrate bei der Bevölkerung im Schulalter • Schulbesuchsrates bei Grundschulen (brutto und netto) • Schulbesuchsrates im Sekundarbereich (brutto und netto) • Quote der Erwachsenen, die lesen und schreiben können 	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil der Grundschüler mit "Grad 5" der Schulausbildung • Durchschnittliche Ausbildungslänge • Unterschied in der Schulbesuchsquote von Jungen und Mädchen • Zahl der Frauen pro 100 männlichen Erwerbstätigen 	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt
Kapitel 6: Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit		<ul style="list-style-type: none"> • Grundlegende Sanitärausstattung. Prozent der Bevölkerung mit angemessenen Sanitäreinrichtungen • Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Trinkwasser • Lebenserwartung bei der Geburt • Angemessenes Geburtsgewicht • Sterberates von Kleinkindern/ Müttersterblichkeitsrate • Ernährungsstand bei Kindern 	<ul style="list-style-type: none"> • Impfung gegen infektiöse Kinderkrankheiten • Nutzung von Kontrazeptiva • Anteil der potentiell gefährlichen geprüften Chemikalien in Lebensmitteln • Nationale Gesundheitsausgaben für die lokale Gesundheitsfürsorge • Anteil der nationalen Gesundheitsausgaben am Bruttosozialprodukt
Kapitel 7: Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Wachstumsrate der städtischen Bevölkerung • Pro-Kopf-Verbrauch fossiler Brennstoffe im Kfz-Transport • Menschliche und wirtschaftliche Verluste aufgrund von Naturkatastrophen 	<ul style="list-style-type: none"> • Prozent der Bevölkerung in städtischen Gebieten • Fläche und Bewohnerzahl von städtischen formellen und informellen Siedlungen • Wohnfläche pro Person • Wohnungspreise im Verhältnis zum Einkommen 	<ul style="list-style-type: none"> • Infrastrukturausgaben pro Kopf

Anhang II

Dimension	“Sub-Dimension”	Indikator/Index	Ziele	Datenquellen
Erfüllung der Grundbedürfnisse/ Lebensqualität	Armut	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil der Haushalte, deren Einkommen unter 50 % des Durchschnittseinkommens liegt 	<ul style="list-style-type: none"> • möglichst gering 	SOEP/Datenreport
	Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil Erwachsener ohne ausreichende Schreib- und Lesefähigkeit (funktionale Analphabeten) 	<ul style="list-style-type: none"> • möglichst gering 	IALS (Adult Literacy Survey)/UNDP
		<ul style="list-style-type: none"> • Anteil Jugendlicher (des letzten Jahrgangs) ohne Schulabschluss 	<ul style="list-style-type: none"> • möglichst gering 	StBA/Datenreport
	Arbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl Langzeitarbeitsloser (1 Jahr und länger) 	<ul style="list-style-type: none"> • möglichst gering 	BfA/Datenreport
		<ul style="list-style-type: none"> • Anteil Arbeitsloser 	<ul style="list-style-type: none"> • möglichst gering 	BfA/Datenreport
	Wohnung	<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl der Obdachlosen 	<ul style="list-style-type: none"> • möglichst gering 	SOEP/Datenreport (Näherungswerte)
	Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> • Lebenserwartung 	<ul style="list-style-type: none"> • möglichst hoch 	Stat. Jahrbücher
		<ul style="list-style-type: none"> • Quotient: Anteil der Gesundheitsausgaben am BSP für Prävention/Anteil der Ausgaben für die Behandlung 	<ul style="list-style-type: none"> • möglichst hoch 	Datenreport
<ul style="list-style-type: none"> • Anteil der Bevölkerung mit Herz-/Kreislauf-Erkrankungen 		<ul style="list-style-type: none"> • möglichst gering 	StBA?, Vorschlag des BMU für CSD-Indikatoren	
individuelle Zufriedenheit	Zufriedenheit mit: <ul style="list-style-type: none"> • Gesundheit • Arbeit • Einkommen • Wohnung • Umwelt 	<ul style="list-style-type: none"> • möglichst hoch 	SOEP/Datenreport	
Leitindikatoren	objektiv	HPI 2	möglichst gering	UNDP
	subjektiv	allgemeine Lebenszufriedenheit	möglichst hoch	SOEP/Datenreport

Dimension	“Sub-Dimension”	Indikator/Index	Ziele	Datenquellen
Sozialressourcen	Engagement/Interesse für das Gemeinwesen	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil der Gesamtbevölkerung, die in politischen, sozialen oder anderen Interessensgruppen/Vereinen Mitglied ist 	• möglichst hoch	ALLBUS/Datenreport
	soziale Einbindung in unmittelbare Umgebung	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil der Bevölkerung, bei denen Beziehungen zu einem Lebenspartner oder Freunden völlig fehlen 	• möglichst gering	Wohlfahrtsurvey (nur bis 1988)
	Wissens- u. Humanressourcen	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil der Bildungs- und Forschungsausgaben am BSP 	• möglichst hoch	StBA, Stat. Jahrbücher
		<ul style="list-style-type: none"> • Prozentsatz von Abiturienten/Hochschulabgängern eines Jahrgangs 	• möglichst hoch	StBA, Stat. Jahrbücher
	Toleranz	Ergebnisse der Einstellungsforschung, z.B.: <ul style="list-style-type: none"> • Anteil der Bevölkerung, die der Meinung ist, in Deutschland lebende Ausländergruppen sollten gleichberechtigt sein 	• möglichst hoch	ALLBUS/Datenreport
Integration	Anteil der ausländischen Bevölkerung mit interethnischen Freundschaften	• möglichst hoch	Datenreport	
Leitindikator	subjektiv	Anteil der Bevölkerung mit Gefühlen der: <ul style="list-style-type: none"> • Sinnlosigkeit • Einsamkeit 	• möglichst gering	SOEP/Datenreport
	“objektiv”	<ul style="list-style-type: none"> • Zeitaufwendung für soziale, politische, ehrenamtliche Aktivitäten 	• möglichst hoch	StBA 1994; einmalig
Chancengleichheit/ soziale Inklusion	soziale Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> • Einkommen/Schulbildung der Eltern im Vergleich zum eigenen Einkommen/Schulbildung (Strukturmobilitätsquote) 	Veränderungen müssen möglich sein	Mikrozensus-Zusatzuntersuchung
	Zugang zu Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil von Arbeiterkindern unter Studierenden 	• möglichst nahe am Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung	Mikrozensus-Zusatzuntersuchung
	Geschlecht	<ul style="list-style-type: none"> • Quotient der Arbeitszeit für bezahlte und unbezahlte Arbeit von Frauen im Vgl. zu Männern 	• gegen 1	UNDP 1998: war evtl. nur einmalige Untersuchung?
	ethnische u. andere Minderheiten	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil der ausländischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze im Vgl. zum Anteil unter Inländern 	• Entsprechend der inländischen Bevölkerung	SOEP/Datenreport
Leitindikatoren	Ressourcenverteilung	<ul style="list-style-type: none"> • Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung 	• möglichst gering	StBA/Datenreport
	Geschlecht	<ul style="list-style-type: none"> • Gender Empowerment Measure (GEM) 	• gegen 1	UNDP

Dimension	“Sub-Dimension”	Indikator/Index	Ziele	Datenquellen
Partizipation	Partizipationsausmaß	• Wahlbeteiligung	• möglichst hoch	Wahlstatistik/ Datenreport
		• Anteil der Bevölkerung, die sich bereits nicht-institutionalisierter Formen politischer Beteiligung (z.B. Demonstrationen, Unterschriftenaktionen, Boykott etc.) bedient hat	• möglichst hoch	ALLBUS/Datenreport
		• Mitglieder in Gewerkschaften	• möglichst hoch	Gewerkschaftsstatistik Datenreport
	Partizipationsmöglichkeiten	• institutionalisierte Bürgerbeteiligung an Entscheidungsverfahren (Bürger-/Voksentscheid)	• vorhanden	
		• vorhandene LA 21-Initiativen/Prozesse	• möglichst viele	Datenreport
Leitindikatoren	objektiv	Index: gewichteter Anteil derer, die sich bei Wahlen und nicht-institutionalisierten politischen Protestformen beteiligen	• möglichst viele	eigene Berechnungen?
	subjektiv	Zufriedenheit mit politischer Partizipation	• möglichst hoch	SOEP/Datenreport

Abkürzungen:

BfA: Bundesanstalt für Arbeit

BMU: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

CSD: Commission for Sustainable Development

IALS: International Adult Literacy Survey

GEM: gender empowerment measure

LA 21: lokale Agenda 21

SOEP: Sozio-ökonomisches Panel

StBA: Statistisches Bundesamt

UBA: Umweltbundesamt

UNDP: United Nations Development Programme

ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung

Das ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung ist ein unabhängiges, transdisziplinäres Forschungsinstitut in Frankfurt am Main. Wir entwickeln sozial-ökologische Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung. Durch unsere Forschung liefern wir fundierte Entscheidungsgrundlagen für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Die Forschungsschwerpunkte des ISOE sind Wasser, Energie und Klimaschutz im Alltag, Mobilität und Urbane Räume sowie Bevölkerungsentwicklung und Versorgung.

Unsere Informationsangebote:

<http://www.isoe.de>

ISOE-Newsletter: <http://www.isoe.de/presse-aktuelles/newsletter/>